



Pascal Begrich | Thomas Weber | Roland Roth

Die **NPD** in den Kreistagen Sachsen-Anhalts

Pascal Begrich | Thomas Weber | Roland Roth

Die **NPD** in den Kreistagen Sachsen-Anhalts

Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten
sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Die Druckschrift wird im Rahmen des Publikationsangebotes der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben politischer Informationen oder Werbemittel. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landeszentrale für politische Bildung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Personen und Funktionsbezeichnungen in dieser Broschüre gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

Vorwort

Im März 2011 sind die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Neben den demokratischen Parteien wird auch die rechtsextreme „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) kandidieren. Welchen Zuspruch selbst offen antiparlamentarisch ausgerichtete Parteien in diesem Bundesland erzielen können, zeigt das Ergebnis der „Deutschen Volksunion“ (DVU), die bei den Landtagswahlen 1998 - quasi aus dem Stand und ohne regionale Parteistrukturen – 12,9% der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte. Während die DVU im Wahlkampf auf den flächendeckenden Einsatz von kostenintensiver Werbung setzte und ihre Fraktion noch während der Legislaturperiode im Streit zerfiel, konzentriert sich der NPD-Landesverband seit 2005 auf den Aufbau von Kreisverbänden und die Verankerung seiner Vertreter vor Ort. Nach den Kommunalwahlen 2007 und 2009 verfügt die älteste rechtsextreme Partei der Bundesrepublik über 29 kommunale Mandate – ein erster Erfolg im „Kampf um die Parlamente“, auf den der Einzug in den Magdeburger Landtag folgen soll.

Mit dieser Studie verfolgten wir das Ziel, die parlamentarische Praxis der NPD in drei ausgewählten Kreistagen Sachsen-Anhalts längerfristig zu untersuchen, um so – unabhängig von konjunkturellen Schwankungen in der öffentlichen Wahrnehmung des Rechtsextremismus – Aussagen über die Umsetzung ihrer politischen Strategie treffen zu können. Die zunehmende Präsenz rechtsextremer Mandatsträger stellt eine Herausforderung dar, der sich die demokratischen Parteien in den Städten und Gemeinden stellen müssen. Auch wenn es die Antwort auf den erstarkenden Rechtsextremismus nicht gibt, so hat sich in den letzten 20 Jahren doch gezeigt, dass bloßes Ignorieren nicht weiterhilft. Die Analyse des Umgangs der demokratischen Mandatsträger mit der NPD stellt daher einen zweiten Schwerpunkt unserer Untersuchungen dar. Die im Abschnitt 7 formulierten Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Mandatsträgern bitten wir als Diskussionsangebot zu verstehen. Diese wurden auf Grundlage unserer eigenen Auswertung sowie anderer sozialwissenschaftlicher Studien und Erfahrungsberichte verfasst. Sollten sich in Ihrer politischen Praxis andere Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen bewährt haben, bitten wir Sie, uns Ihre Erfahrungen und Anmerkungen zukommen zu lassen.

Dieses Forschungsprojekt wurde durch eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und der Hochschule Magdeburg-Stendal ermöglicht. Wir danken der Geschäftsführerin des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt, Cornelia Habisch, herzlich für die freundliche kollegiale Unterstützung. In besonderer Weise möchten wir uns bei den Mitgliedern der demokratischen Parteien bedanken, die sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten. Gleiches gilt für die Angestellten der drei Kreistagsverwaltungen, die uns die Sitzungsmitschriften und Beschlussvorlagen zur Verfügung gestellt haben. Ebenso danken wir Nadine Wache, Steffen Jany, Wolfram Gebauer, Philipp Fleschenberg, Tobias Held, Ulrike Albrecht, René Borkert, Linda Guddat, Michael Taeger, Frank Ebert und Friederike Mende, die uns bei der Erhebung der Daten unterstützt haben.

Magdeburg im August 2010

Pascal Begrich, Thomas Weber, Roland Roth

Inhalt

Einleitung	8
Fragestellung	9
Forschungsstand	10
Forschungsdesign	13
1. Die extreme Rechte und der Parlamentarismus	14
Der Gesellschaftsentwurf der NPD	14
Parlamentarismuskritik nach dem Vorbild Carl Schmitts	15
Kampf um die Parlamente	16
Die „Kommunalpolitische Vereinigung“ der NPD	17
2. Die NPD in Sachsen-Anhalt	19
Die NPD im Burgenlandkreis	23
NPD und JN im Salzlandkreis	24
NPD und JN im Harzkreis	25
3. Die Kommunalwahlen 2007 und 2009	26
3.1. Die Kommunalwahlen 2007	26
Der Wahlkampf der NPD 2007	26
Wahlergebnisse 2007	28
Rechtsextreme Bewertungen des Abschneidens der NPD 2007	29
3.2. Die Kommunalwahlen 2009	29
Der Wahlkampf der NPD 2009	29
Wahlergebnisse 2009	29
Rechtsextreme Bewertungen des Abschneidens der NPD 2009	30
3.3. Der NPD-Landesverband nach dem „Superwahljahr 2009“	30
4. Die NPD-Fraktionen in den drei Kreistagen	33
4.1. Die Mandatsträger der NPD	33
Das Personal im Burgenlandkreis	33
Das Personal im Salzlandkreis	35
Das Personal im Harzkreis	36
4.2. Das Auftreten in den Sitzungen der Kreistage	39
Fleiß und die Suggestion von Sacharbeit	40
Provokationen und Störung der Sitzungen	41
Inaktivität	45
4.3. Zielgruppen der NPD-Fraktionen	45
Potentielle Wähler	45
Rechtsextreme Szeneangehörige	46
4.4. Öffentlichkeitsarbeit	47
5. Parlamentarische Aktivitäten der NPD-Fraktionen	50
5.1. Anträge	51
5.2. Schriftliche und mündliche Anfragen	54

5.3. Themen	55
Umwelt- und Energiepolitik	57
Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik	60
Geschichtspolitik	61
Bewertung der Themensetzung	65
6. Der Umgang der demokratischen Parteien mit der NPD in den Kreistagen	65
6.1. Das Hintergrundwissen zur NPD und ihren Mandatsträgern	65
Einschätzungen zum NPD-Personal in den Kreistagen	66
Bewertung der parlamentarischen Aktivitäten	68
6.2. Interfraktionelle Absprachen zum Umgang mit der NPD	70
Absprachen im Burgenlandkreis	70
Absprachen im Salzlandkreis	71
Absprachen im Harzkreis: Die Harzer Erklärung	71
6.3. Der Umgang mit der NPD während der Kreistagssitzungen	72
Das Abstimmungsverhalten bei NPD-Anträgen	72
Der Umgang mit Provokationen der NPD	74
Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD	76
7. Empfehlungen zum Umgang mit der NPD in kommunalen Gremien	79
Verständigung über die Ziele im Umgang mit Rechtsextremen	79
Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen	79
Keine Zusammenarbeit mit der NPD	80
Keinem Antrag der NPD zustimmen	80
Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten der NPD	80
Rechtsextremen Parteien keine Bühne bieten	81
Instrumentarien der Geschäftsordnung und Sitzungsleitung nutzen	81
Regeln für Besucher der Sitzungen formulieren	81
Keine Einschränkung demokratischer Spielregeln	81
Offensiver Umgang mit den Medien	82
Fazit und Ausblick	82
Anhang	88
Anlage 1: Harzer Erklärung	88
Anlage 2: Berliner Appell	89
Anlage 3: Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien	91
Quellen	92
Interviews	92
Beobachtungsprotokolle der Kreistagssitzungen	92
Niederschriften der Kreistagssitzungen	93
Vorlagen und andere Dokumente	94
Rechtsextreme Veröffentlichungen und Internetquellen	94
Literatur	96

Einleitung

Die rechtsextreme¹ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ verfügte am Jahresende 2009 bundesweit über mehr als 300 Mandate in kommunalen Gremien. In Sachsen-Anhalt saßen 29 Funktionäre für die Partei in sechs Kreistagen sowie in 18 Stadt- und Gemeinderäten.² Für die Parteistrategen bildet die Präsenz in den kommunalen Gremien die Grundlage, um im weiteren Verlauf bei Wahlen auf den nächst höheren politischen Ebenen erfolgreich abzuschneiden. So sollen schrittweise die einzelnen Gremien „erkämpft“ und die parlamentarische Demokratie von innen ausgehöhlt werden, um letztlich ein plebiszitäres Präsidialsystem zu errichten. Zudem forciert die NPD die Arbeit vor Ort, um die gesellschaftliche Ächtung, die sie aufgrund ihres antidemokratischen und menschenverachtenden Parteiprogramms sowie ihrer allzu offenen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus erfährt, zu durchbrechen und sich gegenüber den Wählern als seriös und sachlich kompetent zu präsentieren: „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen“, so die Parole der Partei.³

In den zurückliegenden Jahren wurde wiederholt kritisiert, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konjunkturellen Schwankungen unterliege – die Spanne reicht von Alarmismus bis hin zur Bagatellisierung. Doch auch in der Fachwissenschaft mangelt es – wie wir finden – an einer unaufgeregten und vor allem kontinuierlichen Analyse dieses demokratiegefährdenden Phänomens. Wir verfolgten mit dieser Studie deshalb das Ziel, auf Grundlage der vorhandenen sozialwissenschaftlichen Forschung und jüngster Studien ein Bild von der NPD in Sachsen-Anhalt zeichnen zu können, das über bloße (skandalisierende) Momentaufnahmen hinaus geht. Der Einzug von 13 rechtsextremen Politikern in sieben Kreistage des Landes Sachsen-Anhalt am 22. April 2007 war für uns Anlass, die parlamentarische Arbeit der NPD in drei der sieben kommunalen Gremien über einen längeren Zeitraum genauer zu untersuchen, um letztlich eine Einschätzung hinsichtlich des Potentials für weitere Wahlerfolge treffen zu können. Im März 2011 wählen die Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag. Die organisatorischen Entwicklungen in der extremen Rechten einerseits und die in der Bevölkerung durchaus vorhandenen Potentiale andererseits – erinnert sei an den Wahlerfolg der DVU 1998 – waren für uns Grund zu der Annahme, dass der NPD-Landesverband die Entwicklung nachholen werde, die in den benachbarten Bundesländern Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zum (Wahl-)Erfolg führten.

Im Sommer 2010 – und somit ein dreiviertel Jahr vor der Wahl eines neuen Landtages – haben sich die Ausgangsbedingungen für die rechtsextreme Partei eher verschlechtert. Der Aufbau von landesweiten Parteistrukturen ist immer noch nicht abgeschlossen, Teile der neonazistischen Kameradschaftsszene haben sich enttäuscht von der Partei abgewandt und breite Wählermobilisierungen blieben bei den letzten Wahlen aus. Darüber hinaus ist keiner der rechtsextremen Kader, die sich zur Wahl stellen, überregional bekannt. Und schließlich schwächen die wiederkehrenden personellen Querelen und finanziellen Ungereimtheiten in der Bundespartei den Landesverband. Dessen ungeachtet hat die NPD verkündet, den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt zu unterstützen. Hier und ein halbes Jahr später bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern entscheidet sich die weitere Zukunft der dienstältesten rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Die NPD ist dringend auf weitere Wahlerfolge angewiesen, denn nur so kann sie sich finanziell konsolidieren, die Mitglieder weiter an sich binden und den Führungsanspruch innerhalb der organisierten extremen Rechten aufrecht erhalten.

1 Der Begriff Rechtsextremismus, alternativ auch Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Neonazismus und Neofaschismus, ist in aller Munde. Sein Gebrauch in der Alltagsprache, den Medien oder durch die staatlichen Sicherheitsbehörden weicht zum Teil erheblich vom Terminus ab, wie er in der Politikwissenschaft verwendet wird. Jedoch existieren auch innerhalb der Forschung weder eine allgemein anerkannte Definition noch eine Theorie des Rechtsextremismus. Die Autoren der vorliegenden Studie orientieren sich an der Definition von Hans-Gerd Jaschke, der Rechtsextremismus als „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“, definiert (vgl. Jaschke, Hans-Gerd 2001: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen, S. 30).

2 Vgl. Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hrsg.) 2009: Wider die Normalisierung: Die extreme Rechte nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern, Magdeburg/Halle (Saale), S. 1.

3 Hiekisch, Uwe 2000: Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen. Auf kommunale Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden, in: Deutsche Stimme 04/2000, S. 22.

Fragestellung

Mit der vorliegenden Arbeit soll ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der politischen Praxis der rechtsextremen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ in kommunalen Gremien geleistet werden. Am Beispiel der Kreistage Harz, Salzland- und Burgenlandkreis wird gezeigt, dass die NPD, so die zentrale These, im Unterschied zu den demokratischen Parteien bei ihrer parlamentarischen Arbeit die Strategie der „Fundamentalopposition“ verfolgt, die eine konstruktive Beteiligung an den Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen in den kommunalen Gremien aus politischen Erwägungen grundsätzlich ausschließt und stattdessen darauf setzt, die anderen Fraktionen sowie die Verwaltung öffentlich als inkompetent und bürgerfern zu diffamieren. So sollen die vermeintlichen Schwachpunkte des parlamentarischen Systems offen gelegt werden. Dass die rechtsextreme Fraktion dennoch Initiativen in den Kreistag einbringt, steht nicht im Widerspruch zu ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der parlamentarischen Demokratie. Sie nutzt die parlamentarischen Gremien zielgerichtet als Bühne zur öffentlichen Darstellung ihrer Programmatik, was ihr außerhalb der Parlamente u.a. aufgrund des fehlenden Zugangs zu den Massenmedien und der eigenen begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen nur schwer gelingt. Mittels der eingereichten Anträge und Anfragen und der darin aufgegriffenen Themen ist die NPD bestrebt, sich gegenüber dem eigenen Klientel sowie potentiellen Wählern als glaubwürdige Vertreterin der Interessen der „kleinen Leute“ zu inszenieren, um so die Akzeptanz für ihre Ideologie zu erhöhen, weitere Unterstützer zu gewinnen und Erfolge bei zukünftigen Wahlen zu erzielen.



Mathias Heyder im Kommunalwahlkampf 2007 in Wernigerode

Die vorliegende Arbeit geht demzufolge der Frage nach, wie die drei NPD-Fraktionen diese Strategie in ihrer parlamentarischen Arbeit umsetzen. Welche praktischen Aktivitäten entfalten die einzelnen NPD-Fraktionen im Kreistag und welche Themen greifen sie in ihren Anträgen und Anfragen auf? Spiegelt sich die ablehnende Haltung gegenüber den Demokraten auch im Auftreten der rechtsextremen Mandatsträger in den Sitzungen wieder? Sind eine Professionalisierung der politischen Arbeit und ein Ausbau der Parteistrukturen erkennbar?



Wahlkampf

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden die parlamentarischen Initiativen und öffentlichen Verlautbarungen der NPD, die Sitzungsprotokolle sowie die nach jeder Sitzung des Kreistages angefertigten Beobachtungsprotokolle ausgewertet.

Die Präsenz rechtsextremer Mandatsträger in Parlamenten stellt angesichts ihrer politischen Zielstellungen eine Herausforderung für eine demokratisch und pluralistisch verfasste Gesellschaft dar. Es stellt sich somit die Frage, wie die demokratischen Kreistagsmitglieder die rechtsextremen Mandatsträger hinsichtlich ihrer politischen Zielstellungen und ihrer parlamentarischen Praxis einschätzen. Welche Muster der politischen Auseinandersetzung lassen sich beobachten? Neben der Auswertung der Protokolle zu den einzelnen Sitzungen der Kreistage wird zur Beantwortung dieser Fragen insbesondere auf die Interviews, die mit den Vertretern aller demokratischen Fraktionen durchgeführt wurden, zurückgegriffen.

Die Auswahl der drei Kreistage erfolgte – neben den äußeren Rahmenbedingungen der Forschungsarbeit – aufgrund der personellen Zusammensetzung der jeweiligen NPD-Fraktionen sowie der Stellung ihrer Mitglieder in der Partei, ihren parlamentarischen Erfahrungen und unserer Erwartung hinsichtlich ihrer Kompetenzen. Während alle anderen Fraktionen ihre parlamentarische Tätigkeit erst im Frühjahr 2007 aufnahmen, war die NPD im Kreistag des Burgenlandkreises bereits in der vorhergehenden Wahlperiode vertreten und wurde vom langjährigen Landesvorsitzenden Andreas Karl angeführt. Mehrere Kader aus dem Harz – allen voran Michael Schäfer – haben seit 2005 die Entwicklung der NPD und ihrer Nachwuchsorganisation, „Junge Nationaldemokraten“, im Bundesland nachhaltig beeinflusst und sukzessive Führungspositionen auch auf Bundesebene übernommen. Die enge Zusammenarbeit zwischen der NPD und parteiunabhängigen „Freien Kräften“, die sich in den letzten Jahren im Bundesland beobachten ließ, nahm im Harz ihren Anfang. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Salzlandkreis, Philipp Valenta, zu nennen. Darüber hinaus etablierte sich die Kreisstadt Bernburg als organisatorisches Zentrum von NPD und JN.

Forschungsstand

In den letzten 20 Jahren sind unzählige Publikationen zum Themenfeld Rechtsextremismus erschienen. Als Folge der zyklischen Auseinandersetzung mit diesem gesellschaftlichen Phänomen lassen sich thematische Wellen in den Forschungsprojekten und Veröffentlichungen nachweisen:⁴ Zu Beginn der 1990er Jahre erschienen zahlreiche

⁴ Einen guten Überblick – auch entgegen konjunktureller Aufmerksamkeitschwankungen – über die Entwicklung des bundesdeutschen Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher Perspektive bieten unter anderem die Monographien von Hans-Gerd Jaschke (2001), Armin Pfahl-Traughber (2001) und Richard Stöss (2007) sowie die Sammelbände von Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen R. Winkler (1996), Jens Mecklenburg (1996) sowie Wilfried Schubart und Richard Stöss (2001).

journalistische Darstellungen,⁵ die sich vor allem mit der aufkommenden rechtsextremen Skinheadkultur – vereinzelt auch aus der Binnenperspektive⁶ – und ihrem gewaltförmigen Auftreten auseinandersetzen.

Die öffentliche wie fachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien korrespondiert im Wesentlichen mit deren Auf- und Abstiegsbewegungen. In den 1960er Jahren, als die NPD bereits kurz nach ihrer Gründung erste Wahlerfolge feiern konnte und ihre Mitgliederzahl stetig wuchs, erschienen mehrere Publikationen, deren Ergebnisse für die in dieser Arbeit durchgeführte Untersuchung als Vergleichsgrundlage herangezogen wurden. Während sich die Abhandlung von Reinhard Kühnl, Reiner Rilling und Christine Sager⁷ mit der Programmik und Struktur der NPD auseinandersetzte, stand bei Lutz Niethammer⁸ die parlamentarische Tätigkeit der sieben Landtagsfraktionen im Mittelpunkt. Der nur knapp verpasste Einzug in den Bundestag 1969 läutete eine sich über mehr als zwei Jahrzehnte hinziehende Spur der Erfolglosigkeit ein, die auch das öffentliche und wissenschaftliche Interesse an der NPD sinken ließ. Eine Ausnahme bildet der Eintrag in dem von Richard Stöss herausgegebenen Parteienhandbuch.⁹ In die von der NPD hinterlassene Lücke stießen in den 1980er und 1990er Jahren die „Deutsche Volksunion – Liste D“ und „Die Republikaner“, die vereinzelte Wahlerfolge erzielten und denen sich in Folge auch die Sozialwissenschaften widmeten.¹⁰ Erst das von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat angestrebte Verbotsverfahren gegen die NPD¹¹ – das 2003 aus formalen Gründen scheiterte – einerseits und die weiter oben beschriebenen Erfolge in der Anbindung zuvor unorganisierter und der NPD skeptisch gegenüberstehender Personenkreise, die Verankerung in einigen Kommunen sowie die elektoralen Erfolge andererseits führten dazu, dass das Interesse an der Partei wieder anstieg. Uwe Hoffmanns kurz vor der Jahrtausendwende veröffentlichte Monographie gibt einen guten Überblick über die Entwicklung der NPD bis 1998, kann jedoch noch keine Aussage über die Folgen der kurz zuvor von der Parteiführung angestoßenen programmatisch-strategischen Modernisierungsprozesse treffen.¹² Der Journalist Toralf Staud vertrat in seinem Buch „Moderne Nazis“ die These, dass die NPD insbesondere in den neuen Bundesländern die „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“ zum Ziel habe.¹³ Besonderes Augenmerk legt Staud auf die Faktoren, die zu einer kommunalen Verankerung von NPD-Funktionsträgern in der Sächsischen Schweiz geführt haben und welche Funktionen der Fraktion im Dresdner Landtag zukommen. Der Einzug der extrem rechten Partei wie auch ihre parlamentarische Tätigkeit im sächsischen Landesparlament sind Gegenstand mehrerer Veröffentlichungen aus den letzten Jahren.¹⁴ Nach dem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern folgten auch hier erste Analysen,¹⁵ zum Teil in komparatistischer Perspektive.¹⁶

5 Vgl. hierzu u.a. Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard 1991: Krieg in den Städten, Berlin; Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard 1993: Skinheads, München; Schröder, Burkhard 1992: Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans, Reinbek bei Hamburg sowie Schröder, Burkhard 1997: Im Griff der rechten Szene, Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek bei Hamburg.

6 Vgl. Schröder, Burkhard 1994: Ich war ein Neonazi. Reportage über den Aussteiger Ingo Haßelbach, Ravensburg.

7 Vgl. Kühnl, Reinhard/Rilling, Rainer/Sager, Christine 1969: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt am Main.

8 Vgl. Niethammer, Lutz 1969: Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt am Main.

9 Vgl. Schmollinger, Horst W. 1986: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe Band 4: NPD bis WAV, Opladen, S. 1922-1994.

10 Vgl. zur „Deutschen Volksunion – Liste D“ z.B. Linke, Annette 1994: Der Multimillionär Frei und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen sowie Mecklenburg Jens (Hrsg.) 1999: Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin; Schmidt, Matthias 1997: Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster sowie Holtmann, Everhard 2002: Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen. Vgl. zu den „Republikanern“ z.B. Funke, Hajo 1989: „Republikaner“. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Zu den Potenzialen der Rechtsextremen am Beispiel der „Republikaner“, Berlin; Stöss, Richard 1990: Die „Republikaner“. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln; Jaschke, Hans-Gerd 1993: Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußenpartei, Bonn sowie Bergsdorf, Harald 2000: Ungleiche Geschwister. Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN), Frankfurt am Main.

11 Vgl. Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.) 2002: Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt am Main sowie Flemming, Lars 2005: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden.

12 Vgl. Hoffmann, Uwe 1999: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main.

13 Vgl. Staud, Toralf 2005: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln.

14 Vgl. Steglich, Henrik 2005: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen; Brech, Franziska 2005: Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitstil – Entwicklungsperspektiven, Berlin; NiP Redaktionskollektiv 2005: NiPrint. Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag, Dresden sowie NiP Redaktionskollektiv/Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Hrsg.) 2008: Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008, Dresden.

15 Vgl. Brodtkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.) 2008: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin sowie Niemann, Laura 2008: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr, Greifswald.

16 Vgl. Lichdi, Johannes 2008: Die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, Dresden.

Zur parlamentarischen Tätigkeit von rechtsextremen Mandatsträgern in kommunalen Gremien erschienen in den 1990er Jahren nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen.¹⁷ Benno Hafener hat 1999 auf Grundlage der Ergebnisse seiner Untersuchungen zu Hessen und weiteren empirischen Studien zu anderen Bundesländern drei Typen rechtsextremer Parlamentsarbeit herausgearbeitet:¹⁸ (1) Die Parteien nutzen die Parlamente als Bühne, um ihre rechtsextreme Ideologie ungehindert zu verbreiten. Hierbei stehen die klassischen Themen Ethnisierung der sozialen Frage und Bedrohung der Inneren Sicherheit durch „Ausländer“ im Vordergrund. (2) Die Mandatsträger bringen eine Vielzahl von parlamentarischen Initiativen mit einem breiten thematischen Spektrum ein, um sich als seriös und bürgernah zu präsentieren. (3) Die Inkompetenz ihrer Mitglieder hemmt die parlamentarische Arbeit der rechtsextremen Parteien völlig, innere Zerwürfnisse führen zum Auseinanderbrechen der Fraktionen.

Mit dem Anstieg der NPD-Mandate in kommunalen Gremien widmete sich die Wissenschaft wieder verstärkt der Thematik. 2006 erschien eine detailreiche Studie – zugleich die erste nach der strategisch-programmatisch Modernisierung der Partei Ende der 1990er Jahre – zur praktischen Politik der NPD-Mandatsträger in den kommunalen Gremien Mecklenburg-Vorpommerns.¹⁹ Ein durchgängiges Muster der parlamentarischen Aktivitäten lasse sich rückblickend nicht feststellen, so die Autoren.²⁰ Im Gegensatz zur Verfasstheit früherer rechtsextremer Mandatsträger kann die NPD immerhin die personelle Kontinuität ihrer Abgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern als Erfolg verbuchen. Ebenso sucht man (öffentliche) Streitereien, gegenseitige Vorwürfe oder Fraktions- oder Parteiaustritte vergeblich. Von den zehn zur Untersuchung herangezogenen Abgeordneten entspricht jedoch nur einer dem Selbstbild der NPD vom fleißigen, sachkundigen und engagierten Kommunalvertreter. Die Verfasser der Studie warnen jedoch davor, bei der NPD den gleichen Maßstab bei der Beurteilung der kommunalpolitischen Aktivitäten wie bei den demokratischen Parteien anzuwenden und damit die Rechtsextremen zu verharmlosen. Die NPD zeichne sich durch ein instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus aus. Es gehe ihr daher weniger um eine konstruktive Lösung lokaler Probleme als vielmehr um eine Kommunikation ihrer Ideologie in die lokale Öffentlichkeit, eine Verankerung in der Region und letztlich den Einzug in die Landesparlamente.²¹

Diese Ergebnisse werden von einer Untersuchung aus Sachsen, der Region mit dem stärksten NPD-Landesverband, bestätigt.²² Die Auswertung der eingebrachten Anträge und Anfragen mache deutlich, dass es sich bei der NPD nicht (mehr) um eine Ein-Themen-Partei handle. Inhaltliche Schwerpunkte bilden demnach die Politikfelder Soziales, Kultur, Umwelt, Tourismus sowie Innere Sicherheit und Kriminalität. Weiterhin betreibe die NPD eine symbolische Kommunalpolitik, d.h. sie äußere sich zu Themen ohne kommunalpolitische Relevanz.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Mehrheit der rechtsextremen Mandatsträger passiv verhält. Die Personaldecke der NPD ist allgemein als dünn zu beschreiben, die Intensität der parlamentarischen Arbeit hängt sehr stark von den Kompetenzen und Erfahrungen der einzelnen extrem rechten Mandatsträger ab. Inszenierte Provokationen und rassistische Äußerungen, wie sie von den beiden Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern immer wieder praktiziert wurden, sind nur für die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen dokumentiert.²³ In den übrigen kommunalen Gremien bemühten sich die Abgeordneten um ein seriöses Auftreten als „bürgernahe Oppositionspartei“.

17 Vgl. Wagner, Peter M. 1992: Die NPD in der Kommunalpolitik. Ursachen und Erfolge einer rechtsextremistischen Partei in Villingen-Schwenningen, Freiburg; Hafener, Benno 1995: Politik der „extremen Rechten“. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach/Ts sowie Hafener, Benno 1997 Sozialstruktur der extremen Rechten. Mandatsträger der „Republikaner“ und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach/Ts.

18 Vgl. Hafener, Benno 1999: Rechtsextreme Parteien in Parlamenten – Gedanken zum Umgang, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 191-200, S. 192f.

19 Vgl. Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mathias/Wiedemann, Tim 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald.

20 Vgl. Beier, K. u.a.: NPD, S. 147ff.

21 Vgl. Beier, K. u.a.: NPD, S. 170.

22 Vgl. Braune, Sven/Demuth, Christian/Hanisch, Norbert/Koch, Josephine/Schmidt, Barbara/Wendland, Alexander 2007: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, in: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden, S. 175-207.

23 Vgl. Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2009: „

In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“, Berlin, S. 12.

Forschungsdesign

Zur Erhebung der Daten wurde in dieser Studie auf die gängigen Methoden der empirischen Sozialforschung zurückgegriffen: Beobachtung, Befragung und Inhaltsanalyse. Kleinere Gruppen von zwei bis vier Personen nahmen am öffentlichen Teil der Sitzungen der drei untersuchten Kreistage teil. Diese wurden in der Regel alle sechs bis acht Wochen durchgeführt und erstreckten sich über eine Zeitdauer von eineinhalb bis fünf Stunden, in einem Fall auch über zwei Tage. Auf der Grundlage eines zu Beginn des Forschungsvorhabens entworfenen Fragekatalogs wurden die Beobachtungen von den Teilnehmenden protokolliert und im Nachhinein zu einem Beobachtungsprotokoll zusammengeführt. Von Interesse waren hierbei insbesondere das Abstimmungsverhalten der Mandatsträger sowie die verbale und nonverbale Kommunikation der NPD-Vertreter, aber auch Reaktionsmuster der demokratischen Kreistagsmitglieder.



Wahlkampf der NPD im Harzkreis

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Forschungsprojektes schriftliche Quellen gesammelt. Hierzu zählen neben den eingereichten Anträgen und Anfragen der NPD-Fraktion auch die Sitzungsprotokolle, die den Teilnehmern des Forschungsprojektes von den Kreistagsverwaltungen zur Verfügung gestellt wurden. Einbezogen wurden ebenso die Beiträge auf den diversen rechtsextremen Webseiten, Artikel in verschiedenen NPD-eigenen Publikationen, Interviews und Flugblätter. Darüber hinaus wurden die „Volksstimme“ und die „Mitteldeutsche Zeitung“ (MZ) als regionale Printmedien in die Quellensammlung aufgenommen. Die für die vorliegende Arbeit vorgenommene Analyse des zusammengetragenen Datenmaterials erfolgte in Anlehnung an die von Philipp Mayring empfohlene Methode der strukturierenden Inhaltsanalyse.²⁴ Im Mittelpunkt stehen somit Aussagen zur strategischen Funktion kommunaler Gremien für die rechtsextreme Partei, Hinweise zur politischen Praxis sowie die Themensetzungen in den parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion.

In zwei Phasen, zunächst im Sommer 2007 – also wenige Wochen nach der Konstituierung des Kreistages – und ein zweites Mal im Herbst und Winter 2008, wurden Vertreter der demokratischen Fraktionen befragt. Diese Experteninterviews wurden mithilfe eines teilstrukturierten Leitfadens mündlich geführt und erstreckten sich über eine Zeitdauer von 20 bis 100 Minuten, in der Regel nahmen sich die Befragten eine halbe Stunde Zeit. Alle angefragten Mandatsträger signalisierten die Bereitschaft zum Interview. Die Aufnahmesituation war höchst unterschiedlich und reichte von der Privatwohnung über Arbeitszimmer bis hin zur belebten Lobby des Tagungshotels, in dem auch die Kreistagssitzung durchgeführt wurde. Die Gespräche wurden mithilfe von MD-Recordern und digitalen Aufnahmegeräten aufgezeichnet und im Nachgang transkribiert. Auf eine Befragung der NPD-Mandatsträger oder anderer Personen aus der rechtsextremen Szene wurde aus Sicherheitsgründen verzichtet.

Der Beobachtungszeitraum zur parlamentarischen Praxis der NPD in den drei Kreistagen wird eingegrenzt durch die Konstituierung der Kreistage im Frühsommer 2007 und der Kommunalwahl am 7. Juni 2009. Für die Studie wurden darüber hinaus sämtliche Anträge und Anfragen der drei NPD-Fraktionen vom Juli 2007 bis Dezember 2009 berücksichtigt. Zur Analyse der Entwicklung des Rechtsextremismus – insbesondere von NPD und JN – in Sachsen-Anhalt, wurden auch Ereignisse aufgenommen, die außerhalb dieses Zeitraumes liegen. Die Erhebung insgesamt endete am 15. Juni 2010.

²⁴ Mayring, Philipp 2008: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlage und Techniken, 10., neu ausgestattete Auflage, Weinheim/Basel.

1. Die extreme Rechte und der Parlamentarismus

Im Bundestagswahlkampf 1969 verortete der damalige Vorsitzende Adolf von Thadden die NPD im parlamentarischen System der Bundesrepublik: „Die NPD ist eine demokratische Partei in einem demokratischen Staat. Die NPD ist in einem Mehrparteiensystem mit ihren Auffassungen eine Partei neben anderen Parteien.“²⁵ Drei­ßig Jahre später formulierte Udo Voigt das Selbstverständnis der Partei wie folgt: „Wir Nationaldemokraten sehen uns als grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum. [...] Wir wollen nicht ‚rechter Flügel‘ in diesem Parteienklüngel sein, sondern die Alternative zu diesen. Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!“²⁶ Nachdem der NPD im Spätsommer 2004 bei den Landtagswahlen in Sachsen der Sprung über die Sperrklausel glückte, sah Voigt bereits das Ende der parlamentarischen Demokratie heraufziehen: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat.“²⁷

Nach der Wahl Udo Voigts zum Bundesvorsitzenden der NPD 1996 sowie den Programm- und Strategiedebatten seit 1997 hat sich die NPD „von einer überwiegend deutschnationalen, eher systemkonform agierenden zu einer überwiegend neonazistischen, systemfeindlichen Partei [gewandelt].“²⁸ Obwohl sie weiterhin zu Wahlen antritt und sich an der parlamentarischen Arbeit beteiligt, steht sie dem Parlamentarismus fundamental ablehnend gegenüber. Die Partei steht mit ihren Positionen und ihrer Rhetorik „in der Tradition einer hämischen Verunglimpfung des Parlamentarismus und einer Systemkritik“²⁹, wie sie für die extreme Rechte und die völkischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts charakteristisch gewesen ist.



„Arbeit nur für Deutsche“ – Die „Volksgemeinschaft“ bestimmt die politische Strategie

Der Gesellschaftsentwurf der NPD

In den programmatischen Texten der NPD finden sich allerdings nur wenige Ausführungen zu ihren eigenen alternativen Gesellschaftskonzepten. Das NPD-Parteiprogramm von 1997 verwendet hierauf lediglich einen kurzen Absatz. Aufbauend auf eine homogene „Volksgemeinschaft“ solle der Staat über den Interessen einzelner Gruppen stehen und die Gesamtverantwortung wahrnehmen. Die Forderung nach einem Mehr an direkter Demokratie dient der Partei als Mittel zur Stärkung des Präsidenten als „Staatsoberhaupt“, der „über den Parteien und dem politischen Tagesgeschäft“ stehe. Staatliche Organe sollen in „Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln“.³⁰ Zugleich will die NPD die Rechte des Parlaments stark einschränken.³¹

25 Zitiert nach Hoffmann, Uwe 1999, S. 292.

26 Voigt, Udo 1999: Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei.

35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 469-475, S. 471.

27 Udo Voigt in der Jungen Freiheit vom 24.09.2004, S. 3.

28 Stöss, Richard 2007: Rechtsextremismus im Wandel, 2. aktualisierte Auflage, Berlin, S. 132.

29 Beier, Katharina u.a. 2006, S. 11.

30 NPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2004: Parteiprogramm, 10. Auflage, Berlin, Punkt 3.

31 Vgl. Arbeitskreis „Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand o. J.: Klarheit im Denken und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“, Berlin, S. 4ff.

Nimmt man diese Texte und Aussagen führender NPD-Kader, so lassen sich dennoch deutlich die Konturen des Gesellschaftsentwurfs der Partei umreißen: Die NPD ist Verfechterin eines identitären Staatsmodells mit einfluss-schwachen Parteien, gesellschaftlichen Verbänden und Repräsentativorganen. Sie tritt ein für die Errichtung eines autoritären Präsidialsystems. Den etablierten demokratischen Parteien wirft die NPD pauschal vor, sich „den Staat zur Beute gemacht“ zu haben. Posten würden „nach Proporz und dem Grad der Hörigkeit, nicht aber nach Fähigkeit und Leistung“ vergeben. Das „herrschende oligarchische Parteienkartell“ nutze alle Möglichkeiten, „um Gruppierungen, die ernsthafte Kritik am Kartell und seiner Politik üben, zu schikanieren.“³² Die NPD machte es sich zur Aufgabe, „Filz“ und „Korruption“ in den Parteien und in der Verwaltung zu beenden.³³

Parlamentarismuskritik nach dem Vorbild Carl Schmitts

Historisch beruft sich die NPD in ihrer Kritik am Parlamentarismus vor allem auf den einflussreichen Staatsrechtler Carl Schmitt.³⁴ Er gehörte neben Oswald Spengler und Arthur Mueller van den Bruck zu den bedeutendsten Vertretern der „Konservativen Revolution“, jener antidemokratischen Strömung, die als geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus gilt.³⁵ Die Weimarer Republik wurde von ihnen als labiler Koalitions- und Parteienstaat angesehen, in dem sich „alle öffentlichen Angelegenheiten in Beute- und Kompromißobjekte von Parteien und Gefolgschaften verwandeln und die Politik, weit davon entfernt, die Angelegenheit einer Elite zu sein, zu dem ziemlich verachteten Geschäft einer ziemlich verachteten Klasse von Menschen geworden ist.“³⁶ Für Henning Ottmann stellen Schmitts Analysen „vordergründig eine Kritik an der ‚Überholtheit‘ parlamentarischer Systeme [dar], hintergründig ein Kampf mit dem Liberalismus.“³⁷

Im Zentrum der politischen Theorie Schmitts steht der Begriff der *Dezision*, zu Deutsch: Entscheidung. Für den Bereich des Politischen, das eine herausgehobene Stellung im Verhältnis zur Gesellschaft einnehme, sei dies die Unterscheidung von Freund und Feind. Durch die Abgrenzung gegenüber einem äußeren Feind gelinge die Festigung der Gruppe nach innen. Dieser Feind müsse jedoch real existieren und im Extremfall müssen auch Konflikte mit ihm geführt werden können. Ebenso sei die Konfrontation mit einem inneren Feind denkbar: „Zur Demokratie gehört [...] notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen.“³⁸ Gleichartigkeit wird Carl Schmitt zum zentralen Kennzeichen von Demokratie – ganz im Gegenteil zum modernen, pluralistischen Verständnis des Begriffs.

Nach Schmitts Auffassung war die ursprüngliche Forderung seitens der bürgerlichen Klasse nach rationaler Diskussion von der auf Machtgewinn und Machterhalt gerichteten Parteienpolitik verdrängt worden. An die Stelle freier Meinungskonkurrenz seien Propaganda und Techniken der Massenbeeinflussung getreten. Der Staat sei zur Beute der Parteien verkommen, die fern vom Volk hinter verschlossenen Türen ihre Geheimpolitik betreiben. „Wahre Demokratie“ dagegen beruht für Schmitt auf einer Reihe von Identitäten, insbesondere der identitären Verbindung zwischen einem homogenen Staatsvolk und den politischen Eliten.³⁹ Der Wille des Volkes werde dabei durch Zuruf geäußert, womit sich plebiszitäre Demokratie und Diktatur verbinden. Von Demokratie könne nur dann gesprochen werden, so Schmitt, wenn die Identität von Regierenden und Regierten gegeben sei.⁴⁰

Herrschen würden folglich diejenigen, die erfolgreich ihren Willen mit dem Willen des Volkes identifizieren. Dies steht konträr zur liberalen Vorstellung von der Gewährleistung von unveräußerlichen Menschenrechten sowie dem parlamentarischen „government by discussion“.

32 NPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2002: Aktionsprogramm, S. 43.

33 Vgl. NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm, S. 45f.

34 Vgl. Mehring, Reinhard 2009: Carl Schmitt: Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München.

35 Vgl. Breuer, Stefan 1993: Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt.

36 Schmitt, Carl 1991: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin, S. 8.

37 Ottmann, Henning 1990: Carl Schmitt, in: Ballestrem, Karl Graf/Ottmann, Henning (Hrsg.): Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts, München/Wien, S. 61-88, S. 67.

38 Schmitt, C.: Parlamentarismus, S. 14.

39 Vgl. Schmitt, C.: Parlamentarismus, S. 14, 35.

40 Vgl. Brodocz, André 2002: Die politische Theorie des Dezisionismus: Carl Schmitt, in: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart I, Opladen, S. 281-315, S. 299.

Kampf um die Parlamente

Die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und der Antritt zu Wahlen stehen für Führung und Mitglieder der NPD in keinem Widerspruch. Die Partei hat, so Gideon Botsch, ein instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus: „Strategisch entspricht das Bekenntnis zur Demokratie dem Vorgehen der NPD, im Schutz des Parteienstatus für ihre rechtsextreme Politik zu werben, zu Wahlen anzutreten und Parlamente als Plattformen zu benutzen.“⁴¹

Dies hat die NPD in einem Strategiepapier dargelegt, das auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen beschlossen wurde. Um ihrem Ziel, die Überwindung der demokratischen Gesellschaftsordnung, näherzukommen, will die Partei „drei große Schlachten schlagen: die Schlacht um die Köpfe, die Schlacht um die Straße und die Schlacht um die Wähler.“⁴² Die drei Säulen – 2004 nach dem Wahlbündnis mit der DVU um die vierte Säule „Kampf um den organisierten Willen“ ergänzt – stehen konzeptionell gleichberechtigt nebeneinander. Beim „Kampf um die Köpfe“ (Säule 1) verfolgt die NPD das Ziel, sowohl eigene Mitglieder und Funktionäre programmatisch zu schulen wie auch die inhaltlichen Positionen der Partei in andere gesellschaftliche Bereiche wie Gewerkschaften oder konkurrierende politische Parteien zu tragen, zugleich aber auch fortlaufend die Programmatik den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Säule 2, der „Kampf um die Straße“, setzt gezielt auf die Einbindung von aktionistisch orientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus neonazistischen Skinheadgruppen und „Freien Kameradschaften“, „wenn sie“, so Udo Voigt, „bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln.“⁴³ Da der Partei finanzstarke Förderer fehlten, könne sie eine „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße erreichen.“⁴⁴

Mit dem „Kampf um die Parlamente“ will die NPD einerseits die Kanäle der politischen Willensbildung für sich nutzen und andererseits durch kontinuierliche Wahlteilnahme den potentiellen Wählern verdeutlichen, dass es sich bei der Partei um eine ernst zu nehmende politische Kraft handle. Dabei kommt der kommunalen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Hier sollen die Menschen zu einer „organischen Einheit“ zusammenfinden. So bilden homogene Gemeinschaften die Grundlage eines völkischen Staates.⁴⁵

Zudem sieht die NPD auf der lokalen Ebene eine größere Chance, mit ihren Vertretern Gesicht zu zeigen und so die (mögliche) gesellschaftliche Ausgrenzung zu unterlaufen. Udo Voigt hat dies strategisch wie folgt formuliert: „Wenn wir unsere Politik für Deutsche fest verankern wollen, müssen wir in den Gemeinden damit beginnen [...]. Das nationale politische Fundament muss in den Kommunen aufgebaut werden [...], denn hier können wir dem Wähler zeigen, dass die NPD keine Briefkastenpartei ist, sondern von Menschen repräsentiert wird, die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Interessen der deutschen Bürger einsetzen.“⁴⁶

Die Präsenz in kommunalen Gremien bildet nach Auffassung Udo Voigts die Ausgangsbasis, um sukzessive Erfolge auf Landes- und Bundesebene zu erlangen. Den „ständigen Hetztiraden der Massenmedien“ wolle die Partei vertrauensvolle und beständige persönliche Beziehungen zwischen NPD-Kadern und den Bürgern entgegensetzen: „In der Gemeinde muß man die Vertreter deutscher Bürgerinteressen persönlich kennen, nur dann werden wir uns dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern können.“⁴⁷

41 Botsch, Gideon 2008: Welches Verständnis von Demokratie hat die NPD?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.):

88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts., S. 42-44, S. 44.

42 NPD-Parteivorstand 1999: Das strategische Konzept der NPD, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm.

Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 356-360, S. 359.

43 NPD-Parteivorstand: Konzept, S. 360.

44 NPD-Parteivorstand: Konzept, S. 360.

45 Vgl. NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm, S. 12f.

46 Voigt, Udo 1999: Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm.

Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 469-475, S. 470.

47 Voigt, U.: NPD, S. 470.

Folgerichtig fordert Voigt die Parteianhänger zur Teilnahme an Kommunalwahlen auf, „um dort das Fundament der zukünftigen Arbeit zu legen.“⁴⁸ Allerdings erweist sich die dünne Personaldecke für die NPD als großes Hemmnis für die flächendeckende Umsetzung dieser Strategie. Nur vereinzelt kann sie auf fachkundige, redegabende und im Gemeinwesen anerkannte Mitglieder und Sympathisanten zurückgreifen. Erfolgreich ist die Partei vor allem in jenen Regionen, in denen sie auf eine professionelle Infrastruktur innerhalb der Landtagsfraktionen zurückgreifen kann, die zudem geschulte Kader anziehen.

Vor diesem Hintergrund geht es der NPD nicht um eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung und Konsensbildung. Ihre Präsenz in den parlamentarischen Vertretungen soll vielmehr eine Reihe rein instrumenteller Funktionen erfüllen: (1) Der Einzug in die Parlamente ist Ausdruck einer wachsenden kommunalen bzw. regionalen Verankerung und der Unterstützung rechtsextremer Inhalte in Teilen der Bevölkerung. (2) Die Parlamente dienen zudem als Bühne, um für die Menschen als Partei sichtbar zu sein sowie für die eigene Ideologie zu werben. (3) Gleichzeitig werden sie als Kampfort verstanden, um die politischen Gegner und das „System“ bloßzustellen. (4) Die parlamentarische Arbeit der NPD leistet darüber hinaus einer Normalisierung Vorschub, neonazistische Positionen werden zunehmend als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums erachtet. Zudem bietet sich hier die Möglichkeit öffentlich wirksam Bürgernähe zu demonstrieren. (5) Schließlich eröffnet der „Kampf um die Parlamente“ den Zugang zu vielfältigen Ressourcen, wie etwa öffentlichen Geldern oder einer funktionierenden Infrastruktur. (6) Die Arbeit in den Kommunalparlamenten sowie eine stärkere kommunale Verankerung sollen als Sprungbrett für den Erfolg auf Landesebene dienen.

Die „Kommunalpolitische Vereinigung“ der NPD

Eine besondere Rolle für den Wissens- und Erfahrungstransfer sowie die Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen kommt in der politischen Strategie der NPD der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) zu. Die Unterorganisation der NPD hat sich zum Ziel gesetzt, „die wachsende Bereitschaft der Wähler, ihre Stimme der NPD zu geben, flächendeckend in konkrete kommunale Wahlerfolge umzusetzen und bereits errungene Mandate zu festigen und auszubauen.“⁴⁹

Entstanden ist die Vereinigung im Jahr 2003. Treibende Kraft war neben dem erfahrenen Kommunalpolitiker Peter Marx der hessische Kreistagsabgeordnete Ralf Haschke, der auch zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde.⁵⁰ Ab 2006 verlagerte sich der regionale Schwerpunkt der KPV nach Sachsen, dem Bundesland, in dem die NPD in den letzten Jahren die Mehrzahl ihrer kommunalen Mandate errang. Hartmut Krien ist einer der Mandatsträger. Er zog 2004 auf der Liste des „Nationalen Bündnis“ in den Dresdner Stadtrat ein, wurde im Frühjahr 2006 zum stellvertretenden Vorsitzenden und ein Jahr später, am 12. Mai 2007, auf der Jahreshauptversammlung in Saaleck im Burgenlandkreis zum Vorsitzenden der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ gewählt.⁵¹

Ihre praktische Arbeit beschreibt die KPV wie folgt: „Die jeweils sechsstündigen Schulungen der KPV, die vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Dresdner Stadtrat Hartmut Krien geleitet werden, beschäftigen sich mit allen relevanten kommunalpolitischen Themen, von den Grundzügen des sächsischen Kommunalrechtes bis hin zu den Auswirkungen des demographischen Wandels in den Kommunen. [...] [Bei] der letzten derartigen Veranstaltung [wurden] Referate zu den Themenkreisen ‚Wie lese ich einen kommunalen Haushaltsplan‘ und ‚Welche Auswirkungen hat die Verwaltungsreform‘ vor über 30 Zuhörern gehalten.“⁵²

48 Voigt, U.: NAPD, S. 470.

49 Vgl. Kommunalpolitische Vereinigung der NPD o.J.: Über uns, http://www.kpv-npd.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1&Itemid=4, eingesehen am 28.12.2009.

50 Vgl. Jentsch, Ulli 2009: Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD, <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/KPV%20der%20NPD.html>, eingesehen am 28.12.2009.

51 Vgl. Klarmann 2006: Rechts: Kunkel als NPD-KPV-Vorstandsmitglied bestätigt, 13.03.2006,

<http://klarmann.myblog.de/klarmann/art/3095324/Rechts-Kunkel-als-NPD-KPV-Vorstandsmitglied-bestatigt>, eingesehen am 28.12.2009.

52 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen 2007: Kommunale Mandatsträger schulen – Regionale Kompetenz vertiefen, 24.04.2007,

<http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=70>, eingesehen am 28.12.2009.



Kommunalwahlkampf 2007: Zielgruppe Protestwähler

Mit Carola Holz, seit dem 22. April 2007 Mitglied des Kreistages in Anhalt-Bitterfeld, wurde in Saaleck erstmals eine Vertreterin aus Sachsen-Anhalt in den Vorstand berufen.⁵³ Am 13. Mai 2007, einen Tag nach der Jahreshauptversammlung der KPV wurde eine „erste Grundschulung“ für alle 13 Mandatsträger aus Sachsen-Anhalt durchgeführt.⁵⁴ Über weitere von der KPV organisierte Treffen oder Fortbildungen in Sachsen-Anhalt ist für den Untersuchungszeitraum von April 2007 bis Juni 2009 nichts bekannt. Auch gibt es keine Hinweise auf die Gründung eines sachsen-anhaltischen Landesverbandes, wie es der NPD-Landesgeschäftsführer Matthias Heyder in einer Pressemitteilung kurz nach den Kommunalwahlen im Frühjahr 2007 ankündigte.⁵⁵ Wie so viele andere Gliederungen der NPD, so lebt auch die „Kommunalpolitische Vereinigung“ von großspurigen öffentlichen Verlautbarungen und einem Internetauftritt, der Berichte mit kommunalpolitischem Bezug vorrätig hält und so umfangreiche eigene Aktivitäten vortäuschen soll. Mitarbeiter eines Berliner Projektes

gegen Rechtsextremismus stellen in ihrer Studie einen verstärkten Austausch zwischen Landtagsabgeordneten und kommunalen Mandatsträgern fest, der sich u.a. in der Weitergabe von Anträgen über Ländergrenzen hinweg zeige.⁵⁶ Ob es sich hierbei um eine von der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ koordinierte Maßnahme handelt, bleibt offen. Wie die Gesamtpartei so leidet auch die KPV unter der dünnen Personaldecke, ihre Aktivitäten stehen in engem Zusammenhang mit dem Wirken von Hartmut Krien. In einem im Dezember 2009 veröffentlichten Interview mit der Deutschen Stimme⁵⁷ gibt Krien wenig Auskunft über die konkrete praktische Unterstützungsleistung für die NPD-Mitglieder durch die „Kommunalpolitische Vereinigung“. Gefragt nach den längerfristigen strategischen Zielen der KPV halluziniert Krien die Machtübernahme der Bundesrepublik nach einem Staatsbankrott durch die NPD. „Was wir aber brauchen, ist ein Heer von geschulten Kameraden, die dann, wenn es nötig sein wird, auch die Fähigkeit besitzen, die gesamte mittlere Leitungsebene von einem Tag zum anderen zu übernehmen.“⁵⁸

Der Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2009 könnte hingegen eine Professionalisierung der Arbeit der KPV vor allem im Freistaat zur Folge haben. Nach Informationen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehen der NPD in den kommenden fünf Jahren Zuschüsse aus öffentlicher Hand für ein kommunalpolitisches Bildungswerk in Höhe von jährlich 40.000 Euro zur Verfügung.⁵⁹

53 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007c: (KPV) Unser Ziel: Bundesweit präsent, 15.05.2007, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1825.html>, eingesehen am 28.12.2009.

54 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen: Mandatsträger.

55 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007a: Auftrag und Verpflichtung: NPD in sieben Kreistagen vertreten, 23.04.2007, <http://npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1805-auftrag-und-verpflichtung—npd-in-sieben-kreistagen-vertreten.html>, eingesehen am 28.12.2009.

56 Vgl. Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2008: Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin, S. 20.

57 An diesem Interview zeigt sich exemplarisch, wie einige wenige NPD-Mitglieder mehrere Funktionen ausüben: Der Interviewer Karl Richter ist Stadtrat in München für die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, stellvertretender Vorsitzender der KPV, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD und Chefredakteur des parteieigenen Blattes „Deutsche Stimme“. Der Interviewte, Hartmut Krien, ist Stadtrat in Dresden, Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Vorsitzender der KPV und in dieser Funktion auch Mitglied im NPD-Bundesvorstand.

58 Vgl. Krien, Hartmut 2010: „Man darf kein Sensibelchen sein“, Deutsche Stimme 01/2010, S. 3.

59 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Sachsen 2009: Eine Folge der Landtagswahlen in Sachsen: NPD erhält in der kommenden Legislaturperiode mehr als 12 Mio. Euro. Eine neue Qualität der Herausforderung: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik kann eine rechtsextreme Partei ihre verfassungsfeindliche Arbeit auf der Grundlage einer flächendeckenden Präsenz in den Kommunen und Kreisen und einer soliden staatlichen Finanzierung fortführen, September 2009, <http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/rechtsextremismus/0909NPDFolgen.pdf>, eingesehen am 03.01.2010.

2. Die NPD in Sachsen-Anhalt

In den ersten zehn Jahren nach seiner Gründung hatte der NPD-Landesverband über weite Strecken mit strukturellen und personellen Problemen zu kämpfen, so dass nach eigenen Angaben „die Arbeit im Verband fast völlig zum Erliegen kam“.⁶⁰ Erst als Steffen Hupka 1997 den Landesvorsitz übernahm, gelang eine Konsolidierung auf niedrigem Niveau. Der neu gewählte Landesvorstand suchte den Schulterchluss mit den „Freien Kameradschaften“ und den Skinheadgruppen und richtete seine eigenen Aktivitäten auf diese Klientel aus. So stellte die NPD Reisebusse u.a. zu den rechtsextremen Aufmärschen gegen die Wehrmachtsausstellung im März 1997 und zum „Tag der Arbeit“ im darauf folgenden Jahr in Leipzig. Im Frühjahr 1999 mobilisierte der Landesverband erstmals überregional zu zwei Aufmärschen nach Magdeburg.

An Wahlen beteiligte sich die NPD – bedingt durch ihre organisatorischen und personellen Schwächen - nur sporadisch. So bewarb sie sich nur einmal, am 14. Oktober 1990, bei den Wahlen zum sachsen-anhaltischen Landtag und erzielte gerade einmal 0,1 Prozent der Zweitstimmen. Bei den Abstimmungen über die Zusammensetzung der Kreistage und Stadträte im Jahr 2004 zogen sieben – zählt man den parteilosen Kandidaten Lutz Battke hinzu, der in Laucha für einen Sportverein kandidierte, sind es acht – Mandatsträger für die NPD in folgende kommunale Gremien ein: Stadträte Halle (1 Mandat), Quedlinburg (1), Halberstadt (1), Sangerhausen (1) und Laucha (1) sowie die Kreistage Burgenlandkreis (2) und Aschersleben-Staßfurt (1). Dieses Wahlergebnis sowie die Tatsache, dass die NPD in vielen Landkreisen und Kommunen gar nicht kandidierte, verdeutlichen die regionalen Schwerpunkte der Partei, die zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich im Süden und Süd-Westen Sachsen-Anhalts über tragfähige Strukturen verfügte. Die Mitgliederzahl stieg in Folge der Euphorie, die der Einzug in den sächsischen Landtag im September 2004 auslöste, von 150 auf 200 Personen an.⁶¹



Wahlkampf 2007 im Harzkreis

⁶⁰ Kittner, Andreas/Hupka, Steffen: Sachsen-Anhalt-Fahrt (sic!) in schwierigstem Gelände. Eine kleine Geschichte des Landesverbandes, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 274-275, S. 274.

⁶¹ Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt 2005: Verfassungsschutzbericht 2004, Magdeburg, S. 50.



Wahlkampf 2007: Die JN als Wahlkampfhelfer

Im Jahr 2005 trat der sachsen-anhaltische Landesverband der NPD in eine neue Phase ein. Der strukturelle Aufbau von Kreisverbänden schritt voran, einige Personen aus dem neonazistischen Spektrum konnten als neue Mitglieder gewonnen werden. Vereinzelt Kampagnen, etwa zur Globalisierung, sowie die Verteilung der Schulhof-CD und der Schülerzeitung „Jugend rebelliert“ rückten die Partei ins Licht der Öffentlichkeit. Ursächlich für diese Entwicklung ist die Annäherung der sogenannten Freien Kameradschaften, die das Spektrum des organisierten Rechtsextremismus im Bundesland bis heute dominieren, an die rechtsextreme Partei zu benennen.

Infolgedessen kam es im August 2005 zur Neugründung des Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Ihren Ausgangspunkt nahm diese Entwicklung in Wernigerode, weitere JN-Kreisverbände – so genannte Stützpunkte – entstanden in Bernburg, Staßfurt, Schönebeck, Halle, Sangerhausen, Blankenburg und Magdeburg. Hiernach stockte die weitere Ausdehnung, einzelne Gliederungen haben ihre politischen Aktivitäten eingeschränkt oder sich gänzlich aufgelöst.

Dieser Annäherungsprozess von neonazistischen Kameradschaften an die NPD und ihren Jugendverband wurde von der „Wernigeröder Aktionsfront“ – zu deren Anführern Michael Schäfer gezählt wurde⁶² – selbst durchlaufen und als Vorbild für andere propagiert. Nach einer Reihe gewalttätiger Übergriffe, die die staatlichen Sicherheitsbehörden der rechtsextremen Organisation zuordneten, löste sich die „Wernigeröder Aktionsfront“ auf.

Wenig später gründete dieser Aktivistenkreis den ersten „Stützpunkt“ der „Jungen Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt und nannte insbesondere den rechtlichen Schutz durch die Mutterpartei als Beweggrund: „Eine Gruppe die man nicht einfach verbieten kann. Eine Gruppe, die mit ihrem Parteienstatus ganz andere Rechte besitzt, als wir es als unorganisierte Einzelkämpfer jemals hatten.“⁶³ Die Gründung des JN-Kreisverbandes wurde auch auf den Internetseiten des „Nationalen Beobachters Wernigerode“ publik gemacht, einem Medienprojekt, welches den „Freien Kameradschaften“ im Harz zuzurechnen ist.⁶⁴ Die Homepage der NPD-Fraktion im Kreistag Harz war später auf selbiger Domain gehostet.⁶⁵ Während der Mitgliederbestand der „Jungen Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt mit etwa 50 Personen seit der Gründung konstant ist, verlor der NPD-Landesverband in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich an Mitgliedern. Für 2009 bezifferte der Verfassungsschutz die Mitgliederzahl auf 220.⁶⁶ Somit ist es der NPD seit 2005 nicht gelungen, ihre Basis auszubauen.

Auf verhältnismäßig starke und aktive Kreisverbände kann die Partei in den Landkreisen Burgenlandkreis und Harz verweisen, während sie im nördlichen Landesteil kommunal kaum verankert ist. Dort dominieren weiterhin die „Freien Kameradschaften“. In den beiden großen Städten Sachsen-Anhalts, Magdeburg und Halle, ist die NPD bei

62 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2005b: Wernigeröder Aktionsfront aufgelöst, 23.10.2005, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1149.html>, eingesehen am 14.10.2008.

63 NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2005a: JN Stützpunkt Wernigerode gegründet! Erster JN Stützpunkt in Sachsen-Anhalt!, 23.12.2005, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1231.html>, eingesehen am 14.10.2008.

64 Vgl. Nationaler Beobachter Wernigerode 2005: JN Stützpunkt.

65 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008a, <http://harz.nationaler-beobachter.de>, eingesehen am 27.10.2008.

66 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage

„Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt sowie Handlungsstrategie und Gegenmaßnahmen der Landesregierung“, Drucksache 5/2292, Magdeburg, S. 4.

der Durchführung von Saalveranstaltungen bis hin zum Wahlkampf auf die Bereitschaft der Kader aus den neonazistischen „Freien Kameradschaften“ angewiesen, sich für die und in der Partei zu engagieren.⁶⁷

Die Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten“ versuchten die Vormachtstellung innerhalb des organisierten Rechtsextremismus im Bundesland zu erlangen und die programmatische Ausrichtung von JN, NPD und „Freien Kameradschaften“ zu bestimmen. Zumeist studentische Kader wie Michael Schäfer und Matthias Gärtner publizierten (Theorie-)Texte zu den Themen „Nationaler Sozialismus“, „Anti-Kapitalismus“ oder „Befreiungsnationalismus“⁶⁸ und stellten sich extrem rechten Postillen wie der „Deutschen Stimme“⁶⁹ sowie „Hier & Jetzt“⁷⁰ – aber auch etablierten Medien⁷¹ – als Interviewpartner zur Verfügung. Der „Kampf um die Köpfe“ fand in internen Schulungen zur praktischen Anwendung der „Wortergreifungsstrategie“, Presse- und Kulturarbeit sowie der Gründung des „Nationalen Bildungskreises“⁷² seine Umsetzung. Die Reichweite dieser Veranstaltungen ist ob ihrer klandestinen Organisation – die Veranstaltungsorte werden in der Regel im Vorfeld nicht öffentlich bekannt gegeben, sondern sind telefonisch oder per Email zu erfragen, was für ungebundene Sympathisanten eine Hürde darstellt – auf den Kern der organisierten rechtsextremen Szene beschränkt. Zudem werden die genannten rechtsextremen Organisationen in ihren Aktionen durch staatliche Akteure wie z.B. Polizei und Verfassungsschutz, aber auch durch eine sensibilisierte Zivilgesellschaft in Form von Bürgerbündnissen eingeschränkt.

Die Störung von Veranstaltungen politischer Gegner – hierzu zählen demokratische Parteien, lokale Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus, zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen der Landesregierung – bildet die Schnittmenge zwischen dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Straße“.⁷³ Einerseits wird versucht, Lesungen, Vorträge und Podiumsdiskussionen inhaltlich durch ständige Wortbeiträge zu dominieren oder die Veranstalter durch massive, lautstarke Störungen zum Abbruch zu zwingen. Gelang den zumeist jungen Rechtsextremen die Teilnahme an diesen Veranstaltungen nicht, führten sie vor Ort Mahnwachen, Kundgebungen oder Demonstrationen „gegen Intoleranz“ durch. Darüber hinaus dienten zahlreiche Aufmärsche, zumeist ausgerichtet auf die Bereiche Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie den „Kampf gegen die staatliche Repression“, mit regionaler und überregionaler Mobilisierung für die Einbindung des aktionistisch orientierten subkulturell geprägten rechtsextremen Skinhead-Milieus.

Zum Jahreswechsel 2006/2007 konzentrierte die organisierte extreme Rechte ihre Aktivitäten auf die Vorbereitung der anstehenden Kommunalwahlen am 22. April 2007. So wurden in verschiedenen Regionen Sachsen-Anhalts Unterstützungsunterschriften gesammelt und Infostände durchgeführt. Die zentrale Wahlkampfveranstaltung hielt die NPD am 7. April 2007 mit ca. 120 Teilnehmer in der Stadthalle der Kreisstadt Burg ab.⁷⁴ Die Betonung des „Kampfes um die Parlamente“ in den Wochen vor der Wahl mag im Hinblick auf die Kommunalwahl strategisch motiviert gewesen sein. Jedoch verfügen NPD und JN in Sachsen-Anhalt auch nicht über die personellen und materiellen Ressourcen, um alle drei (bzw. vier) Elemente der „Säulen-Strategie“ gleichermaßen umzusetzen. Eine solche Verschiebung der politischen Arbeit zugunsten von wahlvorbereitenden Maßnahmen ließ sich auch für das „Superwahljahr“ 2009 – die NPD kandidierte in Teilen Sachsen-Anhalts zu den Kommunal- und landesweit zu den Bundestagswahlen – beobachten.⁷⁵

67 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 12ff.

68 Vgl. Schäfer, Michael 2007b: Mit alter Kraft zu neuer Stärke, in: Der Aktivist 2/2007, S. 4-6.

69 Vgl. Schäfer, Michael 2007c: Wir stehen für einen modernen Nationalismus, in: Deutsche Stimme 12/2007, S. 3.

70 Vgl. Schäfer, Michael 2007a: Eigene Akzente setzen, in: Hier & Jetzt 5/2007, S. 15-18.

71 Vgl. Schwenke, Philipp 2008: Eloquent, geschmeidig, belesen, in: Zeit Campus 3/2008, S. 22-31.

72 Vgl. Gärtner, Matthias 2007: Vom politischen Willensträger zum notwendigen Kader, in: Der Aktivist 2/2007, S. 6-8.

73 Vgl. Begrich, David/Weber, Thomas 2008: Was meint die Taktik der „Wortergreifung“?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts., S. 82-84.

74 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 24.

75 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 11.

Richtungsstreitigkeiten und persönliche Fehden schwächten in den letzten Jahren wiederholt den Landesverband. Auf dem Landesparteitag Ende 2006 wurde Andreas Karl, der die NPD im Kreistag des Burgenlandkreises vertritt, mit „knapper Mehrheit“ zum Vorsitzenden gewählt. Die Delegierten forderten den Landesvorstand auf, die Bemühungen zum Ausbau der „Volksfront“ fortzusetzen. Vertreter der „Freien Kameradschaften“ traten Berichten zufolge sehr selbstsicher auf, begrüßten die Wahl von drei ihnen nahe stehenden Funktionären in den Landesvorstand und rangen dem Landesvorstand das Recht ab, zukünftig auf den Sitzungen des Gremiums reden zu dürfen.⁷⁶

Nach den Kommunalwahlen 2007 musste Andreas Karl auf innerparteilichen Druck von seinem Amt zurücktreten. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde der Rückzug Karls mit den erweiterten Aufgaben begründet, die die „deutlich vergrößerte Kreistagsfraktion“ – die NPD gewann im Burgenland ein Mandat hinzu – mit sich bringe. Zur neuen Vorsitzenden wählte der Landesvorstand Carola Holz, die dem NPD-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld und seit den Kommunalwahlen auch der Fraktion im dortigen Kreistag vorsah. Sie wolle die Beschlüsse des letzten Landesparteitages zur „Verstärkung der deutschen Volksfront“ umsetzen, so Holz.⁷⁷ Auf dem nächsten ordentlichen Parteitag des NPD-Landesverbandes bestätigten die Delegierten Carola Holz in ihrem Amt. Sie selbst hob noch einmal die enge Kooperation zwischen der Partei, den „Jungen Nationaldemokraten“ und den „Freien Kräften“ hervor, die die Grundlage für Erfolge bei den Kommunalwahlen 2009 und den Landtagswahlen 2011 bilde, für die sich die NPD große Hoffnungen machte: „Wir beginnen jetzt, die NPD als die nationale Alternative ins Blickfeld zu rücken. Diesbezüglich wird auch in den nächsten Monaten die Zusammenarbeit mit unserer Jugendorganisation sowie mit den Freien Kräften intensiviert werden. Entsprechend wichtig ist es für uns, die Volksfront im Lande mit Leben zu erfüllen. Denn nur gemeinsam sind wir eine Kampfgemeinschaft, die für den Bürger eine Alternative zu den herrschenden Versagerparteien sein kann.“⁷⁸

Viel Zeit zur Umsetzung ihrer ambitionierten Ziele blieb der politisch unerfahrenen und mit der Führung einer Partei offenbar überforderten Carola Holz allerdings nicht: Im September 2008 traten gemeinsam mit Holz sechs weitere Mitglieder des Landesvorstandes zurück. Diesem Bruch vorausgegangen waren innerparteiliche Auseinandersetzungen, die im Kern auf die Sicherung einer Erfolg versprechenden Ausgangsposition für die Landtagswahlen 2011 und letztlich für die erhoffte NPD-Landtagsfraktion abzielten. Matthias Heyder, zu jenem Zeitpunkt stellvertretender Landesvorsitzender, soll gemeinsam mit Michael Schäfer, Philipp Valenta und anderen eine grundlegende Neubesetzung des NPD-Landesvorstandes vorbereitet und die Arbeit des im März 2008 gewählten alten Landesvorstandes behindert haben.⁷⁹ Bis zu seiner Wahl zum Vorsitzenden auf dem Parteitag am 28. Februar 2009 führte Heyder den NPD-Landesverband kommissarisch.⁸⁰ Der Graben zwischen dem neu gewählten Landesvorstand und der ehemaligen Landesvorsitzenden Carola Holz ist offenbar so tief, dass die zweiköpfige NPD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld, die von Holz angeführt wird, nicht einmal mehr auf der Internetseite des Landesverbandes Erwähnung findet.⁸¹

76 Vgl. JN-Landesverband Sachsen-Anhalt 2006: Landesparteitag der NPD – Hat sich was geändert oder nicht?, 04.12.2006, http://www.jn-sa.de/index2.php?option=com_content&task=view&id=74&pop=1&page=0&Itemid=1, eingesehen am 14.10.2008 sowie NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2006: Bericht zum 13. Landesparteitag, 05.12.2006, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1664-bericht-zum-13.-landesparteitag.html>, eingesehen am 14.10.2008.

77 NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007b: Carola Holz neue Landesvorsitzende der NPD in Sachsen-Anhalt, 03.06.2007, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1841-carola-holz-neue-landesvorsitzende-der-npd-in-sachsen-anhalt.html>, eingesehen am 14.10.2008.

78 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2008: NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt setzt erfolgreichen Kurs fort. Durch Neubesetzung werden die fachlichen Kompetenzen des Vorstands gestärkt, 02.03.2008, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2092-npd-landesverband-sachsen-anhalt-setzt-erfolgreichen-kurs-fort.html>, eingesehen am 14.10.2008.

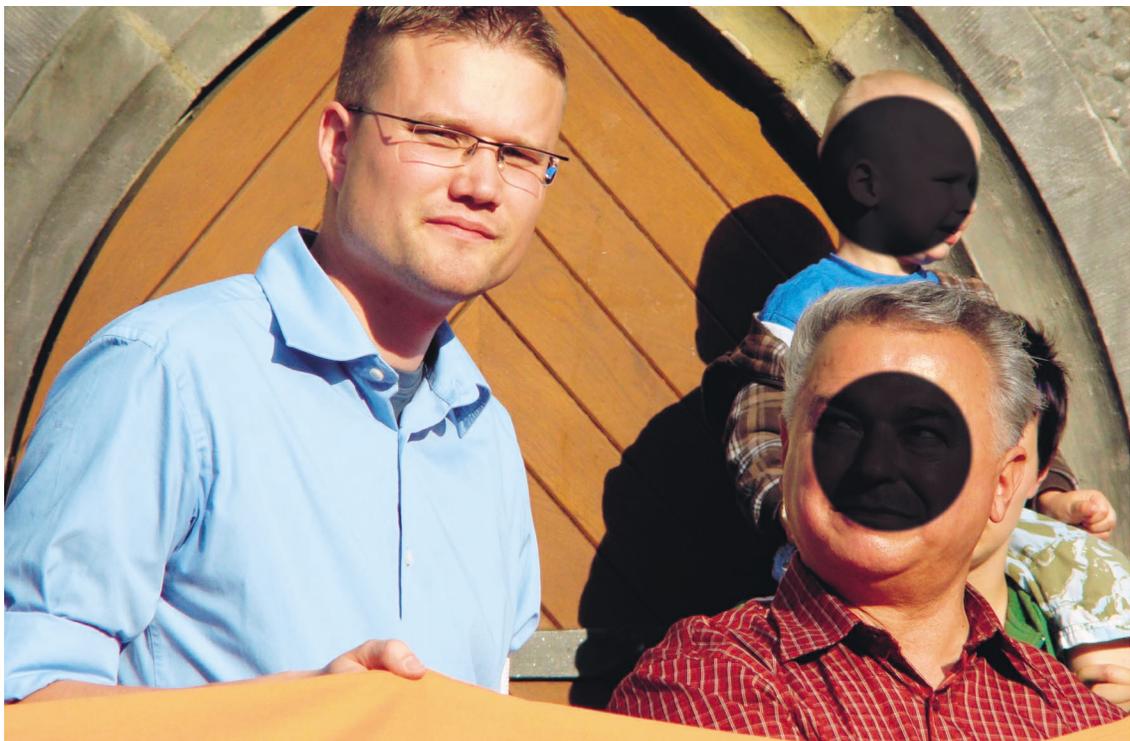
79 Vgl. Altermedia Deutschland 2008: NPD-Landesvorstand in Sachsen-Anhalt – RÜCKTRITT!, 08.09.2008, http://de.altermedia.info/general/npd-landesvorstand-in-sachsen-anhalt-rucktritt-080908_16195.html, eingesehen am 13.10.2009.

80 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009d: Sachsen-Anhalt-NPD wählt in Halberstadt neuen Landesvorstand, 01.03.2009, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2380-sachsen-anhalt-npd-waehlt-in-halberstadt-neuen-landesvorstand.html>, eingesehen am 02.03.2009.

81 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009a: Mandatsträger, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/mandatstraeger.html>, eingesehen am 23.12.2009.

Die NPD im Burgenlandkreis

Der NPD-Kreisverband Burgenlandkreis ist seit Gründung des NPD-Landesverbands Sachsen-Anhalt der mitgliederstärkste Kreisverband.⁸² Seine Mitglieder bestimmten maßgeblich die Geschicke der NPD im Land und stellten bis 2007 mit Andreas Karl fast ununterbrochen den Landesvorsitzenden aus ihren Reihen. Während es auf Landesebene in den vergangenen Jahren einen Generationswechsel in der NPD hin zu Akteuren der aktionistisch bis militanten geprägten Szene aus JN bzw. den „Freien Kameradschaften“ gab, dominieren im Burgenlandkreis noch immer die alten, traditionell eher national-konservativen Personen und Strukturen. Jugendlicher Nachwuchs tritt hier nur selten an die Öffentlichkeit. Insgesamt macht das rechtsextreme Milieu im Burgenlandkreis eher einen bildungsfernen und unseriösen Eindruck. Neben dem Kreisverband existieren offiziell vier NPD-Ortsgruppen in Weißenfels, Bad Kösen, Laucha und Zeitz. NPD-Kreisvorsitzender war im Untersuchungszeitraum der Studie Dennis Gratzke aus Kretzschau.



Wahlkampf in Halle: Philipp Valenta

Der Kontakt und Austausch mit den anderen NPD-Kreisverbänden in Sachsen-Anhalt scheint jedoch nach der Abwahl Andreas Karls als NPD-Landesvorsitzender im Juni 2007 etwas eingeschlafen zu sein. Mitglieder des Kreisverbandes nahmen weder an Demonstrationen in Sachsen-Anhalt teil, noch gelang es bisher den parteiintern und innerhalb der landesweiten rechtsextremen Szene dominierenden Jungen Nationaldemokraten im Burgenlandkreis Fuß zu fassen. Das NPD-Personal hat hier kaum Verbindungen zur nachfolgenden Generation und ist wenig kompetent, wenn es darum geht das vorhandene Potential zu aktivieren oder mit jugendgerechten und zeitgemäßen Angeboten zu bedienen.⁸³

⁸² Vgl. NPD-Kreisverband Burgenland 2009a: Startseite, <http://www.npd-burgenland.de/>, eingesehen am 24.02.2009.

⁸³ Vgl. Frauen- und Kinderschutzverein Zeitz e.V. (Hg.), Monitoring rechter Aktivitäten im Burgenlandkreis. Projektbericht, Zeitz 2009 (Manuskript) sowie eigene Beobachtungen der Verfasser und Einschätzungen von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Bereits bei vorangehenden Wahlen gelang es der NPD auf dem Gebiet des neuen Burgenlandkreises immer wieder, in verschiedene Kommunalvertretungen einzuziehen. So konnte sie 2004 mit zwei Mandatsträgern eine eigenständige Fraktion im Kreistag von Naumburg (5,1%) bilden.⁸⁴ Bei den Kommunalwahlen am 22. April 2007 erzielte die NPD im Burgenlandkreis ihr landesweit bestes Ergebnis. 4,7% der Wähler gaben hier ihre Stimme der neonazistischen Partei, die seitdem mit drei Mandatsträgern in Fraktionsstärke im Kreistag vertreten ist.⁸⁵ Insgesamt vermochte es die NPD 55 Kandidat/innen für die Kreistagswahl aufzustellen. Das waren fast die Hälfte (47,8%) der landesweiten 115 aufgestellten Kandidat/innen.⁸⁶ Bei den Kommunalwahlen 2009 gelang es die NPD im Burgenlandkreis zusätzlich sieben Mandatsträger in Orts- und Gemeinderäte zu entsenden: Verbandsgemeinde „An der Finne“ (1), Finne (1), Bad Kösen (1), Laucha (2), Weißenfels (1) und Zeitz (1).⁸⁷

NPD und JN im Salzlandkreis

Der NPD-Kreisverband Salzland wurde im März 2007 anlässlich der Kreisgebietsreform neu gegründet. Bei den Wahlen zum ersten Kreistag des neuen Salzlandkreises 2007 erzielte die NPD 2,6% der Stimmen und konnte mit zwei Mandaten in Fraktionsstärke in den Kreistag zu Bernburg einziehen.⁸⁸ Bei den Gemeinderatswahlen am 7. Juni 2009 vermochte sie zudem jeweils einen Sitz in den Gemeinderäten Ascherleben, Bernburg und Hecklingen zu gewinnen.⁸⁹

Der NPD Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) ist es in den vergangenen Jahren gelungen, in Sachsen-Anhalt neue Strukturen aufzubauen und zu verfestigen. Seit der Gründung des JN-Landesverbandes im August 2005 wurden innerhalb weniger Jahre im Bundesland mehrere sogenannte „Stützpunkte“ etabliert. Mit den neuen Stützpunkten in Schönebeck (gegr. März 2006), Staßfurt (gegr. Mai 2006) und Bernburg (gegr. Oktober 2006) konnte die JN ihre Organisationsstrukturen dabei im Salzlandkreis besonders stark ausbauen.

Der sachsen-anhaltische Landesverband wurde weiter aufgewertet, als im Herbst 2007 rechtsextreme Aktivisten aus Sachsen-Anhalt die JN-Bundesführung übernahmen und mit der Bundesgeschäftsstelle der NPD-Jugend auch die Basis für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten von Dresden nach Bernburg und damit zentral in den Salzlandkreis verlegt wurde.

Mit der Bundesgeschäftsstelle war im Berichtszeitraum auch der Versand für JN-Propagandamaterial „Frontdienst“ im gleichen Gebäude ansässig.⁹⁰ Bis vor Kurzem befand sich in dem Gebäude außerdem das Ladengeschäft „Nordic Flame“ sowie der angegliederte Online-Versand „Odin Eye“. Bereits seit Oktober 2006 wurde hier ein breites Angebot an Kleidung, Tonträgern, Ansteckern und weiteren „Ausrüstungsgegenständen“ für die rechtsextreme Szene vertrieben. Das Gebäude in der Bernburger Innenstadt vereinte damit bis dahin noch Organisationsstrukturen des parteigebundenen und parteinahen Rechtsextremismus sowie Anbieter einer rechtsextremen Kulturindustrie, deren Produkte die Identitätsbedürfnisse rechtsorientierter Jugendlicher bedienen und die für die lebensweltliche Reproduktion eines jugendkulturell geprägten Rechtsextremismus eine wichtige Funktion besitzen. Im Oktober 2008 zog das Ladengeschäft nach Köthen in den Nachbarlandkreis Anhalt-Bitterfeld.

84 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2004a: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Burgenlandkreis, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw04/fms/fms211i.html>, eingesehen am 24.02.2009.

85 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007d: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Burgenland. Endgültiges Ergebnis und Gewählte im Kreistag, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215ii.html>, eingesehen am 24.02.2009.

86 Vgl. eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Angaben aus den regionalen Wahlbüros sowie Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007c: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Burgenland. Bewerberinnen und Bewerber nach Parteien und Kreisen, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215ii.html>, eingesehen am 24.02.2009.

87 Vgl. Giesbers, Thilo 2009: Extrem rechte Kandidat/innen bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009, o.O.

88 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007f: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Salzland. Endgültiges Ergebnis und Gewählte im Kreistag, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215ii.html>, eingesehen am 24.02.2009.

89 Vgl. Giesbers, Thilo 2009.

90 Ein Teil der dort ansässigen Strukturen wurde im Sommer 2010 nach Halberstadt und Wernigerode verlegt.

NPD und JN im Harzkreis

Der NPD-Kreisverband Harz wurde 2001 gegründet, Vorsitzender ist seitdem Matthias Heyder aus Elbingerode, der seit 2009 zugleich dem Landesverband der Partei vorsteht. Die extrem rechte Szene im Harz und Harzvorland war über Jahre von subkulturell orientierten Gruppen geprägt. Im Jahr 2005 trat erstmals die neonazistisch – und vom Verfassungsschutz als gewaltbereit eingestufte – „Wernigeroder Aktionsfront“ (WAF) öffentlich in Erscheinung.⁹¹ Ihr wurden 20 bis 30 Personen zugeordnet. Einem möglichen Verbot kam die WAF durch Selbstauflösung im Oktober 2005 zuvor.⁹² In kurzer Zeit organisierte sich der Personenkreis in den „Jungen Nationaldemokraten“ neu. So wurde im Dezember 2005 im Harz der erste JN-Kreisverband Sachsen-Anhalts gegründet, der seitdem eine „Scharnierfunktion“ zwischen den „Freien Kameradschaften“ und der NPD übernimmt.⁹³ Ein weiterer „JN-Stützpunkt“ entstand im Sommer 2007 in Blankenburg. Entscheidend vorangetrieben wurde diese organisatorische Neuausrichtung der organisierten rechtsextremen Szene, die zum Vorbild für andere Regionen des Bundeslandes wurde, von Michael Schäfer und Matthias Heyder. Institutionalisiert wurden die herausgehobenen Positionen der beiden, als sie in der NPD und ihrer Jugendorganisation führende Ämter übernahmen: Heyder wurde 2009 zum NPD-Landesvorsitzenden gewählt und Schäfer ist seit Oktober 2007 Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“.

Michael Schäfer und Matthias Heyder legen großen Wert darauf, die aktionistisch orientierten Rechtsextremen im Bundesland an die NPD und ihre Nachwuchsorganisation zu binden. Heyder meldete mehrmals Kundgebungen und Aufmärsche an, an denen sich auch die zwei Mitglieder der NPD-Kreistagsfraktionen beteiligten und z.T. als Redner auftraten. Die regionalen Parteistrukturen sind gekennzeichnet durch ein hohes Maß an öffentlichen Aktionen. Während des zweiten Libanonkriegs im Sommer 2006 führten NPD und JN wöchentlich Kundgebungen durch, auf denen sie die Politik Israels und verbündeter Staaten angriffen. Darüber hinaus versuchten Rechtsextreme immer wieder, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen demokratischen Initiativen, die sich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus widmeten, zu stören oder zu behindern.



Führungskräfte: Michael Schäfer, Philipp Valenta und Mathias Heyder

Michael Schäfer und Tobias Anders vertreten seit 2007 in Fraktionsstärke die NPD im Kreistag des Landkreises. Mit 3,6 Prozent der Stimmen erzielte die NPD im Harzkreis das landesweit drittbeste Ergebnis.⁹⁴ Schäfer erhielt als Landratskandidat der rechtsextremen Partei 3,5 Prozent – das schlechteste Ergebnis aller Parteivertreter.⁹⁵ Vor den Wahlen zum Kreistag im Frühjahr 2007 verfügte die NPD über je ein Mandat in den Stadträten von Halberstadt und Quedlinburg. Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die NPD diese beiden Mandate verteidigen und ein weiteres im Stadtrat von Wernigerode erlangen, welches von Michael Schäfer übernommen wurde.⁹⁶

91 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2006: Verfassungsschutzbericht 2005, Magdeburg, S. 19.

92 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2005b.

93 NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2005a.

94 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007e: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Harz. Endgültiges Ergebnis, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/erg/kreis/kw.15085.ergtab.frame.html>, eingesehen am 10.10.2008.

95 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007g: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Landratswahlen. Landkreis Harz. Endgültiges Ergebnis, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lr07/erg/kreis/lr.15085.ergtab.frame.html>, eingesehen am 10.10.2008.

96 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009b: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2009. Gemeinderatswahlen. Landkreis Harz, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw09/fms/fms2li.html>, eingesehen am 26. 07.2010.

Am 19. Dezember 2009 eröffnete der NPD-Kreisverband in Halberstadt sein zweites Bürgerbüro in Sachsen-Anhalt. Dort will die NPD nach eigenem Bekunden neben einer Bürgersprechstunde der Kreistagsfraktion auch „Hartz-IV-Beratungen“ anbieten. Die regionale rechtsextreme Szene nutzte das schmucklose Objekt zuvor bereits für Veranstaltungen und Versammlungen. So fanden dort nach Informationen des Verfassungsschutzes in 2009 drei Liederabende statt, die vom NPD-Kreisverband selbst organisiert wurden.⁹⁷ Inwieweit sich das Bürgerbüro tatsächlich zu einem „Zentrum der nationalen Bewegung“ (Heyder) entwickeln wird, lässt sich nur schwer einschätzen. Es verdeutlicht jedoch die Bemühungen der rechtsextremen Protagonisten, die Grenzen der eigenen Szene zu überwinden und sich gegenüber den Bürgern als „wahrer Interessenvertreter“ zu inszenieren.

3. Die Kommunalwahlen 2007 und 2009

Der Landtag von Sachsen-Anhalt verabschiedete am 5. Oktober 2006 das Gesetz zur Kreisgebietsreform, in dessen Folge bestehende Landkreise und die Städte Dessau und Roßlau fusionierten. Die hierdurch notwendig gewordenen Kommunalwahlen sollten für die sich erneuernde NPD eine erste Bewährungsprobe darstellen und so erklärten die Delegierten auf dem Landesparteitag am 5. Dezember 2006 die Vorbereitung des Wahlkampfes zum Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Die DVU hatte bei der Landtagswahl 1998 auf erschreckende Weise gezeigt, wie hoch das Mobilisierungspotential für rechtsextreme Parteien in Sachsen-Anhalt ist, als sie mit 12,9 Prozent in den Magdeburger Landtag eingezogen war – das bis heute beste Wahlergebnis für eine extrem rechte Partei in der Bundesrepublik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Entsprechend groß waren die Hoffnungen der NPD, an diese Erfolge auf kommunaler Ebene anknüpfen zu können.

3.1. Die Kommunalwahlen 2007

Der Wahlkampf der NPD 2007

Den Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten“ war die Rolle, die sie beim Aufbau tragfähiger Parteistrukturen ausübten, durchaus bewusst, weshalb sie aussichtsreiche Listenplätze und ein Mitspracherecht bei der thematischen Ausrichtung des Wahlkampfes einforderten: „Heute als Jugend auf der Straße, morgen als Jugend in den Parlamenten.“⁹⁸

Der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt gab für das Wahljahr die Mitgliederstärke des NPD-Landesverbandes mit 250 Personen an.⁹⁹ Im Vergleich hierzu konnte die rechtsextreme Partei mit 115, darunter allein 55 im Burgenlandkreis, eine beträchtliche Zahl an Kandidaten aufstellen. Mit einem Durchschnittsalter von 37,1 Jahren stellte die NPD die jüngsten Bewerber aller Parteien (49,6 Jahre) auf. Knapp ein Viertel der aufgestellten Personen war unter 25 Jahre, bedingt auch durch die Öffnung der Listen für die JN-Mitglieder bzw. die Vertreter aus den „Freien Kameradschaften“.¹⁰⁰ Der Anteil der Frauen war mit 22,6% im Vergleich zu den übrigen Parteien leicht unterdurchschnittlich,¹⁰¹ lag jedoch mehr als doppelt so hoch bezogen auf alle Mitglieder der NPD in Sachsen-Anhalt.¹⁰² Die Verteilung der Kandidatinnen und Kandidaten fällt regional sehr unterschiedlich aus. Während im Landkreis Burgenland 15 von 55 Kandidaten weiblich waren, stellten sich im Harz und im Jerichower Land ausschließlich Männer zur Wahl.¹⁰³

97 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2006, S. 15.

98 JN-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007: Wir mischen uns nicht nur ein, sondern wir mischen auch mit!, 01.03.2007,

http://www.jn-sa.de/index2.php?option=com_content&task=view&id=99&pop=1&page=0&Itemid=1, eingesehen am 29.12.2009.

99 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008: Verfassungsschutzbericht 2007, Magdeburg, S. 51.

100 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007a: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Bewerberinnen und Bewerber nach Alter und Parteien, 10.04.2007, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215a16.html>, eingesehen am 10.10.2008.

101 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007b: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Bewerberinnen nach Parteien und Kreisen, 10.04.2007, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215i.html>, eingesehen am 10.10.2008.

102 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 4.

103 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007b.



Rechtsextreme Wahlpropaganda: Appell an Politikverdrossenheit und Ostalgie

Insbesondere die Mitglieder der JN und der „Freien Kameradschaften“ waren maßgeblich verantwortlich für die Durchführung des Wahlkampfes. Sie hängten Plakate, verteilten Flugblätter und organisierten Infotische sowie Kundgebungen. Unterstützung erhielt der NPD-Landesverband zudem von zahlreichen Abgeordneten aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Vertretern der Bundesführung bis hin zum Vorsitzenden Udo Voigt, der ausgerechnet am 20. April 2007 – dem 118. Geburtstag Adolf Hitlers – vor ca. 70 Personen auf einer NPD-Kundgebung in Wernigerode sprach.¹⁰⁴

Die NPD versuchte gezielt Wahlforen und andere öffentliche Veranstaltungen für sich zu nutzen und besuchte diese in größeren Gruppen. Ein Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis sah sich im Wahlkampf mehrmals mit dem NPD-Landratskandidaten Michael Schäfer und weiteren Rechtsextremen konfrontiert:

„Er hat ja dann immer auch seine Kliqueure dabei gehabt, das waren immer 20, 30 Mann, die ihn dann immer natürlich mit Beifallsbekundungen und auch Buh-Rufen, wenn etwas gegen die NPD gesagt wurde [...]. Das macht natürlich Eindruck auch auf die Leute. [...] Eigentlich sind das alles so kleine Nadelstiche, die einen bestimmten Respekt und Angst erzeugen sollen. Und da scheut er sich auch nicht vor.“¹⁰⁵

Inhaltlich beschränkte sich die NPD im Wahlkampf eher auf eine diffuse Vermittlung ihrer programmatischen Standpunkte zu sozialen und wirtschaftspolitischen Themen wie Hartz IV, Europäischer Union und Globalisierung sowie die Stilisierung als „Alternative zu den etablierten Blockparteien.“ Ein eigenes Kommunalwahlprogramm wurde nicht vorgelegt. Die auf Distanz zur NPD bedachte rechtsextreme Informationsplattform „Altermedia“ bemerkte am Vortag der Kommunalwahl voller Häme, dass bis auf Michael Schäfer keiner der zur Wahl stehenden Vertreter bei öffentlichen Veranstaltungen ans Mikrofon trat.¹⁰⁶ Stattdessen bereisten zahlreiche Funktionäre aus der Bundespartei Sachsen-Anhalt, unter ihnen der Parteivorsitzende Udo Voigt, der Generalsekretär Peter Marx und Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag.¹⁰⁷

„Altermedia Deutschland“ kommentierte dieses Manko wie folgt: „Es [geht] bei einer Kommunalwahl, ob man es nun hören will oder nicht, doch in erster Linie erst einmal um das direkte politische Engagement vor Ort und nicht um lokal beliebig austauschbare bundespolitische Allerweltsphrasen.“¹⁰⁸ An in der Region anerkannten honorigen

104 Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008: Verfassungsschutzbericht 2007, Magdeburg, S. 28.

105 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 12. Dezember 2007 in Halberstadt.

106 Vgl. Altermedia Deutschland 2007b: Pünktlich vor der Wahl - Verfassungsschutz warnt vor "Einschüchterungen" als neuer Strategie der NPD, 19.04.2007, http://de.altermedia.info/general/fka-punktlich-vor-der-wahl-verfassungsschutz-warnt-vor-neuer-strategie-der-npd-190407_9207.html, eingesehen am 08.10.2008.

107 Vgl. Altermedia Deutschland 2007a: Alle waren Sieger, auch wenn einer nur gewinnen kann – Wahlkampfabschluss in Wernigerode, 21.04.2007,

http://de.altermedia.info/general/fka-alle-waren-sieger-auch-wenn-einer-nur-gewinnen-kann-wahlkampfabschluss-in-wernigerode-210407_9237.html, eingesehen am 08.10.2008.

108 Altermedia Deutschland: Wahl.



Michael Schäfer, Vorsitzender der NPD-Kreistagsfraktion im Harz und Udo Pastörs, NPD Fraktionsvorsitzender im Schweriner Landtag im Wahlkampf 2007

und im Gemeinwesen verankerten Funktionären, wie dem verstorbenen Fahrerschullehrer Uwe Leichsenring¹⁰⁹ aus Sachsen oder Udo Pastörs¹¹⁰ aus Mecklenburg-Vorpommern, mangelt es der extremen Rechten in Sachsen-Anhalt seit Jahren.

Wahlergebnisse 2007

Landesweit stärkste politische Kraft wurde die CDU mit 33,6%, gefolgt von der SPD (20,2%) und der Linkspartei (19,2%). Die NPD erhielt 2,5% der Stimmen und lag damit weit vor den übrigen extrem rechten Parteien wie der Deutschen Volksunion (0,1%) und der Deutschen Partei (0,3%).¹¹¹ Die NPD errang 13 Mandate in sieben der neu konstituierten Kreistage. Obwohl die rechtsextreme Partei ihren Stimmenanteil gegenüber der Kommunalwahl 2004 um 1,8 Prozentpunkte steigern konnte, blieb das Ergebnis weit hinter den Erwartungen des Landesverbandes zurück. Regionale „Hochburgen“ der NPD bei der Stimmabgabe ließen sich nur dort ausmachen, wo sich in den zurückliegenden Jahren eine gut organisierte rechtsextreme Szene, sei es im parteipolitisch organisierten Rechts extremismus oder im Bereich der „Freien Kameradschaften“, herausgebildet hatte. Hierzu zählt neben den Landkreisen Burgenland (4,7%) und Mansfeld-Südharz (4,2%) auch der Harz (3,6%).

In der Zwischenzeit verlor die NPD ihr einziges Mandat im Kreistag des Landkreises Jerichower Land, nachdem Marco Hillemann seinen Hauptwohnsitz nach Magdeburg verlegte und somit gegen die formalen Regelungen der Wählbarkeit verstieß. Hillemann schied zum 1. Mai 2009 aus dem Gremium aus. Da die NPD es versäumt hatte, einen Nachrücker zu benennen, ist das Mandat seitdem unbesetzt.

¹⁰⁹ Uwe Leichsenring (1967 – 2006) trat 1990 der NPD bei und stand von 1991 bis zu seinem Tode dem NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz vor. Seit 1999 saß er für die NPD im Stadtrat von Königstein. Nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag übernahm er u.a. die Funktion des parlamentarischen Geschäftsführers und des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Beobachtern zufolge unterhielt er enge Verbindung zu neonazistischen „Freien Kameradschaften“ und zu rechtsextremen Skinheadgruppen. Seine hohe Popularität in seiner Heimatstadt verdankte er vor allem seinem bürgerschaftlichen Engagement. Vgl. hierzu u.a. Staud, Toralf 2005, S. 129ff sowie Gebauer, Matthias 1999: Der nette Rechte von nebenan. Wie ein NPD-Mann mit Bürgernähe und freundlicher Propaganda eine sächsische Gemeinde in seinen Bann zog, in: Die Zeit vom 19.08.1999, S. 14.

¹¹⁰ Udo Pastörs (Jg. 1952) zog Ende der 1990er Jahre aus politischen Erwägungen nach Mecklenburg-Vorpommern und ließ sich als Uhrmacher in Lübbtheen nieder. Ebenso wie Leichsenring brachte sich Pastörs unermüdlich in das Gemeindeleben ein und erzielte Anerkennung unter den Bewohnern.

Seit 2006 ist er Vorsitzender der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag. Vgl. hierzu u.a. Brodkorb, Mathias 2008: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.) 2008, S. 41-61.

¹¹¹ Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007h: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Summe der Kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau und der 9 Landkreise. Endgültiges Ergebnis, 08.05.2007, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/erg/kreis/kw.15.ergtab.frametab.html>, eingesehen am 10.10.2008.

Rechtsextreme Bewertungen des Abschneidens der NPD 2007

Ungewohnt selbstkritisch, immerhin versprach man sich im Vorfeld ein Ergebnis von 5 Prozent plus x, hieß es seitens des NPD-Landesverbandes mit Blick auf die erstarkten Bürgerinitiativen nach der Wahl: „Wir haben es leider versäumt, diese Sorgen und diese Ablehnung der Gebietsreform entsprechend zu thematisieren, und nicht genügend klargestellt, dass die Ziele der Bürgerinitiativen von uns genauso vertreten werden.“¹¹²

Einen weiteren Grund für das schlechte Abschneiden sieht die rechtsextreme Partei in dem hohen Anteil an Nichtwählern – die Wahlbeteiligung erreichte mit 39,4% einen historischen Tiefpunkt –, die auch sie nicht zur Stimmabgabe bewegen konnte: „Wir müssen in Zukunft somit noch viel mehr auf die Nichtwähler zugehen, die meinen, mit ihrem Wahlboykott könnten sie die Politiker am meisten ärgern.“¹¹³ Im desolaten Bild, das die DVU zwischen 1998 und 2002 im Landtag von Sachsen-Anhalt abgab, sieht die NPD eine dritte Ursache für ihr schlechtes Abschneiden und gibt an sich selbst den Auftrag aus, „dass schon einmal gegebene, aber gebrochene Vertrauen, wieder zurück zugewinnen.“¹¹⁴ (Schreibweise im Original)

3.2. Die Kommunalwahlen 2009

Der Wahlkampf der NPD 2009

Am 7. Juni 2009 waren die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, über die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Kreistage in den Landkreisen Stendal und Altmarkkreis Salzwedel abzustimmen. Wie auch schon zwei Jahre zuvor scheiterte die NPD an ihrem eigenen Anspruch, flächendeckend wählbar zu sein. Dass sie nicht zu den Kreistagswahlen im nördlichen Sachsen-Anhalt kandidierte, ist auf fehlende Parteistrukturen und Kader in dieser Region zurückzuführen.

Stattdessen konzentrierten sich die Mitglieder der Partei auf jene Gemeinden, in denen sie selbst leben, sowie auf die beiden Großstädte Magdeburg und Halle (Saale), wo die NPD in Fraktionsstärke in die Rathäuser einziehen wollte. So hätte sie finanzielle Unterstützung zur Einrichtung von Fraktionsbüros samt hauptamtlichen Mitarbeitern beanspruchen können. Mit diesen „Stützpunkten“ – so der Plan – sollte die Ausgangslage für die Landtagswahlen im Frühjahr 2011 verbessert werden.

Wahlergebnisse 2009

Trotz massiver Wahlwerbung in Form von Plakaten, Flugblättern und einer einmalig gedruckten Wahlkampfzeitung sowie einer eigens zur Wahl eingerichteten Webseite blieb die NPD mit zwei Prozent deutlich hinter dem erforderlichen Stimmenanteil zurück. Das landesweit beste Ergebnis erzielte die NPD mit 13,5 Prozent in Laucha an der Unstrut. Hier sitzt nun neben Dieter Stichling der Schornsteinfeger Lutz Battke im Stadtrat. Der 50-Jährige verfügt als Kreistagsmitglied im Burgenlandkreis über mehrjährige politische Erfahrung und genoss bis vor Kurzem als Jugendtrainer im örtlichen Sportverein Anerkennung. Hingegen erzielten die Führungskader der „Jungen Nationaldemokraten“ Michael Schäfer und Philipp Valenta mit 2,8 bzw. 3,5 Prozent bei den Stadtratswahlen in Wernigerode und Bernburg eher magere Ergebnisse. Vergleicht man das Stimmenergebnis zur Kreistagswahl 2007 in der Stadt Wernigerode mit dem Ergebnis der Gemeinderatswahl 2009, verlor die NPD bei der Gemeinderatswahl 2009 sogar 1,2 Prozentpunkte. Offenbar konnten die beiden JN-Kader kein Kapital aus ihrer Arbeit in den Kreistagen schlagen.

112 Altermedia Deutschland 2007c: (Selbstkritische) NPD-Wahlanalyse zur Kommunalwahl, 26.04.2007,

http://de.altermedia.info/general/selbstkritische-wahlanalyse-zur-kommunalwahl-260407_9298.html, eingesehen am 08.10.2008.

113 Altermedia Deutschland: NPD-Wahlanalyse.

114 Altermedia Deutschland: NPD-Wahlanalyse.

Wenngleich die NPD im Harzkreis, neben Magdeburg und Halle immerhin einer der regionalen Schwerpunkte im Wahlkampf, sowohl bei der Kommunalwahl wie auch bei der Bundestagswahl 2009 Stimmen verlor, so stabilisierte sie sich dennoch auf niedrigem Niveau. Landesweit gewann sie 15 Mandate in kommunalen Gremien hinzu, war aber von den erhofften zweistelligen Ergebnissen weit entfernt.¹¹⁵

Rechtsextreme Bewertungen des Abschneidens der NPD 2009

Die pessimistische Stimmung der Wähler angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise würde der rechtsextremen Partei Auftrieb geben, so die Hoffnung der Parteiführung im Frühjahr 2009. Die Aufgabe der NPD bestünde somit nur noch darin, „die Wähler zur Wahl zu bringen.“ Denn die rechtsextremen Parteien hätten „in Sachsen-Anhalt ein Ergebnispotenzial von weit über 15%“, so die Prognose Heyders.¹¹⁶

Kurz nach der Bundestagswahl 2009 veröffentlichten sowohl Matthias Heyder wie auch Michael Schäfer erste Einschätzungen zum Abschneiden der extremen Rechten.¹¹⁷ Die dabei aufgeworfenen strategischen Überlegungen, wie denn zukünftig eine „deutsche Freiheitsbewegung“ gebildet werden könne, „in der sich jeder Freie, jeder Nationalkonservative bis hin zu jedem Nationalen Sozialisten wieder findet,“¹¹⁸ (Schreibweise im Original) entpuppten sich als altbekannte Konzepte:

Schäfer schlug unter anderem die baldige Fusion von NPD und DVU zu einer gemeinsamen Partei vor. Dass dieser Schritt von der Mehrheit der DVU-Funktionäre abgelehnt wird, musste ihr Bundesvorsitzende Matthias Faust im Juni 2010 enttäuscht feststellen. Gemeinsam mit Udo Voigt gab Faust am Rande des NPD-Bundesparteitages bekannt, dass die jeweiligen Mitglieder über ein Zusammengehen beider rechtsextremen Parteien abstimmen sollten. Offenbar unternahm der DVU-Chef diesen Schritt ohne Abstimmung im eigenen Parteivorstand, dessen übrige Mitglieder juristische Schritte einleiteten, um Faust seines Amtes zu entheben. Die Fusion, die – ginge es nach den beiden Bundesvorsitzenden – für beide Parteien einen Befreiungsschlag darstellen sollte, ist somit wieder in weite Ferne gerückt.

Philipp Valenta und Michael Schäfer auf einer NPD-Kundgebung am 18.08.2008



3.3. Der NPD-Landesverband nach dem „Superwahljahr 2009“

Zum Jahresende 2009 kann die NPD 29 Mandate in Gemeinde- und Stadträten sowie in Kreistagen aufweisen. Mit Ausnahme des Gemeinderates in Laucha an der Unstrut ist sie auf der kommunalen Ebene mit jeweils nur einem Mandat vertreten, in den Kreistagen ist sie bis auf den Saalekreis mit jeweils zwei Vertretern präsent, im Burgenlandkreis gar mit drei. Infolge der internen Auseinandersetzungen um den Landesvorstand, der im Rücktritt der gewählten Mitglieder im September 2008 gipfelte, wird die zweiköpfige Fraktion im Kreistag Anhalt-Bitterfeld nicht mehr auf den offiziellen Internetseiten des NPD-Landesverbandes geführt. Die Fraktionsvorsitzende Carola Holz war bis zu ihrem erzwungenen Rücktritt auch Landesvorsitzende der NPD.

Organisatorisch und strukturell ging der NPD-Landesverband keineswegs gestärkt aus dem „Superwahljahr 2009“ hervor. Die Zahl der Mitglieder



Zielgruppe Jugend: JN im Wahlkampf

sank in 2009 leicht auf nunmehr 230 Personen. Es ist durchaus denkbar, dass die Zahl der Anhänger zukünftig weiter sinken wird, wenn sich die aktionistisch orientierten Kader aufgrund der Erfolglosigkeit aus der Partei zurückziehen und wieder verstärkt in unabhängigen „Freien Kameradschaften“ organisieren. Bemühungen, die strukturellen Defizite im Norden des Landes zu kompensieren, sind nicht erkennbar. Dort dominieren weiterhin die „Freien Kameradschaften“, die von jeher der NPD distanziert gegenüberstehen. Einzig in Tangermünde kandidierte die NPD für den Stadtrat und erzielte mit 5,4 Prozent der Stimmen ein Mandat.

Ein „Landesinformationszentrum“, welches die NPD in Magdeburg eröffnen wollte, sollte nicht nur als Ort für parteieigene Veranstaltungen dienen, sondern potentiellen Wählern die Möglichkeit bieten, direkt mit der Partei in Kontakt zu treten. Zur Deckung der Miet- und Einrichtungskosten, die mit 3.000 Euro veranschlagt wurden, warb die NPD seit Dezember 2008 auf ihrer Internetseite um Spenden. Die Eröffnung sollte spätestens am 1. Juni 2009 erfolgen, jedoch blieb die Spendenbereitschaft der Mitglieder und Anhänger hinter den Erwartungen zurück. Über Monate wies das eigens auf der NPD-Homepage eingerichtete Spendenbarometer Zuwendungen im mittleren dreistelligen Bereich aus. Wenige Tage vor der Bundestagswahl verkündete der Landesvorsitzende Heyder überraschend, dass die erforderliche Summe in Höhe von 3.000 Euro nun beisammen sei; eröffnet wurde die neue Zentrale bis heute nicht. Die angestrebte Bürgernähe, die als eine der grundlegenden Erfolgsbedingungen für rechtsextreme Parteien gilt, kann die NPD in Sachsen-Anhalt aufgrund fehlender materieller Ressourcen bisher nicht realisieren und verharrt stattdessen im Status einer öffentlich kaum wahrnehmbaren Briefkastenpartei.

115 Vgl. Arbeitsstelle Rechtsextremismus: Normalisierung, S. 1.

116 NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009c: Nicht meckern- Handeln! 5+x ist die Devise, 08.05.2009, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2446-nicht-meckern-handeln-5x-ist-die-devise.html>, eingesehen am 09.05.2009.

117 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009b: Matthias Heyder: Bundestagswahl – (K)lein Grund zum Klagen, 29.09.2009, <http://npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2558-matthias-heyder-bundestagswahl-kein-grund-zum-klagen.html>, eingesehen am 02.11.2009 und Altermedia Deutschland 2009b: So sieht JN-Chef Schäfer den gestrigen Wahlausgang, 28.09.2009, http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=453&Itemid=1, eingesehen am 02.11.2009.

118 Altermedia Deutschland 2009: Schäfer.

Tab.: Übersicht zu den Wahlergebnissen ¹¹⁹ und Mandatsverteilungen der NPD in Sachsen-Anhalt

Vertretungskörperschaft ¹²⁰ Kreistage	Stimmen für die NPD (Prozent)	Gewinne/Verluste Prozent	Gewinne / Verluste (Sitze) Landkreis
Kreistag Burgenlandkreis	9.008 (4,7%)	+0,8%	+1 (3 Sitze)
Kreistag Mansfeld-Südharz	6.008 (4,2%)	+4,2%	+2 (2 Sitze)
Kreistag Harz	8.514 (3,6%)	+3,5%	+2 (2 Sitze)
Kreistag Salzlandkreis	5.592 (2,9%)	+2,6%	+2 (2 Sitze)
Kreistag Saalekreis	3.957 (2,4%)	+2,0%	+1 (1 Sitz)
Kreistag Anhalt-Bitterfeld	5.303 (3,2%)	+3,2%	0 ¹²¹ (2 Sitze)
Kreistag Jerichower Land	2.124 (2,3%)	+2,3%	0 ¹²² (1 Sitz)
Kreisfreie Städte			
Stadtrat Magdeburg	4.020 (2,0%)	+2,0%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Halle (Saale)	4.348 (2,0%)	+0,3%	+/-0 (1 Sitz)
Städte und Gemeinden			
Stadtrat Tangerhütte	290 (5,4%)	+5,4%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Köthen	658 (2,6%)	+2,6%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Bernburg	821 (3,5%)	+3,5%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Hecklingen	193 (3,2%)	+3,2%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Aschersleben	593 (2,1%)	+2,1%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Halberstadt	488 (1,5%)	+0,2%	+/-0 (1 Sitz)
Stadtrat Quedlinburg	522 (2,7%)	-0,1%	+/-0 (1 Sitz)
Stadtrat Wernigerode	962 (2,7%)	+2,7%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Eisleben	729 (3,4%)	+3,4%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Sangerhausen	1.013 (3,3%)	+1,2%	+/-0 (1 Sitz)
Stadtrat Weißenfels	622 (2,6%)	+2,6%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Zeitz	775 (3,0%)	+3,0%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Laucha a. d. Unstrut	534 (13,5%)	+13,5%	+2 (2 Sitze)
VGR „An der Finne“	526 (2,8%)	+2,8%	+1 (1 Sitz)
Gemeinderat Finne	97 (4,3%)	+4,3%	+1 (1 Sitz)
Stadtrat Bad Kösen	170 (3,3%)	+3,3%	+1 (1 Sitz)
Gesamt			+15 (29 Sitze)

4. Die NPD-Fraktionen in den drei Kreistagen

4.1. Die Mandatsträger der NPD

Mit Ausnahme von Philipp Valenta, der aus Rheinland-Pfalz nach Bernburg zog, stammen alle NPD-Mandatsträger aus Sachsen-Anhalt. Dies zeigt, dass das Bundesland im Gegensatz zu Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in der strategischen Arbeit der Bundespartei lange Jahre keine herausragende Rolle einnahm. Ein kalkulierter Zuzug von erfahrenen Kadern aus anderen Bundesländern ließ sich nicht beobachten.

Das Personal im Burgenlandkreis

Die NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises besteht aus Andreas Karl aus Billroda/OT Tauchardt, Dennis Gratzke aus Kretzschau (Vorsitzender des Kreisverbandes) und Lutz Battke aus Laucha. Andreas Karl wurde 1963 in Glauchau geboren, verließ aber 1977 mit seinen Eltern die DDR. In der alten Bundesrepublik absolvierte er den Wehrdienst. Nach seiner Ausbildung zum Dachdecker war er 1990 bis 2005 als selbstständiger Dachdeckermeister tätig. Er wohnt mit seiner Familie in Billroda (Gemeinde Finne).¹²³

Karl ist von den drei Abgeordneten im Kreistag in Bezug auf Kompetenz und Erfahrung in der parlamentarischen und politischen Arbeit der wichtigste der drei NPD-Mandatsträger. Seit 2004 sitzt er für die NPD im Kreistag des (damals noch alten) Burgenlandkreises als Fraktionsvorsitzender der neonazistischen Partei.¹²⁴ Er ist zudem Mitglied im Verbandsgemeinderat „An der Finne“ und im Ortsrat Finne (früher Billroda).¹²⁵ An die politische Öffentlichkeit trat Karl erstmals 2001, als er sowohl für das Amt des Landrats im Burgenland als auch für das des Bürgermeisters in Laucha kandidierte. Dabei erzielte er mit 3,6% bzw. 5,6% der Stimmen Achtungserfolge für die NPD.¹²⁶ Mehrfach trat er seitdem zu weiteren Wahlen an, z.B. bei der Bundestagswahl 2005¹²⁷ oder bei der Wahl für das Amt des Oberbürgermeisters in Halle/Saale 2006.¹²⁸ Am 11. März 2000 wurde Andreas Karl auf dem Parteitag der NPD Sachsen-Anhalt in Weddersleben zum Landesvorsitzenden gewählt. In dieser Zeit trat er verschiedentlich als Redner bei der Partei öffentlich in Erscheinung, beteiligte sich aber auch an Aktionen der „Freien Kameradschaften“, deren maßgeblichen Akteure seitdem an Einfluss gewannen. Karl führte die Landes-NPD – mit kurzer Unterbrechung von Februar bis Oktober 2002 – sieben Jahre lang. Als Vertreter des eher „traditionalistischen“ Flügels der NPD trat er im Juni 2007 zugunsten der Befürworter eines stärkeren Zusammengehens mit den so genannten Freien Kräften, aber auch aufgrund der eher bescheidenen Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen, vom Landesvorsitz zurück,¹²⁹ ist aber nach wie vor Mitglied im Vorstand der Partei in Sachsen-Anhalt.¹³⁰

119 Die Wahlen zu den hier aufgelisteten Kreistagen wurden am 22. April 2007 abgehalten, über die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte wurden letztmalig am 7. Juni 2009 abgestimmt.

120 Kreistag / KT, Stadtrat / SR, Gemeinderat / GR, Verbandsgemeinderat / VGR

121 Die NPD zählt nach Zerwürfnissen im Landesverband in ihren eigenen Veröffentlichungen die Fraktion im Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld nicht mehr mit.

122 Infolge eines Wechsels des Hauptwohnsitzes hat die NPD ihr Mandat im Kreistag des Landkreises Jerichower Land verloren. Die Partei hat es versäumt, einen Nachrücker zu benennen.

123 Vgl. Academic dictionaries and encyclopedias o.J.: Andreas Karl, <http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/75669>, eingesehen am 20.07.2010.

124 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2004b: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004, Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen, Burgenlandkreis, Gewählte im Kreistag, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw04/fms/fms211i.html>, eingesehen am 20.07.2010.

125 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises 2010b: Vorstellung der Fraktion, <http://www.npd-fraktion-burgenlandkreis.de/vorstellung-der-fraktion>, eingesehen am 02.08.2010.

126 Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2002: Verfassungsschutzbericht 2001, Magdeburg, S. 44.

127 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2005: Wahl zum 16. Deutschen Bundesdestag in Sachsen-Anhalt am 18. September 2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/bt05/and/bt05_bewerber.pdf, eingesehen am 20.08.2010, S. 7.

128 Stadt Halle 2006: Zugelassene Bewerber für die Wahl zum/r Oberbürgermeister/in am 12. November 2006, <http://www.halle.de/index.asp?MenuID=3816&SubPage=2>, eingesehen am 22.05.2010.

129 Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008: Verfassungsschutzbericht 2007, S. 55 sowie Eigenrecherchen der Verfasser und des Vereins Miteinander e.V.

130 Vgl. NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2009b: Landesparteitag Sachsen-Anhalt 2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/?p=508>, eingesehen am 20. Juni 2010 sowie Eigenrecherchen der Verfasser und des Vereins Miteinander e.V.



„Neonazistische“ Umdeutung der Geschichte

Ideologisch orientieren sich Andreas Karl sowie Teile des NPD-Kreisverbandes im Burgenlandkreis an den revisionistischen Positionen der „Reichsdeutschen“ und sind mit deren „Exilregierung des Deutschen Reichs“ personell eng verknüpft. Diese Strömung innerhalb der rechtsextremen Szene bestreitet die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches und propagiert den angeblich völkerrechtlichen Fortbestand des (nationalsozialistischen) Deutschen Reiches.

Mit zahlreichen Initiativen, dubiosen Rechtsgutachten, vor allem aber auch unter Heranziehung willkürlich zusammengestellter Zitate von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

oder Urteilen verschiedener nationaler und internationaler Gerichte soll dieser Position rechtliche Legitimität verliehen werden.¹³¹ Nach dem Grundverständnis der „Reichsdeutschen“ ist das „BRD-Konstrukt“ eine Marionette der alliierten Besatzer und handle somit nach fremdgeleiteten Interessen. Demgegenüber proklamieren die „Reichsdeutschen“ eine „Exilregierung des Deutschen Reiches“ mit der Forderung nach Anerkennung des Rechtsstatus‘ vom 31. August 1939, denn „nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein“ könne „einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren [...]“.¹³² Diese Geisteshaltung impliziert dementsprechend die generelle Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und ihrer gesetzlichen Grundlagen. Innerhalb der rechtsextremen Szene stoßen die Positionen der „Reichsdeutschen“ weitgehend auf Zustimmung, sind aber organisatorisch gesehen eher eine Randerscheinung und in ihrem unmittelbaren Wirkungskreis begrenzt. Die Verbindungen des NPD-Kreisverbandes mit den „Reichsdeutschen“ haben jedoch zumindest im Burgenlandkreis zur Thematisierung ihrer Positionen auf Kreistageebene geführt.

Zum NPD-Abgeordneten, stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion im Kreistag, Denis Gratzke ist vergleichsweise wenig bekannt. Der gelernte Maurer (Jahrgang 1978) ist wohnhaft in Zeitz, Ortsteil Kretzschau. Dort ist er Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr. In dieser Funktion trat er verschiedentlich zu Kommunalwahlen an, zuletzt zur Wahl des Verbandsgemeinderats Droyßiger-Zeitzer Forst am 27. September 2009.¹³³ Ebenso wie Andreas Karl vertritt Gratzke die NPD seit 2004 im Kreistag des Burgenlands.¹³⁴

Das dritte Fraktionsmitglied der NPD im Kreistag des Burgenlandkreises ist Lutz Battke (Jahrgang 1958). Offiziell parteilos, engagiert sich der Bezirksschornsteinfeger Battke seit Jahren für die NPD. Neben seinem Mandat im Kreistag seit 2007 zog er in seinem Heimatort Laucha 2009 für den Lauchaer Fußballklub BSC 99, bei dem er bis August 2010 ehrenamtlich Kinder trainierte,¹³⁵ in den Gemeinderat ein.¹³⁶ Sein Vater, Günter Battke, war Gründungs- und zeitweise Vorstandsmitglied der NPD in Sachsen-Anhalt und engagierte sich für die Partei bis zu seinem Tod

131 Vgl. die Internetseiten der „Reichsdeutschen“: <http://friedensvertrag.info>

132 Christian Bärtel, Anhänger der Reichsdeutschen, zitiert in: NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008a: Antrag an den Kreisausschuss zur Sitzung am 08.09.2008: Überprüfung der Rechtslage in Deutschland, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200808>, eingesehen am 24.06.2009.

133 Vgl. Bekanntmachungen der zukünftigen Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst, in: Forstkurier, Amts- und Informationsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Droyßiger-Zeitzer Forst, Sonderausgabe vom 19. August 2009, S. 15.

134 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises 2010a: Geschichte der Fraktion, <http://www.npd-fraktion-burgenlandkreis.de/geschichte-der-fraktion>, eingesehen am 20.08.2010.

135 Nach öffentlichem Druck – insbesondere des Deutschen Olympischen Sportbunds und des Landessportbunds Sachsen-Anhalt – entthob der Sportverein Lutz Battke am 6. August 2010 seines Amtes als Trainer. Vgl. Schierholz, Alexander 2010: Rechter Nachwuchscoach muss runter vom Platz, <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1277474036134&openMenu=987490165154&calledPageId=987490165154&listid=0>, eingesehen am 20.08.2010.

136 Die NPD erzielte bei den Kommunalwahlen 2009 in Laucha mit 13,5% der Stimmen ihr landesweit bestes Ergebnis. Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009c: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2009. Gemeinderatswahlen. Stadt Laucha an der Unstrut – Burgenlandkreis. Endgültiges Ergebnis, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw09/fms/fms216ii.html>, eingesehen am 22.05.2010 sowie Eigenrecherchen der Verfasser und des Vereins Miteinander e.V.

am 24. Mai 2008.¹³⁷ Überregional bekannt wurde Lutz Battke, als das Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt versuchte, ihm aufgrund seiner politischen Betätigung für die NPD den Kehrbezirk zu entziehen, damit aber vor Gericht scheiterte.¹³⁸

Das Personal im Salzlandlandkreis

Im Kreistag des Salzlandkreises ist die NPD durch den Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzenden des Kreisverbandes Philipp Valenta (Bernburg) sowie durch Heidrun Walde (Schneidlingen) vertreten. Der 1981 in Trier geborene und in Kasel, Rheinland-Pfalz, gemeldete Student Valenta ist seit Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv. Er war Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sowie stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz. Von 2005 bis 2008 war er Vorsitzender der JN in Sachsen-Anhalt.¹³⁹ Im Herbst 2007 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der NPD-



Heidrun Walde im Wahlkampf in Staßfurt

Jugend auf Bundesebene gewählt. Bis zum JN-Bundeskongress am 27. Juni 2010 fungierte er darüber hinaus als Bundesgeschäftsführer der Jungen Nationaldemokraten.¹⁴⁰ Fortan konzentriert sich Valenta als „JN-Landesorganisationsleiter voll auf die Vorbereitung der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im März 2011.“¹⁴¹ Seit Februar 2009 ist er im Landesvorstand der NPD Sachsen-Anhalt vertreten. Im Salzlandkreis besitzt Valenta, der nur selten öffentlich auftritt, die Domains mehrerer Internetseiten der JN. Der Student der Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bernburg ist außerdem verantwortlich für Produktion und Druck der rechtsextremen Schülerzeitung „Jugend rebelliert“ und organisiert Schulungen für JN-Kader in den angemieteten Räumlichkeiten der JN-Bundesgeschäftsstelle in der Bernburger Innenstadt.¹⁴² Neben dem Kreistagsmandat hat er seit Juni 2009 auch ein Mandat im Gemeinderat Bernburg inne.

Valentas Stellvertreterin im Kreistag, die gelernte Sekretärin Heidrun Walde (geb. 1948), ist erst kurz vor den Kommunalwahlen zur NPD gestoßen. Zuvor war sie mit ihrem Mann Ingo-Peter Walde im Vorstand der Republikaner Sachsen-Anhalt. Seitdem ist Heidrun Walde Schatzmeisterin des Kreisverbandes der NPD, seit Februar 2009 ist sie im Landesvorstand der Partei vertreten.¹⁴³ Im Landkreis leitet Walde seit Juli 2007 eine von insgesamt fünf Regionalgruppen des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF) in Sachsen-Anhalt. Zugleich fungiert sie seit kurzem als Landes- und Bundesschatzmeisterin sowie als Geschäftsführerin dieser NPD-Untergliederung.¹⁴⁴

137 Vgl. NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2008: Ehrenseite, http://www.npd-burgenlandkreis.de/?page_id=337, eingesehen am 20.06.2010.

138 Vgl. Rothe, Frank 2010: Angriff auf Noam, <http://www.zeit.de/2010/24/DOS-Antisemitismus-Laucha?page=1>, eingesehen am 20.06.2010.

139 Vgl. JN-Landesverband Sachsen-Anhalt 2008: JN-SA unter neuer Führung - 3. Landeskongress der Jungen Nationaldemokraten Sachsen-Anhalt, http://www.jn-sa.de/index.php?option=com_content&task=view&id=255&Itemid=11, eingesehen am 24.02.2009.

140 Vgl. Rehmer, Benjamin 2010: 'Gemeinsam allen Stürmen trotzen' - JN-Bundeskongress in Baden-Württemberg, http://www.endstationrechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=5070:gemeinsam-allen-st%C3%BCrmen-trotzen-jn-bundeskongress-in-baden-w%C3%BCrttemberg&Itemid=449, eingesehen am 20.07.2010.

141 JN-Bundesvorstand 2010: Gemeinsam den Stürmen trotzen, <http://www.jn-buvo.de/index.php/aktuell-bundesweit/8-aktuelles-aus-deutschland/43-gemeinsam-allen-stuermen-trotzen.html>, eingesehen am 27.07.2010.

142 Vgl. Eigenrecherchen des Vereins Miteinander e.V. sowie Ruf, Christoph 2008: ... wenn in Bernburg Nazis rumrennen ..., http://www.gew.de/Tarifunde_2.htmlprint3/print/Schwerpunkt_Rechtsextremismus.html#Section23681, eingesehen am 20. Juni 2010.

143 Vgl. NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2009: Landesparteitag Sachsen-Anhalt 2010, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/?p=508>, eingesehen am 20.07.2010 sowie Eigenrecherchen der Verfasser und des Vereins Miteinander e.V.

144 Vgl. Ring Nationaler Frauen 2010: Wer wir sind. Heidrun Walde, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=136&Itemid=74, eingesehen am 28.07.2010.



Mathias Heyder beim Kommunalwahlkampf 2007 in Quedlinburg

Das Personal im Harzkreis

Die Fraktion im Kreistag Harz wird angeführt vom Politikstudenten Michael Schäfer. Schäfer, Jahrgang 1981, gilt seit Jahren als eine der herausragenden Führungspersonen des organisierten Rechtsextremismus in der Harzregion. Er war einer der Anführer der nach dem Prinzip der „Freien Kameradschaften“ organisierten „Wernigeröder Aktionsfront“ (WAF), einem „gewaltbereiten“ und „bandenartig zu charakterisierenden Personenzusammenschluss“, der „gezielt Auseinandersetzungen mit Personen des linksextremistischen Spektrums in Wernigerode herbeigeführt hatte.“¹⁴⁵ Schäfer war zunächst stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt und ist seit Oktober 2007 ihr Bundesvorsitzender.¹⁴⁶ Kraft dieses Amtes ist er zugleich Mitglied des NPD-Bundesvorstandes.

Bevor er sich rechtsextremen Organisationen zuwandte, war Schäfer für einen kurzen Zeitraum Mitglied der „Jungen Union“.¹⁴⁷ Nach eigenen Angaben engagiert er „sich seit seinem 16. Lebensjahr gegen Sozialabbau, nationalen und kulturellen Selbsthass und für ein soziales und nationales Deutschland.“¹⁴⁸ Er war bis zu seinem Ausschluss Mitglied im globalisierungskritischen Netzwerk „Attac“.

Seit der Übernahme des Bundesvorsitzes der „Jungen Nationaldemokraten“ bemüht sich Schäfer, die Nachwuchsorganisation – auch in Abgrenzung zur NPD – programmatisch, strategisch und organisatorisch fortzuentwickeln. Nach seinen Vorstellungen müssen die JN eine „moderne und schlagkräftige nationalistische Jugendorganisation“ werden, die nicht als „braves Anhängsel der Mutterpartei“ agiere, sondern zu dieser ein kritisch-solidarisches Verhältnis einnehme.¹⁴⁹ Auf dem Weg zur „Volksfront von Rechts“ nehmen Schäfer zufolge die „Jungen Nationaldemokraten“ die Funktion eines Scharniers zwischen den „Freien Kameradschaften“ und der NPD ein.

¹⁴⁵ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008, S. 79.

¹⁴⁶ Vgl. NPD-Blog.info 2007: JN: Schäfer folgt Rochow, 12.10.2007, <http://npd-blog.info/?p=1139>, eingesehen am 09.10.2008.

¹⁴⁷ Vgl. Borchert, Winfried/Koch, Tom 2007: NPD-Funktionär im Harzer Kreistag. Schwiegermutter-Typ und Scharfmacher.

Die zwei Gesichter des Michael Schäfer, in: Volksstimme vom 11.07.2007, S. 2.

¹⁴⁸ NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2007: Michael Schäfer, <http://harz.nationaler-beobachter.de/content/blogcategory/13/31/>, eingesehen am 09.10.2008.

¹⁴⁹ Schäfer, Michael 2007c.

Ein Jahr vor der Übernahme des Bundesvorsitzes veröffentlichte Schäfer, zu diesem Zeitpunkt „Amtsleiter für Politik im JN-Bundesvorstand“, „25 Thesen zum Nationalismus“ und umriss damit die ideologische Ausrichtung der „Jungen Nationaldemokraten“. ¹⁵⁰ Auf dem turbulenten NPD-Bundesparteitag Anfang April 2009 in Berlin schlug Schäfer den anwesenden Delegierten und Gästen eine Arbeitsteilung zwischen NPD und JN vor: Während die Mutterpartei weiterhin als Wahlpartei mit einem seriösem und bürgernahen Image den „Kampf um die Parlamente“ aufnehmen sollte, müsse es Aufgabe der „freieren“ und „rebellischeren“ Nachwuchsorganisation sein, den „Kampf um die Straße“ zu verstärken. Sie solle „linke Kieze“ und „Ausländerviertel knacken“. ¹⁵¹ Schäfer ist presserechtlich verantwortlich für mindestens zwei Publikationen, die die „Jungen Nationaldemokraten“ herausgeben: „Der Aktivist – Zentralorgan der Jungen Nationalisten“ und dem Comic „Enten gegen Hühner“, der im Juli 2009 erschien und nach eigenen Angaben in einer Auflage von 30.000 Exemplaren gedruckt wurde. ¹⁵² Schäfer kandidierte bei den Gemeinderatswahlen am 7. Juni 2009 in seiner Heimatstadt Wernigerode und zog mit 2,8 Prozent, dem schlechtesten Ergebnis aller Parteien und Wählergruppen, in den Stadtrat ein. ¹⁵³

Über das zweite Mitglied der NPD-Fraktion, Tobias Anders (Jg. 1984), ist im Vergleich zu Michael Schäfer wenig bekannt. Nach eigenen Angaben stammt der „leidenschaftliche Jäger“ aus Wasserleben und ist in mehreren Vereinen aktiv. Ebenso wie Schäfer stammt Anders aus der Kameradschaftsszene und ist Mitglied des „JN-Stützpunktes Wernigerode“. ¹⁵⁴ Der Politikbereich Umwelt bildet den Schwerpunkt seiner parlamentarischen Arbeit. Anders wurde auf der konstituierenden Sitzung der NPD-Fraktion Harz am 20. Mai 2007 zum Fraktionsschatzmeister gewählt. ¹⁵⁵

Neben den beiden gewählten Fraktionsmitgliedern nimmt Matthias Heyder (Jg. 1972) aus Elbingerode eine bedeutende Rolle innerhalb des Rechtsextremismus in der Harzregion ein. Er übt zeitgleich mehrere Ämter in den Gliederungen der hiesigen NPD aus: Vorsitzender des Kreisverbandes Harz, Geschäftsführer der Kreistagsfraktion und seit 2008 – zunächst kommissarisch – und seit dem 28. Februar 2009 ordentlicher Vorsitzender des Landesverbandes der NPD. ¹⁵⁶ Bundesweit in die Schlagzeilen brachte ihn im März 2006 die Drohung, zukünftig Konzerte mit extrem rechten Liedermachern in öffentlichen Gebäuden Halberstadts durchzuführen, wenn der Landrat Hennig Rühle ¹⁵⁷ die Genehmigung für ein Konzert gegen Rechtsextremismus mit Konstantin Wecker im örtlichen Gymnasium nicht absage. ¹⁵⁸ Zur Bundestagswahl 2009 kandidierte Heyder auf Platz 1 der Landesliste der NPD und als Direktkandidat im Wahlkreis 69 (Harz und Teile des Salzlandkreises). Er erzielte im Harz 2,7 Prozent der Erststimmen und lag damit 0,2 Prozentpunkte über dem landesweiten Ergebnis für die rechtsextreme Partei. ¹⁵⁹ Heyder wurde von Udo Pastörs in dessen Bewerbungsrede für den Bundesvorsitz der NPD im Frühjahr 2009 als einer der Kandidaten für den Posten des Stellvertreters benannt. ¹⁶⁰

150 Vgl. JN-Bundesvorstand 2006: „25 Thesen zum Nationalismus“ als erster Schritt in die strategische Neuprofilierung der JN, 15.05.2006, http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=1, eingesehen am 14.10.2008.

151 KanalJN: JN-Chef Schäfer spricht Klartext auf dem Bundesparteitag der NPD in Berlin Teil 2, 28.09.2009, <http://www.youtube.com/watch?v=IDqJBKpydBg>, eingesehen am 12.11.2009.

152 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 193f.

153 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009a: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 7. Juni 2009. Gemeinderatswahlen. Stadt Wernigerode – Landkreis Harz, 08.06.2009, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/gw09/erg/gem/gw.15085370.ergtab.frametab.html>, eingesehen am 12.11.2009.

154 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008, S. 52.

155 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz: NPD-Fraktion.

156 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 12f. sowie NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt: Sachsen-Anhalt-NPD.

157 Hennig Rühle (parteilos) war letzter amtierender Landrat des Landkreises Halberstadt vor der Fusion der drei Landkreise im Harz. Für die Wählergemeinschaft BUKO e.V. (Bürger unseres Kreises ohne Parteibuch) zog er 2007 in den Kreistag des neu gebildeten Landkreises Harz ein und steht seitdem der sechsköpfigen Bürgerfraktion vor.

158 Vgl. NPD-Blog.info 2006: Sachsen-Anhalt: NPD verhindert Wecker-Konzert in Halberstadt, 08.03.2006, <http://npd-blog.info/2006/03/08/sachsen-anhalt-mpd-verhindert-wecker-konzert-in-halberstadt/>, eingesehen am 10.10.2008.

159 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009e: Wahl des 17. Deutschen Bundestages am 27. September 2009. Bundestagswahlkreis 69 Harz, 09.10.2009, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/bt09/erg/wkr/bt.069.ergtab.frametab.html>, eingesehen am 12.11.2009.

160 Vgl. Altermedia Deutschland 2009a: NPD-Bundesparteitag – Udo Voigt bleibt Parteivorsitzender!, 04.04.2009, http://de.altermedia.info/general/npd-bundesparteitag-delegierte-pfeifen-generalsekretar-marx-aus-040409-stand-1510-uhr_26033.html, eingesehen am 10.04.2009.

Sozialprofil und politische Funktionen der rechtsextremen Mandatsträger in den drei untersuchten Kreistagen

Stand: 15. Juni 2010



Name: Anders, Tobias
 Geburtsjahr: 1984
 Beruf: Auszubildender
 Parteiamt: -
 Mandat: seit 2007 Mitglied des Kreistages Harzkreis



Name: Battke, Lutz
 Geburtsjahr: 1958
 Beruf: Schornsteinfegermeister
 Parteiamt: -¹⁶¹
 Mandat: seit 2004 Mitglied des SR von Laucha a. d. Unstrut, seit 2007 Mitglied des KT Burgenlandkreis



Name: Gratzke, Denis
 Geburtsjahr: 1978
 Beruf: Maurer
 Parteiamt: Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Burgenlandkreis
 Mandat: seit 2004 Mitglied des Kreistages Burgenlandkreis



Name: Karl, Andreas
 Geburtsjahr: 1963
 Beruf: Dachdeckermeister
 Parteiamt: Mitglied des NPD-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt
 Mandat: seit 2004 Mitglied des Kreistages Burgenlandkreis, seit 2009 Mitglied des Rates der Gemeinde Finne sowie der Verbandsgemeinde An der Finne



Name: Schäfer, Michael
 Geburtsjahr: 1982
 Beruf: Student
 Parteiamt: Bundesvorsitzender „Junge Nationaldemokraten“
 Mandat: seit 2007 Mitglied des Kreistages Harzkreis



Name: Valenta, Philipp
 Geburtsjahr: 1981
 Beruf: Student
 Parteiamt: Leiter des JN Stützpunktes Bernburg
 Mandat: seit 2007 Mitglied des Kreistages Salzlandkreis, seit 2009 Mitglied des Stadtrates Bernburg



Name: Walde, Heidrun
 Geburtsjahr: 1948
 Beruf: Sekretärin
 Parteiamt: Mitglied des Landesvorstandes der NPD Sachsen-Anhalt
 Mandat: seit 2007 Mitglied des Kreistages Salzlandkreis

4.2. Das Auftreten in den Sitzungen der Kreistage

Das Bild rechtsextremer Fraktionen in der Öffentlichkeit ist geprägt von Streitigkeiten, niedergelegten Mandaten und Zerfall. Verstärkt wurde diese Wahrnehmung in Sachsen-Anhalt durch das desolante Agieren der DVU-Fraktion, die von 1998 bis 2002 im hiesigen Landtag vertreten war. Die rechtsextremen Fraktionen in den untersuchten Kreistagen weisen hingegen eine personelle Kontinuität sowie eine innere Geschlossenheit und Disziplin auf. Von internen Auseinandersetzungen dringt nichts an die Öffentlichkeit. Es kann angenommen werden, dass das mehrjährige gemeinsame Agieren in den politischen Organisationen – Kameradschaft und NPD – eine Grundlage für die spätere, reibungsfreie Zusammenarbeit in den kommunalen Gremien bildet. So sind die beiden Harzer Kreistagsmitglieder seit 2005 gemeinsam in der NPD-Jugendorganisation aktiv – und waren es zuvor wohl auch schon in der „Wernigeröder Aktionsfront“. Alle drei im Kreistag des Burgenlandkreises vertretenen Akteure sind in einem Kreisverband aktiv. Zudem arbeiteten Karl und Denis Gratzke bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode zusammen.

Die Ausnahme bilden Philipp Valenta und Heidrun Walde im Salzlandkreis: Beide sind zwar in der NPD organisiert, doch während Valenta seit Jahren Führungsaufgaben in der JN übernimmt, hatte die 33 Jahre ältere Heidrun Walde ihre politische Heimat bis zur faktischen Auflösung des Landesverbandes bei den „Republikanern“. In der abweichenden „politischen Heimat“ kann auch der Grund dafür liegen, dass die NPD-Fraktion im Salzlandkreis weniger Aktivitäten entfaltet als die Rechtsextremen in den anderen beiden untersuchten Kreistagen.

Bis auf Philipp Valenta, der sich zugunsten eines Praktikums in den USA für einige Wochen bei der Kreistagsverwaltung abmeldete, waren alle NPD-Funktionäre fast durchgehend bei den Sitzungen anwesend. Diese Einschätzung ist im Hinblick auf die Präsenz der



Philipp Valenta beim Wahlkampf in Halle

Rechtsextremen in den Ausschüssen jedoch zu relativieren. Hier bestätigt sich das Urteil älterer Untersuchungen, demnach rechtsextreme Politiker zwischen Gremiensitzungen mit höherer öffentlicher Aufmerksamkeit und Beratungen der einzelnen Ausschüsse unterscheiden und sich in ihrer parlamentarischen Arbeit auf das erst genannte konzentrieren. Jürgen W. Gansel, NPD-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, sagte in einem Interview, seine Fraktion begeben sich nicht in das „Hamsterrad“ der Ausschussarbeit, denn dort könne die Öffentlichkeit nicht erreicht werden.¹⁶²

¹⁶¹ Lutz Batke ist der einzige Mandatsträger in den drei untersuchten Kreistagen, der nicht Mitglied der NPD ist.

¹⁶² Staud, Toralf 2005, S. 124.

Geht man der Frage nach, wie sich die Vertreter der extremen Rechten in den Sitzungen kommunaler Gremien konkret verhalten, findet man in der bisher veröffentlichten sozialwissenschaftlichen Literatur drei idealtypische Muster: Die Schweiger, die Fleißigen und die Provokateure. Die Schweiger bringen weder eigene parlamentarische Initiativen ein noch beteiligen sie sich an den politischen Aushandlungsprozessen in den Parlamenten. Zeichnen sich die Politiker durch eine Vielzahl an eingebrachten Beschlussvorlagen und Diskussionsbeiträgen aus, lassen sie sich der Kategorie der Fleißigen zuordnen. Zum Teil bemühen sie sich obendrein um die Anerkennung der anderen Parlamentarier. Die dritte und letzte Form des Auftretens ist die der Provokation und Störung, die die ablehnende Haltung der parlamentarischen Demokratie deutlich machen soll. Alle drei Typen lassen sich in den untersuchten Kreistagen – wenn auch nicht in Reinform – beobachten:

Fleiß und die Suggestion von Sacharbeit

Die beiden Fraktionen im Harz- und im Burgenlandkreis brachten eine Fülle von parlamentarischen Initiativen in die Gremien ein. Sie präsentierten sich damit nach außen als die aktivste Fraktion in den Kreistagen und vermittelten den Eindruck, die Belange der Bürger ernst zu nehmen. Bei einer rein quantitativen Auswertung sind diese beiden NPD-Fraktionen im Vergleich zu den demokratischen Parteien deutlich aktiver. Wie im Kapitel 5 nachgewiesen wird, ergibt sich diese hohe Zahl allerdings auch aus der Tatsache, dass die Rechtsextremen ihnen wichtige Themen immer wieder auf die Tagesordnung setzen, auch wenn sie mit ihren eigenen Anträgen zuvor an der Mehrheit der Kreistagsmitglieder gescheitert sind oder die Themen gar nicht in den Zuständigkeitsbereich des kommunalen Gremiums gehören.

Nach Einschätzung demokratischer Politiker zielt die NPD mit der Vielzahl an eingebrachten mündlichen und schriftlichen Anfragen darauf ab, „die Verwaltung zu torpedieren“, so ein Vertreter der CDU-Fraktion im Harz-kreis.¹⁶³ Sein Kollege von der Linksfraktion zeigte sich kurz vor Jahresende 2007 überrascht angesichts der Fülle an parlamentarischen Initiativen der NPD und zog Parallelen zur DVU-Fraktion, die von 1998 bis 2002 im Landtag Sachsen-Anhalts vertreten war. Das Engagement der rechtsextremen Kreistagsmitglieder zeigte seiner Ansicht nach, „dass es vorwiegend darum geht, die parlamentarische Arbeit zu stören – durch eine Masse von Anfragen, Masse von Anträgen, die eigentlich wenig Inhalt haben.“¹⁶⁴

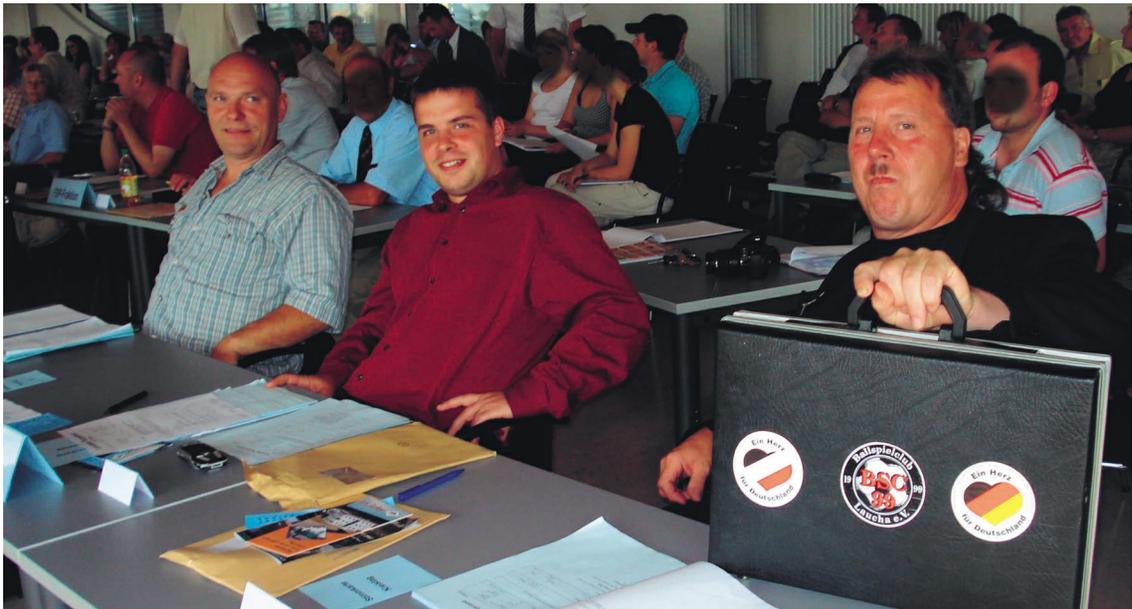
Darüber hinaus ist auf die Tatsache hinzuweisen, dass viele Beschlussvorlagen, die im Kreistag behandelt werden, zuvor unter den Fraktionen in den Ausschüssen abgestimmt wurden. Übereinstimmend berichten die demokratischen Fraktionsvorsitzenden, dass sich die NPD-Kommunalpolitiker an der Ausschussarbeit nicht beteiligen oder aber die dort von den demokratischen Mandatsträgern geführten Diskussionen in den eigenen Anträgen aufgreifen, ohne sich zuvor an der Debatte beteiligt zu haben. Die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Harz betonten immer wieder die Passivität der beiden Rechtsextremen in den Sitzungen der Ausschüsse.¹⁶⁵ Am Anfang habe Schäfer sich noch mithilfe eines Laptop umfangreiche Notizen angefertigt, im weiteren Verlauf blieben beide Mandatsträger zunehmend den Ausschüssen fern. Als die NPD-Fraktion einen Antrag einreichte, in dem die Verwaltung zur Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichtes für den Landkreis Harz aufgefordert wurde, wies Hans-Christoph Jaekel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eloquent darauf hin, dass die in der NPD-Vorlage aufgeworfene Thematik zuvor in mehreren Ausschüssen intensiv und wiederholt diskutiert worden wäre, die beiden NPD-Vertreter sich jedoch nicht an den Sachdebatten beteiligten und lediglich die Diskussionsergebnisse in Form von Anträgen in die nächste Kreistagssitzung einbringen würden. Schäfer wies diese Unterstellung als „primitive Frechheit“ zurück, woraufhin ihn der Kreistagsvorsitzende zur Ordnung rief.¹⁶⁶

¹⁶³ Interview mit einem Vertreter der CDU Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

¹⁶⁴ Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 12.12.2007.

¹⁶⁵ Vgl. hierzu die Interviews mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 12.12.2007 und mit einem Vertreter der Fraktion der SPD im Harzkreis am 11.05.2009.

¹⁶⁶ Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 5. Sitzung des Kreistages am 12.12.2007, Aussprache zum Tagesordnungspunkt 9: Antrag der NPD-Fraktion: Armutsbericht für den Landkreis Harz, S. 6f.



Die Kreistagsabgeordneten der NPD im Burgenlandkreis: Andreas Karl, Denis Gratzke, Lutz Battke

Ein ähnliches Bild lässt sich auch von der Ausschussarbeit der NPD im Kreistag des Burgenlandkreises zeichnen. Hier nimmt vor allem Andreas Karl an den Sitzungen der wichtigen Ausschüsse als beratendes Mitglied teil, verhält sich dort aber unauffällig und meldet sich nicht zu Wort: „Karl äußert sich dort nicht. Der schreibt nur und nimmt alles mit und bringt dann im Kreistag einen formulierten Antrag ein.“¹⁶⁷ Die Passivität der NPD-Fraktion in den Ausschüssen liegt nach Einschätzung demokratischer Mandatsträger am geringen Interesse der Öffentlichkeit an der Ausschussarbeit:

„Ich habe den Eindruck, das [die Anwesenheit bei Sitzungen der Ausschüsse] dient eher dazu, dort Informationen zu sammeln, um dann anschließend im großen Kreistag in der Öffentlichkeit die Themen anzusprechen, weil man da das Publikum hat. Und in den Ausschüssen ist das sehr selten. [...] Und die anwesende Presse berichtet ja nicht über die Aktivitäten der NPD. Insofern wird die sich wohl gesagt haben, das hat ja gar keinen Sinn, den Ausschuss zu nutzen.“¹⁶⁸

Provokationen und Störung der Sitzungen

Parallel zu der hohen parlamentarischen Aktivität in Form von Anträgen und Anfragen ließen die NPD-Abgeordneten im Burgenlandkreis provokativ ihr Desinteresse an der Arbeit des Kreistages erkennen. Sie stellten mit ihrem Auftreten sowie mit ihren Anträgen und Anfragen die Legitimität von Kreistag und Verwaltung in Frage. Bereits zur konstituierenden Sitzung am 16. Juli 2007 zeigten Karl, Gratzke und Battke ihre generelle Ablehnung sämtlicher Institutionen der Bundesrepublik analog zu den Positionen der „Reichsdeutschen“. Bei der Verpflichtung der Kreistagsmitglieder auf das Grundgesetz und die Arbeit für die „Sache des Volkes“ blieben sie demonstrativ auf ihren Plätzen sitzen und reagierten mit Zwischenrufen wie „Welches Volk?“ und „Welche Sache?“.¹⁶⁹ Selbst bei Formalien, wie etwa den Beschlüssen zur Annahme von Sitzungsprotokollen und Tagesordnungen, wird von der NPD-Fraktion mit der häufigen Verweigerung ihrer Zustimmung diese Ablehnung unter Beweis gestellt.

¹⁶⁷ Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 29.06.2009.

¹⁶⁸ Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

¹⁶⁹ Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 16.07.2007.

Immer wieder missachtete die NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises Übereinkünfte zum ordentlichen Ablauf der Sitzungen. Die NPD-Abgeordneten versuchten durch Zwischenrufe, störendes Applaudieren, unsachliche Bemerkungen, Beschimpfungen oder gar Drohungen gegen einzelne Abgeordnete der demokratischen Fraktionen die kommunale Arbeit des Kreistages bzw. die parlamentarische Demokratie im Allgemeinen der Lächerlichkeit preiszugeben sowie sie gänzlich in Frage zu stellen. Im Fokus dieser Verunglimpfungen standen der Landrat Harri Reiche und der Kreistagsvorsitzende Dieter Stier. Ein Großteil der Anfragen und Anträge der NPD-Fraktion zielten auf die öffentliche Diskreditierung dieser beiden Personen als Vertreter der Landkreisverwaltung bzw. des Kreistages ab. Über sie versuchte die NPD die angebliche moralische und sittliche Verdorbenheit der „illegitimen BRD“ zu veranschaulichen, indem sie beiden jegliche Kompetenz und Qualifikation für ihre Arbeit absprach. Diese abschätzende Haltung gegenüber den Repräsentanten des Kreistages kulminierte im konsequenten Ignorieren von Ordnungsrufen und Redeunterbrechungen durch den Kreistagsvorsitzenden und gipfelt in wüsten verbalen Attacken. Besonders anschaulich wurde dies an der 9. Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 27. Oktober 2008, deren Verlauf immer wieder durch den NPD-Fraktionsvorsitzenden gestört und über Gebühr in die Länge gezogen wurde. Nach dem Bericht des Landrats nutzte Andreas Karl die Gelegenheit, Nachfragen zu stellen für provozierende Kommentare. Unter anderem referierte er über die Zinslasten im „Gesamtsystem BRD“. Nach einem Zwischenruf eines Kreistagsmitglieds – Karl möge seine Frage stellen und keine Kommentare abgeben – regte dieser sich lautstark auf und ging zu weiteren Kommentaren über, diesmal über den Stand der Stasi-Überprüfung. Der Kreistagsvorsitzende Stier rief Karl zu Sache und erinnerte ihn an seine Redezeit. Karl ignorierte die Ermahnung und holte zu einer Beleidigung des Landrats Reiche aus. So bezichtigte er Reiche der Lüge und Verstrickung im DDR-System. Daraufhin erteilte Stier einen Ordnungsruf und entzog Karl das Wort. Noch im Hinsetzen fuhr Karl mit den Beschimpfungen fort und bezeichnete den Landrat als „SED-Genossen“. In der anschließenden Debatte über die Entlastung des Verwaltungsrats der Kreissparkasse drohte Karl dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats: „Wenn morgen alle Bürger ihr Geld abrufen würden [...] da wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der persönlichen Haftung“. Dem folgten erneut Ordnungsruf und Wortentzug durch den Kreistagsvorsitzenden.¹⁷⁰ Im weiteren Verlauf der Kreistagssitzung brachte der NPD-Fraktionsvorsitzende einen Antrag zur Zurückzahlung von Fraktionszuschüssen in der kreistagslosen Zeit im Sommer 2005 ein.¹⁷¹ Auch hier überschritt er seine Redezeit und bedrohte sowohl den Landrat als auch die Fraktionen der demokratischen Parteien: „Irgendwann muss sowieso bezahlt werden, das steht schon fest. Jetzt kann man den Kopf noch aus der Schlinge ziehen.“ Auch jetzt ermahnte Stier Karl, bei der Sache zu bleiben und entzog ihm das Wort. Trotz Schließung der Debatte nach Ablehnung des NPD-Antrags griff Karl am Ende der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ das Thema noch einmal auf und ignorierte Hinweise der Sitzungsleitung bei der Sache zu bleiben und nur thematisch neue Fragen zu stellen. Nach Beschimpfungen der demokratischen Mandatsträger als „etablierte Schuldenmacher“ rief Dieter Stier den NPD-Fraktionsvorsitzenden zum dritten Mal zur Ordnung, entzog ihm zum vierten Mal das Wort und erteilte ihm wegen seines Verhaltens eine Rüge.¹⁷²

Auch im Harzkreis tat sich die NPD mit gezielten Provokationen hervor. Auf die konsequente Ausgrenzung der NPD-Fraktion sowie die Ablehnung aller ihrer Vorlagen durch die demokratischen Politiker reagierte Michael Schäfer beispielsweise mit einem Antrag zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Demokratie auch im Harz“. In seiner Einbringungsrede sah er das Verhalten der demokratischen Fraktionen als Ausdruck von „Intoleranz, Ignoranz, Inkompetenz, Hass oder schlicht Unfreiheit.“¹⁷³ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass er seine Rede mitsamt den Schmähungen vom Blatt ablas und dies später auf der fraktionseigenen Homepage veröffentlichte.¹⁷⁴

170 Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 27.10.2008.

171 Vgl. Kapitel 5.3 („Themen“) dieser Arbeit sowie Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift zur 9. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 27.10.2008.

172 Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 27.10.2008.

173 Vgl. Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 09.07.2008.

174 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008f: Wahrheit tut manchmal weh + Grundsätzliches – 10. Sitzung, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz//content/view/162/46/>, eingesehen am 07.04.2009.

Einzelne Diffamierungen demokratischer Kreistagsmitglieder führten gar zu juristischen Auseinandersetzungen wie im Fall von Peter Lehmann. Das Amtsgericht Halberstadt verurteilte am 19. September 2008 Michael Schäfer wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 400 Euro. In der Kreistagssitzung vom 23. Januar 2008 bezeichnete Schäfer den Vorsitzenden der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Peter Lehmann, vom Pult aus als „selbst ernannten Kopf einer Gesinnungsmafia.“ Lehmann machte sich in der Sitzung für die Bewerbung des Landkreises Harz bei der vom Bundesfamilienministerium ausgelobten Initiative „Orte der Vielfalt“ stark.¹⁷⁵

Am 14. Oktober 2008 veröffentlichte die Harzer NPD-Fraktion auf ihrer Webseite einen im Stil einer Zeitungsnotiz verfassten Bericht, indem die Staatsanwaltschaft Halberstadt angeblich mitteilte, dass gegen die Vorsitzenden aller demokratischen Parteien und Michael Haase in seiner Funktion als Kreistagsvorsitzender wegen Beleidigung ermittelt werde. Hintergrund sei „eine beleidigende und alles andere als demokratische Erklärung aller Alt-Parteien gegenüber der NPD-Fraktion.“¹⁷⁶ Michael Schäfer begrüßt in einer sich daran anschließenden Erklärung die Ermittlungen der Behörde. Die Vorsitzenden der demokratischen Parteien, die der NPD nichts entgegenzusetzen hätten, würden auf „Beleidigung, üble Nachrede und Lügen“ zurückgreifen. Weiter heißt es: „Das zeigt, dass es den anderen Fraktionen nicht um politische Arbeit zum Wohle der Harzer geht, sondern nur um den politischen Selbsterhalt und die Ausgrenzung neuer Politikansätze.“ (Schreibweise im Original) Die in Rede stehenden Strafanzeigen sind jedoch nie gestellt worden, so ein Vertreter der Linksfraktion im Harzkreis.¹⁷⁷

Auf das wiederholte Scheitern ihrer parlamentarischen Initiativen reagierten die beiden NPD-Fraktionsmitglieder im Harz zunehmend ungehalten und mit lautstarken Missfallensbekundungen. Am 20. September 2007, der dritten Zusammenkunft des Kreistages, plädierte der Kreistagsvorsitzende mit Verweis auf die Geschäftsordnung für die Absetzung von vier der fünf Anträge der NPD-Fraktion von der Tagesordnung. Schäfer intervenierte erfolglos, die veränderte Tagesordnung wurde mit zwei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen. Wenig später nutzte er den Tagesordnungspunkt „Anfragen“, um noch einmal nach den Gründen für die Absetzung der Anträge seiner Fraktion zu fragen. Er hoffte, „dass die Antworten diesmal nicht dem Meinungsfaschismus zum Opfer fallen.“¹⁷⁸

Im Verlauf der zwei Jahre wurden die anderen Fraktionen des Kreistages, der Vorsitzende und der Landrat wiederholt von den NPD-Mandatsträgern als vermeintlich undemokratisch angeklagt. Als Beleg ihrer Unterstellungen wurden die Ablehnung der Anträge, die vermeintlich unzureichende Beantwortung der Anfragen sowie die von allen demokratischen Fraktionen unterzeichnete Erklärung zum Umgang mit der NPD vorgebracht. Auf der Sitzung am 20. September 2007 nutzte Schäfer seine Einbringungsrede, um gegen die demokratischen Parteien zu hetzen. „Das hier herrschende Verständnis von Demokratie [...] kann sich unter Beweis stellen – hat die Gesunderhaltung von Menschen Vorrang oder das intolerante Verhalten gegenüber politisch Andersdenkender.“¹⁷⁹ (Schreibweise im Original)

Zur Diffamierung der demokratischen Parteien wurden von Schäfer und Anders häufig solche Begriffe gebraucht, die gewöhnlich zur Beschreibung des politischen Systems der DDR Verwendung finden. So appellierte Anders am 23. Januar 2008 an die Kreistagsmitglieder der anderen Parteien, die von der NPD aufgeworfenen Themen nicht auszusparen, nur weil sie von der NPD kommen: „Denn, wenn sich das Blockparteienkartell auch ideologisch geschlossen gegen uns stellt, so werden wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, welche Themen Sie hier aus unsachlichen Gründen als nichtig erachten.“¹⁸⁰

175 Vgl. Koch, Tom 2008: Nach öffentlicher Beleidigung in einer Kreistagssitzung. 400 Euro Strafe für NPD-Politiker, in: Volksstimme vom 20.09.2008, S. 2.

176 NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008c: Ermittlungen gegen alle Harzer Fraktionsvorsitzenden der Altparteien und den Kreistagspräsidenten, 14.10.2008, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz/content/view/168/46/>, eingesehen am 05.01.2010.

177 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 21.01.2009.

178 Auf Bitten von Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) erteilte der Kreistagsvorsitzende dem NPD-Mitglied Schäfer für seine Äußerung eine Rüge. Vgl. Kreistag des Landkreises Harz 2007: Protokoll zur 3. Sitzung des Kreistages am 20.09.2007, Tagesordnungspunkt 8: Anfragen, S. 6.

179 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 3. Sitzung des Kreistages am 20.09.2007, Tagesordnungspunkt 11: Antrag der NPD-Fraktion: Verwendung von gentechnisch veränderten Erzeugnissen (Vorlagen-Nr. 37/2007), S. 8.

180 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 6. Sitzung des Kreistages am 23.01.2008, Tagesordnungspunkt 12: Antrag der NPD-Fraktion: Förderung von hochbegabten Kindern (Vorlagen-Nr. 121/2008), S. 10.



Andreas Karl bei der Solidaritätsaktion der NPD für Lutz Batke am 18.08.2010 in Laucha

In der Sitzung vom 12. Dezember 2007 brachte wiederum Tobias Anders für die NPD-Fraktion einen Antrag zur Lokalen Agenda 21 ein. In seiner Widerrede plädierte Lehmann, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für eine Ablehnung der Beschlussvorlage, da diese inhaltlich überflüssig und nicht von Sachkenntnis getragen sei. Im Nachgang der Abstimmung rief Michael Schäfer „Volkskammer“, was insbesondere bei den Mitgliedern der CDU-Fraktion für Unmut sorgte und durch den Kreistagsvorsitzenden mit einer Rüge geahndet wurde.¹⁸¹ In einer späteren Sitzung hielten die beiden NPD-Mandatsträger nach einer mehrheitlichen Ablehnung der eigenen Anträge durch die demokratischen Fraktionen vorbereitete Zettel mit der Aufschrift „Volkskammer“ hoch.¹⁸² Die Verwendung von Begriffen wie „Blockparteien“ und „Volkskammer“ im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Geschehen der Gegenwart ist keinesfalls eine eigene Idee von Schäfer und Anders. So werden beide Begriffe auch von den NPD-Fraktionen in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verwendet, um die demokratischen Parteien verächtlich zu machen.¹⁸³

Neben solchen verbalen Diffamierungen setzte die NPD auch auf ein provokatives Erscheinungsbild. Immer wieder zeigten die Abgeordneten der NPD im Kreistag des Burgenlandkreises ihre rechtsextreme Weltanschauung durch diverse Sticker und Aufkleber – etwa mit Slogans wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ oder „Ein Herz für Deutschland“ auf schwarz-weiß-rottem Hintergrund, den Farben des wilhelminischen und des nationalsozialistischen Deutschlands – auf ihren Jacketts und Arbeitstaschen oder auch auf ihren Stimmkarten.

Auf der Sitzung am 17. Dezember 2007 trugen alle drei NPD-Abgeordneten T-Shirts mit der Aufschrift „Mein Freund ist Ausländer“ und dem Bild des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Christoph Hamel, kommentierte diese antisemitisch konnotierte Symbolik als Ungeheuerlichkeit und verbat sich die zur Schau getragene Verherrlichung eines „Despoten und Tyrannen“. Andreas Karl reagierte mit einem Zwischenruf und verbat sich „diese Beleidigungen eines demokratisch gewählten Staatspräsidenten“. Dies, nicht aber das Tragen der T-Shirts, wurde vom Vorsitzenden des Kreistages Dieter Stier mit einer Verwarnung geahndet.¹⁸⁴ Das Innenministerium gab nach den Vorfällen auf der Sitzung am 17. Dezember 2007 mittels eines Erlasses den Kreistagsverwaltungen die Möglichkeit, diese Form der Glorifizierung von Antisemiten zu verbieten.¹⁸⁵

181 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 5. Sitzung des Kreistages am 12.12.2007, Aussprache zum Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der NPD-Fraktion: Entwicklung eigener Projekte und Maßnahmen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 im Landkreis Harz (Vorlagen-Nr. 109/2007), S. 5.

182 Da dies jedoch weder von den übrigen Mitgliedern des Gremiums noch von den Mitarbeitern der Verwaltung registriert wurde, blieb diese Provokation ohne Folgen. Vgl. Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages am 29.05.2008.

183 Vgl. Niemann, Laura 2008, S. 48.

184 Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 17.12.2007.

185 Vgl. Gauselmann, Kai 2008: Land: T-Shirts der NPD stören Ordnung im Kreistag, Mitteldeutsche Zeitung, 09.02.2008, Mantelteil.

Die Aktion der NPD vom 17. Dezember 2007 rief das Interesse der Medien hervor. Auf der folgenden Kreistagsitzung am 11. Februar 2008 war das ZDF anwesend. Man war auf die nächste Provokation der Rechtsextremen gespannt. Diesmal trug Lutz Battke ein T-Shirt mit dem Bild zweier blonder Mädchen und der Aufschrift „Für die Zukunft unserer Kinder – Deutsche Interessen schützen!“ Andreas Karls Kleidung war mit einem deutschen Reichsadler versehen.¹⁸⁶ Reimund Schmidt-De Caluwe, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Halle benennt die Gründe für ein solches provokatives Auftreten: „Die NPD-Fraktion will ohne inhaltlichen Zusammenhang zur Ratsarbeit durch Provokation Aufmerksamkeit erregen und missbraucht die Ratssitzung nur als willkommenes Forum“.¹⁸⁷

Matthias Heyder, NPD-Landesvorsitzender und Geschäftsführer der Fraktion im Harzkreis, nahm an fast allen Sitzungen des Kreistages teil. Zu Beginn der Legislaturperiode versuchte er, sich auch während der laufenden Versammlung mit den beiden NPD-Abgeordneten auszutauschen sowie die Sitzung akustisch aufzuzeichnen. Dies wurde in der folgenden Sitzung von der Kreistagsverwaltung durch eine Änderung der Sitzordnung – die Verwaltung sitzt seitdem zwischen den Abgeordneten und den Gästen – sowie der Durchsetzung des geltenden Verbotes von Film- und Tonaufnahmen unterbunden. Heyder nutzte regelmäßig die Möglichkeit der Bürgerfragestunde, um entweder die Gründe für die Absetzung von NPD-Anträgen von der Tagesordnung durch den Vorsitzenden des Kreistages zu erfragen oder auch sachpolitische Themen anzusprechen. Sein Ton gegenüber dem Kreistagsvorsitzenden, dem Landrat und der Verwaltung ist bisweilen provozierend bis aggressiv.

Inaktivität

Im Gegensatz zu den anderen beiden Fraktionen halten sich die NPD-Mandatsträger im Salzlandkreis fast vollständig zurück. Trotz dieser Inaktivität nutzte die Partei jedoch immer wieder ihre Internetseiten, um die Beschlüsse des Kreistages kritisch zu kommentieren und sich selbst als einzige oppositionelle Kraft darzustellen. Zum Beispiel sprach sich angesichts der geplanten Erhöhung der Kreisumlage der NPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Valenta auf der parteieigenen Homepage wortreich für das Wohl der Städte und Gemeinden aus und kündigte gemeinsame Protestaktionen mit den betreffenden Stadt- und Gemeinderäten an.¹⁸⁸ Im Kreistag hingegen brachte die NPD-Fraktion weder einen Antrag ein noch äußerte sie sich öffentlich zum Thema.

4.3. Zielgruppen der NPD-Fraktionen

Es ist davon auszugehen, dass die NPD-Funktionäre ihr Agieren in den parlamentarischen Gremien an den Erwartungen und Interessen derjenigen Zielgruppen ausrichten, die entweder für die Stärkung der Partei notwendig sind – rechtsextreme Szeneangehörige und die potentielle Wählerschaft – oder aber jene Personenkreise, die als Vertreter des demokratischen Systems identifiziert werden. Hierzu zählen neben den Mandatsträgern der demokratischen Parteien auch die Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung einschließlich des Landrates und schließlich die Journalisten.

Während rechtsextreme Szeneangehörige von einer Partei wie der NPD ein konsequentes Vorgehen gegen die Mitglieder der demokratischen Fraktionen einfordern, stehen bei den potentiellen Wählern vor allem deren soziale Nöte im Vordergrund, die sie im parlamentarischen Raum thematisiert wünschen.

Potentielle Wähler

Aus der Logik einer Wahlpartei heraus stellen die (potentiellen) Wähler die wichtigste Zielgruppe dar. Nur wenn die NPD zur Landtagswahl im März 2011 mindestens doppelt so viele Wähler wie bei den letzten Abstimmungen

¹⁸⁶ Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 11.02.2008.

¹⁸⁷ Gauselmann, Kai 2008.

¹⁸⁸ Vgl. NPD-Kreisverband Salzland 2009: Schluss mit der Erhöhung der Kreisumlage im Salzland, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/salzland/2362-schluss-mit-der-erhoehung-der-kreisumlage-im-salzland.html>, eingesehen am 07.04.2009.

mobilisieren kann, hat sie eine Chance, die 5-Prozent-Hürde zu überwinden und in den Magdeburger Landtag einzuziehen. Die Partei will hierzu insbesondere die stetig wachsende Gruppe der Nichtwähler ansprechen. Helfen soll ihr dabei ein seriöses und professionelles Auftreten in der Öffentlichkeit und insbesondere in den parlamentarischen Gremien. Die NPD bedient sich hierzu vorrangig jener Themen, die von der Bevölkerung als besonders wichtig erachtet werden und von denen die Rechtsextremen vermuten, dass die etablierten Parteien sie nicht oder nicht ausreichend besetzen. So sind die soziale Frage und die nationale/ethnische Identität zwei der wichtigsten Themenfelder, die von den NPD-Kreistagsfraktionen in Anträgen und Anfragen aufgegriffen wurden.

Wie stark die NPD auf die Gunst der Besucher in den Kreistagen setzt, zeigte sich immer wieder im Burgenlandkreis. Vor allen anderen ist es Andreas Karl, der sein Redeverhalten auf die Zuhörer ausrichtet:

„[...] Karl versucht eben genau diese Veranstaltungen dann zu nutzen, wenn einmal großes Publikum da ist. [...] Dann geht der richtig auf [...]. Ist niemand da, dann ist es auch im Kreistag relativ umgänglich mit ihm. Sitzen da hinten 20, 30 Eltern oder irgendwelche anderen Leute, die ein konkretes Anliegen haben, dann zieht er das große Programm ab.“¹⁸⁹

Hingegen sind die NPD-Politiker im Harz nicht in der Lage, die Besucher der Sitzungen anzusprechen. Ferner verfügen sie nicht über die Fähigkeiten, spontan auf aktuelle Anlässe zu reagieren. Als am 17. Dezember 2008 Schüler und Lehrer gemeinsam gegen die drohende Schließung einer Berufsschule im Harzer Kreistag demonstrierten, ergriff keiner der beiden NPD-Fraktionäre das Wort, um gegenüber den Besuchern seine Unterstützung auszudrücken.

Rechtsextreme Szeneangehörige

Angehörige der rechtsextremen Szene stellen eine weitere Zielgruppe im Handeln rechtsextremer Parteien dar. Sie erwarten von der NPD, dass sie ihre ablehnende Haltung gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung und der parlamentarischen Demokratie gerade auch in den Parlamenten zum Ausdruck bringt. Hierbei bedienen sich die extrem rechten Politiker kalkulierter Tabubrüche: Ein bereits zitiertes Beispiel ist das Tragen von T-Shirts mit dem Konterfei des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Auch die beiden Harzer Mandatsträger suchten den Kontakt zu jenen Rechtsextremen, die hin und wieder die Sitzungen des Kreistages besuchten.



Prominente Unterstützung aus Mecklenburg-Vorpommern:
Vorsitzende der Landtagsfraktion, Udo Pastörs

Die geschilderten Beispiele zeigen, wie die NPD-Fraktion um eine klare Abgrenzung von den als „Blockparteien“ diskreditierten demokratischen Parteien bemüht ist. Dies ist als Signal gegenüber dem eigenen, extrem rechten Wählerklientel zu verstehen. Die NPD macht so deutlich, dass sie sich im Kreistag nicht korrumpieren lässt. Zudem kann vermutet werden, dass insbesondere Schäfer und Karl die Provokationen als taktisches Instrument nutzten, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Diese politische Praxis ist keineswegs neu: Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, sorgte in der Vergangenheit mit seinen Äußerungen in und außerhalb des Parlamentes immer wieder für öffentlichkeitswirksame Eklats, die ihren Widerhall in den Medien fanden. In einem Interview äußert er sich zu seiner Rolle wie folgt:

„Ich bin derjenige, [...] der für diese Blitzer zuständig ist. Also, wo ich dann sage, das heben wir mal heraus aus dem normalen Tagesgeschäft, da setzen wir mal wieder einen Stachel, der möglichst tief und auch schmerzhaft in die Blockparteienrhetorik reingeht. Kann ruhig ein Aufschrei sein. Je lauter die schreien, desto lieber ist mir das.“¹⁹⁰ Diese „Blitzer“ stehen nach eigenen Aussagen keinesfalls im Widerspruch zu den vermeintlichen Sachthemen, die die NPD – im Landtag wie im Kreistag – in ihren parlamentarischen Initiativen aufgreift. Pastörs weiter: „Und auf der anderen Seite haben wir die Sachebene. Wir können aber unsere Sachebene, wenn wir uns darauf beschränken würden, überhaupt nicht kommunizieren.“¹⁹¹ Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag weist hier auf das Problem kleiner Parteien, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Ohne diese „Blitzer“, so seine Vermutung, würde die Berichterstattung über die NPD deutlich geringer ausfallen. Vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen und materiellen Ressourcen, die der NPD zur Verfügung stehen, ist die Partei maßgeblich auf die Medien als Multiplikator der eigenen Aktivitäten angewiesen.

Eine positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus oder die Relativierung der Shoah eignen sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wertekanons als Aufhänger für die oben genannten „Blitzer“ in besonderem Maße. Die NPD-Fraktion im Harz wollte in Anlehnung an den Eklat, den die NPD-Fraktion 2005 im Sächsischen Landtag mit ihrer Rede zum „Bomben-Holocaust“ auslöste, die übrigen Kreistagsmitglieder provozieren, als sie anlässlich des Jahrestages der Zerstörung von Halberstadt die Abhaltung einer Gedenkminute für die „Opfer des „Bombenholocaust“, wie es schon im Titel der Vorlage hieß, vorschlug.¹⁹² Schäfer wiederholte diesen Begriff in seiner mündlichen Begründung – und so ist es auch in der Sitzungsniederschrift festgehalten. Der Kreistagspräsident Haase antwortete darauf nur, dass er davon ausgehe, „dass Vertreter des Kreistages und des Landkreises [...] ehrlich an den Gedenkveranstaltungen“ teilnehmen würden. Nur der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Lehmann, wies für seine Person die Formulierung „Bombenholocaust“ zurück. Alle übrigen Mitglieder des Kreistages schwiegen zu diesem Antrag, auch verließ niemand – wie noch in Dresden geschehen – demonstrativ den Raum.¹⁹³ Ebenso wenig griffen die Lokalmedien die gezielte Provokation der NPD-Fraktion auf. Es bleibt offen, ob sich das Nicht-Verhalten der Demokraten, mit Ausnahme von Lehmann, darin begründet, der NPD keine unnötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, oder ob sich die Vertreter der demokratischen Parteien bereits an solche Begrifflichkeiten wie „Bombenholocaust“ gewöhnt haben.

Ob diese „Blitzer“ wie von Udo Pastörs intendiert, tatsächlich geeignet sind, um die Sachthemen der NPD in der Öffentlichkeit zu platzieren, ist nicht gesichert. Es ist eher so, dass die rechtsextremen Parteien in den letzten Jahren weniger erfolgreich in der Wählermobilisierung abschnitten, wenn sie sich allzu offen auf den Nationalsozialismus bezogen. Eine adäquate Antwort auf diese Herausforderung hat keine der untersuchten NPD-Kreistagsfraktionen gefunden.

4.4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Bürgerinnen und Bürger zeigten nur ein geringes Interesse an der Arbeit der Kreistage und auch die lokalen Medien räumten der Berichterstattung nur wenig Platz ein.¹⁹⁴ Im Unterschied zu den demokratischen Parteien stand die NPD zudem vor der Herausforderung, dass sie angesichts ihrer allzu offenen Nähe zum Nationalsozialismus öffentlich geächtet wird. Zusätzlich ist bei den Lokaljournalisten die Sensibilität für den Rechtsextremismus

¹⁹⁰ Pastörs zitiert nach Niemann, L.: NPD, S. 56.

¹⁹¹ Pastörs zitiert nach Niemann, L.: NPD, S. 56.

¹⁹² Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 154/2008,

Antrag der NPD-Fraktion: Gedenkminute im Kreistag und Gedenkstunde am 8. April für die Opfer des Bombenholocaust.

¹⁹³ Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 7. Sitzung des Kreistages am 05.03.2008, Tagesordnungspunkt 15: Antrag der Fraktion der NPD: Gedenkminute im Kreistag und Gedenkstunde am 8. April für die Opfer des Bombenholocaust (Vorlagen-Nr. 154/2008), S. 13.

¹⁹⁴ Dieser Befund verwundert umso mehr, als dass die Bürger den politischen Institutionen auf kommunaler Ebene ein höheres Vertrauen entgegenbringen als jenen Organen auf Landes- und Bundesebene. Vgl. Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Völkl, Kerstin 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch, Halle/Saale, S. 85ff.

in den letzten Jahren gewachsen. Noch im Kommunalwahlkampf 2007 hatte ein Redakteur der „Mitteldeutschen Zeitung“ das notwendige Gespür bei der Vorstellung des NPD-Kandidaten für das Amt des Landrates vermissen lassen, was zu Protesten in den überregionalen Medien führte. „Liebe auf den zweiten Blick – 24-jähriger Michael Schäfer will sich für Altersgenossen und sozial Schwache engagieren“ überschrieb der Leiter der MZ-Lokalredaktion sein Portrait des rechtsextremen Nachwuchspolitikers.¹⁹⁵ Diese Panne führte bei beiden regionalen Tageszeitungen zu Konsequenzen im Arbeitsablauf, so ein Vertreter der CDU-Fraktion im Harzer Kreistag: „Wenn solche Sachen gebracht werden sollen [...], müssen sich die Lokalredaktionen sich das O.K. von ganz, ganz oben holen. Das ist einmal hier bei uns negiert worden von einem Lokalredakteur, der durfte daraufhin gehen.“¹⁹⁶ Um den Normalisierungsbemühungen der NPD entgegenzuwirken, begrüßte auch der Vertreter der FDP die Entscheidung der Medien, über die provokanten Auftritte der NPD und ihre Anträge im Kreistag nicht zu berichten. Denn, „wenn wir erst anfangen, in der Presse aktuell darüber zu schreiben, [...] macht man sie indirekt noch hoffähig.“¹⁹⁷ In der Folge wurde die parlamentarische Arbeit der NPD-Fraktionen in den drei Kreistagen in den lokalen wie regionalen Medien nicht thematisiert. Einzig die inszenierten Skandale – T-Shirts mit dem Portrait des iranischen Präsidenten und die Strafverfolgung von Michael Schäfer – wurden publizistisch aufgegriffen.¹⁹⁸

Vor diesem Hintergrund ist die NPD gezwungen, eigene Medien für die öffentliche Kommunikation zu nutzen. Als Hindernis auf dem Weg zu einer breiten Rezeption in den jeweiligen Landkreisen und darüber hinaus erwiesen sich abermals die prekäre finanzielle Lage der Partei sowie fehlende personelle Ressourcen und fachliche Kompetenz. Eine eigene Zeitung des Landesverbandes erschien erstmals 2007 und sollte fortan alle zwei Monate „Mitglieder und Interessierte über einen Teil der laufenden Aktivitäten des Landesvorstandes bzw. der Kreisverbände informieren.“¹⁹⁹ Das kopierte Parteiblättchen wurde zum Teil als Beilage der „Deutschen Stimme“ an die Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt ausgeliefert. Bis 2008 erschienen insgesamt fünf Ausgaben. Seitdem konzentrierte sich die NPD bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit wieder auf die eigenen Internetseiten.

Die NPD-Fraktionen in den Kreistagen der Landkreise Harz und Burgenlandkreis verfügen über je eigene Webseiten.²⁰⁰ Der erste Eindruck, dass die Rechtsextremen das Internet in hohem Maße zur Vermittlung ihrer parlamentarischen Arbeit nutzen, wird bei einer landesweiten Betrachtung korrigiert. Nur die beiden genannten Fraktionen betreiben eigene Auftritte im World Wide Web, alle anderen Einzelmandatsträger und Zusammenschlüsse der NPD nutzen - in unterschiedlicher Intensität – die Homepage des Landesverbandes.

Auf der Webseite der Harzer NPD-Fraktion, die im Juli 2007 online ging, wurden alle Anträge und Anfragen der Fraktion dokumentiert. Ein Counter informiert über die aktuelle Zahl der Beschlussvorlagen sowie der mündlichen und schriftlichen Anfragen der NPD. Zur Kontaktaufnahme findet sich eine Email-Adresse. Interessierte Nutzer haben ferner die Möglichkeit, sich in den Verteiler für einen digitalen „Infobrief“ einzutragen. Die Linkliste ist mit zehn Einträgen kurz gehalten und verweist zu den Internetauftritten der NPD und ihren (regionalen) Untergliederungen sowie zur parteieigenen Zeitung „Deutsche Stimme“.

Die Fraktion war bis zum Frühjahr 2009 bemüht, die Inhalte stets aktuell zu halten. Danach nahmen ebenso wie im Kreistag die Aktivitäten deutlich ab. Zeitnah wurde über die Kreistagssitzungen aus der Perspektive der NPD-Man-30.000 Besucher, im Januar 2009 waren es über 61.300 und Ende Juli 2010 knapp 74.000. Bedingt durch das Medium

195 Zitiert nach Grimberg, Steffen 2007: Echter Harzer Käse. Zu den anstehenden Kommunalwahlen stellt die „Mitteldeutsche Zeitung“ ganz unkritisch auch die Kandidaten von Republikanern und NPD vor, 13.04.2007, <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/04/13/a0240>, eingesehen am 06.01.2010.

196 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

197 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Harzkreis am 28.11.2007.

198 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung 2008: Geldstrafe für NPD-Chef im Kreistag Harz. Michael Schäfer wird wegen Beleidigung verurteilt, 19.09.2008, <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1221803689240>, eingesehen am 14.10.2008.

199 Vgl. NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt: „NPD Sachsen-Anhalt“ (NPD-Sachsen-Anhalt - Wir informieren), 2007-2008, o. O.

200 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz, <http://www.npd-fraktion-harz.de>, eingesehen am 10.10.2008 und NPD-Fraktion Burgenlandkreis, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/>, eingesehen am 27.07.2010 bzw. <http://www.npd-fraktion-burgenlandkreis.de>, eingesehen am 20.08.2010.

Internet lassen sich jedoch keine fundierten Aussagen über die Reichweite des extrem rechten Angebotes treffen.

Ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis, der die Aktivitäten der extremen Rechten in der Region kontinuierlich verfolgt und mehrmals pro Woche die Homepage aufruft, schätzt die öffentliche Wirkung des NPD-Webauftritts als eher gering ein: „Und wenn ich dann so Zugriffe zwischen 40 und 60 entdecke, dann weiß ich, davon sind mindestens 30 von Beob-

achtern von außen. Dann reduziert sich das schon doch sehr erheblich. [...] Ich denke, die NPD-Internetseiten sind auch weitgehend für das eigene Klientel vorhanden, und zur Stärkung der eigenen Truppen.“²⁰¹



Klebebutton zur Bundestagswahl 2009

Die NPD-Fraktion im Burgenlandkreis nutzte für ihre Berichterstattung bis zum Sommer 2010 eine Unterseite des Internetauftritts des Kreisverbandes.²⁰² Inzwischen hat die Fraktion eine eigene Website.²⁰³ Auf den Seiten finden sich Namen und Bilder der drei Fraktionsmitglieder. Wie auch im Harz dokumentiert die NPD ihre eigenen Anträge und Anfragen und berichtet ferner von den vergangenen Sitzungen des Kreistages.

Der Counter verzeichnete im Juli 2010 eine Zugriffszahl von über 25.000 Klicks. Links zu anderen Gliederungen der NPD suchte man auf der Unterseite vergeblich, lediglich ein Werbebanner führt den Besucher zur Homepage der „Deutschen Stimme“. Auf der neuen Fraktionsseite ist mittlerweile ein Link zu kommunalen Gliederungen im Burgenlandkreis sowie zur NPD-Fraktion im Kreistag des Harzkreises zu finden.

In den NPD-eigenen Printmedien kamen Michael Schäfer, Tobias Anders und Andreas Karl zu Wort. Die „Deutschen Stimme“ publizierte im Untersuchungszeitraum einen Artikel des Harzer Fraktionsvorsitzenden, der sich den „Erfolgen“ der NPD-Fraktion nach einem Jahr parlamentarischer Arbeit im Kreistag Harz widmete.²⁰⁴ Hierbei handelte es sich um den neuerlichen Abdruck eines Berichts, der bereits im August 2008 auf die Fraktionshomepage gestellt wurde.²⁰⁵ Hinzu kommt ein Interview mit Schäfer in der Dezemberausgabe 2007 der „Deutschen Stimme“ in Folge seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“.²⁰⁶ In der zweiten Ausgabe der JN-Schülerzeitung „Jugend rebelliert“, die Ende 2007 erschien, findet sich unter der Überschrift „Jugend in den Parlamenten!“ ein Interview mit den beiden NPD-Kreistagsmitgliedern aus dem Harz.²⁰⁷

201 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 18.03.2009.

202 Vgl. NPD-Kreisverband Burgenlandkreis: <http://www.npd-burgenlandkreis.de>, eingesehen am 05.12.2009.

203 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises 2010: <http://www.npd-fraktion-burgenlandkreis.de>, eingesehen am 21.08.2010.

204 Vgl. Schäfer, Michael 2008: Stachel im Fleisch der Etablierten. Ein Jahr NPD in den Kreistagen von Sachsen-Anhalt – Zeit für Grundsätzliches, in: Deutsche Stimme 10/2008, S. 8.

205 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008b: Ein Jahr NPD in den Kreistagen von Sachsen-Anhalt – Zeit für Grundsätzliches, 26.08.2008, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz/content/view/165/46/>, eingesehen am 15.10.2008.

206 Vgl. Schäfer: Nationalismus, S. 3.

207 Vgl. Schäfer, Michael/Anders, Tobias 2007: Jugend in den Parlamenten! In: Jugend Rebelliert 2/2007, S. 4. Eine flächendeckende Verbreitung der Publikationen ließ sich nicht feststellen. So soll die Schülerzeitung in Halle, Quedlinburg, Leuna, Dessau-Roßlau, Güterglück, Brettin, Staßfurt und Köthen im Umfeld von Schulen und an öffentlichen Plätzen verteilt worden sein, vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009, S. 196.

Knapp ein Jahr nach der konstituierenden Sitzung des Kreistages veröffentlichte die NPD-Fraktion im Harz Kreis ihr – nach eigenen Angaben – erstes Flugblatt²⁰⁸ und baute damit „die Öffentlichkeitsarbeit aus.“²⁰⁹ Auf der Vorderseite findet sich in großen Lettern der Slogan „Endlich auch bei uns. Frischer Wind im Kreistag Harz!“. Unter der Überschrift „Zwei gegen Alle“ stellen Schäfer und Anders ihren persönlichen und politischen Werdegang sowie ihre Themenschwerpunkte vor, die sich mit den oben aufgeführten Angaben von der Fraktionshomepage decken. Auch auf der Rückseite werden in deutlichen Worten jene Positionen wiederholt, die bereits zuvor in verschiedenen Texten anklangen:

Durch den Einzug der NPD in den Kreistag seien die „Altparteien“ nicht mehr unter sich und könnten daher „nicht mehr jede Sauerei gegen den Willen der Harzer einfach durchwinken.“ Die Anwesenheit der beiden rechtsextremen Mandatsträger habe für so viel „Aufruhr“ gesorgt, dass „die Pseudodemokraten eine Erklärung [verabschiedeten], die der Volkskammer würdig ist und durchblicken lässt, dass die Prinzipien Meinungsfreiheit und Demokratie noch nicht von jedem Kommunalpolitiker begriffen wurden.“ Daran schließt sich eine Auflistung der von der NPD-Fraktion aufgegriffenen Themen an: Gentechnik und Umweltschutz, Armutsbekämpfung, Gedenken an die „Opfer des SED-Terrors“, Überprüfung auf Stasi-Tätigkeit usw. Abschließend verweisen die Verfasser des Flugblattes auf die im Vergleich zu den demokratischen Fraktionen hohe Intensität der parlamentarischen Arbeit der NPD-Fraktion und bieten mittels eines abzutrennenden Kontaktformulars Interessierten die Zusendung weiterer Informationen an.

Der Einschätzung des Vertreters der Bündnisgrünen zufolge wurde das Flugblatt großflächig an die Haushalte im Landkreis Harz verteilt. Mitglieder der demokratischen Parteien erhielten den NPD-Flyer nach seiner Erinnerung ebenfalls, was die anderen Fraktionsvertreter in den Interviews jedoch nicht erwähnten.²¹⁰

Die Kreisverbände von NPD und JN führten im Kommunalwahlkampf 2009 Kundgebungen und Infostände in der Region durch. „An Wahlständen haben sie auch nur das allgemeine Material oder an Informationsständen, was von der NPD ist, aber aus der Kreistagsarbeit absolut nichts“, so die Beobachtung des Kreistagsmitglieds von Bündnis 90/die Grünen.²¹¹

Mit zwei Vorlagen versuchte die NPD-Fraktion im Harz die öffentliche Wahrnehmung des Kreistages, und damit wohl auch ihrer Arbeit, zu verbessern. Mit Verweis auf weitestgehende Transparenz der eingebrachten Anträge und Beschlüsse im Kreistag forderte sie einmal zur zügigen Einrichtung des Kreistagsinformationssystems im Internet auf, um den Bürgern eine „objektive Informationsquelle“ zur Verfügung zu stellen,²¹² und im März 2008 machte sich Michael Schäfer für die „filmische Dokumentation des parlamentarischen Betriebes“ stark und bot für die Ausstrahlung gleich noch die Webpräsenz der NPD-Fraktion zur kostenfreien Nutzung an.²¹³

5. Parlamentarische Aktivitäten der NPD-Fraktionen

Die NPD ist nach ihren Erfolgen bei den Kommunalwahlen 2007 mit einer klaren Kampfansage an die Mandatsträger/innen der demokratischen Parteien angetreten:

208 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008d: Frischer Wind jetzt auch im Harz, <http://www.server100.de/media/Flugi.pdf>, eingesehen am 15.10.2008.

209 Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008e: NPD-Fraktion baut Öffentlichkeitsarbeit aus, 24.06.2008, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz//content/view/152/56/>, eingesehen am 15.10.2008.

210 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Harz Kreis am 18.03.2009.

211 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Harz Kreis am 18.03.2009.

212 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 119/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Kreisinformationssystem.

213 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 152/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Filmdokumentation.

214 Michael Schäfer in einer Pressemitteilung der NPD vom 12.06.2007.

„Wir sind die jüngsten Kreistagsabgeordneten und werden zeigen, dass wir als junge, idealistische und freiheitsliebende Menschen einiges verändern können. Uns ist klar, dass wir nicht gewählt wurden, um uns auf das Niveau der BRD Blockparteien herabzulassen. Wir werden sachpolitische und weltanschauliche Oppositionsarbeit leisten und dafür sorgen, dass die Systemlinge den Kreistag nicht mehr als Selbstbedienungsladen oder Kungelbude missbrauchen können.“²¹³

In den zweieinhalb Jahren seit der Konstituierung der drei untersuchten Kreistage ist diese Ansage sowohl im Auftreten der NPD-Mandatsträger als auch in Art und Umfang ihrer Arbeit sehr unterschiedlich umgesetzt worden. Im Unterschied zur DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und der sächsischen NPD-Landtagsfraktion weisen die rechtsextremen Fraktionen in den untersuchten Kreistagen eine personelle Kontinuität sowie eine innere Geschlossenheit auf. In der Intensität ihrer parlamentarischen Initiativen unterscheiden sich die drei NPD-Fraktionen jedoch erheblich.

5.1. Anträge

Entgegen der Ankündigungen im Vorfeld der Kommunalwahlen blieb die NPD im Salzlandkreis auf der Ebene der Kreistage weitgehend inaktiv. Ihre Mandatsträger waren zwar regelmäßig anwesend – Philipp Valenta fehlte bei 20 Sitzungen des Kreistages zweimal, Heidrun Walde einmal – und nahmen als beobachtende Mitglieder auch an diversen Sitzungen der Kreistagsausschüsse teil, stellten jedoch im Untersuchungszeitraum lediglich einen Antrag auf den Kreistagssitzungen.

Im Harzkreis und im Burgenlandkreis nahm die NPD-Fraktionen ihre Ankündigungen aus dem Wahlkampf ernster und traten mit einer Vielzahl von Anträgen zu verschiedenen Themenfeldern in Erscheinung. So präsentierten sie sich nach außen als die aktivsten Fraktionen in den beiden Kreistagen, die bürgernah und kompetent für die Belange der Bevölkerung streiten. Zugleich unterstellten sie damit den sogenannten „etablierten Parteien“ Bürgerferne, Korruption und Inkompetenz. Darüber hinaus stellte die NPD mit ihren Anträgen auch deutlich ihre neonazistische Ideologie sowie ihre fundamentale Ablehnung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik unter Beweis.

Im Untersuchungszeitraum vom 01. Juli 2007 bis zum 31. Dezember 2009 brachten Schäfer und Anders im Harzkreis insgesamt 39 Anträge sowie Karl, Gratzke und Battke im Burgenlandkreis 20 Anträge ein – in beiden Fällen mehr als alle anderen Fraktionen und Einzelmitglieder der Kreistage zusammen. So reichte im Harz die Fraktion Die Linke 15 (im Burgenland 7), die von Bündnis 90/Die Grünen 9 (im Burgenland 1), die von der FDP 5 (im Burgenland 3), die von der SPD 2 (im Burgenland 2) sowie die CDU-Fraktionen jeweils einen Antrag ein.²¹⁵ Bei 22 Sitzungen im Harzkreis entspricht dies im Durchschnitt annähernd zwei Anträgen der NPD-Fraktion pro Versammlung, wobei die Zahl der eingebrachten Beschlussvorlagen mit fortschreitender Legislatur abgenommen hat. In den zehn Sitzungen im Jahr 2009 reichte die NPD nur noch drei Anträge ein. Dass die NPD-Fraktion im Harzkreis nach dem Jahreswechsel 2008/2009 ihre Aktivitäten zurückfuhr, liegt nach Meinung des Vertreters der SPD-Fraktion in den Auseinandersetzungen innerhalb des NPD-Landesverbandes begründet.²¹⁶

Die Beschlussvorlagen der NPD im Burgenlandkreis hingegen verteilten sich relativ gleichmäßig auf die 16 Sitzungen des Kreistages. Im Durchschnitt lag hier in jeder Sitzung ein Antrag vor.

²¹⁵ Alle eingereichten Beschlussvorlagen der Fraktionen in Halberstadt lassen sich über das Ratsinformationssystem der Verwaltung des Kreistages des Landkreises Harz recherchieren. Vgl. Landkreis Harz 2010: Kommunaler Sitzungsdienst, <http://www.kreis-hz.de/?id=118083000591>, eingesehen am 03.01.2010.

Die Beschlussvorlagen der Fraktionen im Kreistag des Burgenlandkreises lassen sich aus den öffentlichen Sitzungsmitteilungen zusammensetzen.

Vgl. die Niederschriften der 16 Sitzungen des Kreistages Burgenlandkreis im Zeitraum vom 17. Juni 2007 bis 14. Dezember 2009.

²¹⁶ Vgl. Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion am 11.05.2009.

Die vergleichsweise hohe Zahl der NPD-Anträge in beiden Landkreisen resultiert allerdings auch aus dem Mehrfacheinbringen gleicher oder ähnlicher Anträge.

So hatte die NPD-Fraktion im Burgenlandkreis auf der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 16. Juli 2007 einen Antrag zur Senkung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Kreistages vorgelegt, der von der Mehrheit abgelehnt wurde.²¹⁷ Den gleichen Antrag legte Andreas Karl nochmals auf den Sitzungen am 21. April 2008,²¹⁸ am 15. Dezember 2008²¹⁹ sowie am 22. Juni 2009²²⁰ vor. Auch diesmal lehnte die Mehrheit den Antrag ab. Laut Geschäftsordnung des Kreistages darf ein abgelehnter Antrag nach einer Frist von sechs Monaten erneut gestellt werden. Geschickt nutzte die Naumburger NPD-Fraktion diese Regelung, um einerseits die angebliche Geldverschwendung der „etablierten Versager“ immer wieder zu thematisieren und sich als Interessenwahrer der Bevölkerung zu präsentieren.

So heißt es in einem Bericht Karls über die Kreistagssitzung am 21./23. April zum Antrag der NPD: „Ungefähr 30 Zuhörer konnten sich so genauestens informieren und erleben, wer wirklich etwas zum Positiven verändern will und wer nicht.“²²¹

Andererseits ging es der rechtsextremen Fraktion darum, einen Keil zwischen die Fraktionen der demokratischen Parteien zu treiben. So hatten Bündnis90/Die Grünen dem NPD-Antrag am 15. Dezember 2008 entgegen vorheriger grundsätzlicher Absprachen zugestimmt.²²²

Im Harzkreis führte die konsequente Anwendung der Geschäftsordnung des Kreistags durch die Vorsitzenden und die übrigen Mitglieder zur Mehrfachvorlage von Anträgen durch die NPD-Fraktion. Michael Haase regte in seiner Funktion als Kreistagsvorsitzender im Harzkreis in insgesamt zwölf Fällen an, die von der NPD-Fraktion eingereichten Vorlagen von der Tagesordnung abzusetzen. Paragraph 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung sieht vor, dass Anträge, die nicht in den Aufgabenbereich des Landkreises fallen, ohne Sachdebatte durch Geschäftsordnungsbeschluss vom Kreistag von der Tagesordnung abgesetzt werden können.

Vier der zwölf von dieser Regelung betroffenen Beschlussvorlagen reichte die NPD-Fraktion in der kommenden Sitzung in veränderter Fassung noch einmal ein. Einer dieser Anträge sah eine strikte Durchsetzung der deutschen Sprache als alleinige Umgangssprache in den Bildungseinrichtungen vor.²²³ Nach Hinweis des Kreistagsvorsitzenden in der Sitzung am 20. September 2007, dass die Zuständigkeit für den Politikbereich Bildung beim Land liege, brachte die NPD-Fraktion den Antrag in der folgenden Sitzung nun dergestalt ein, dass der Kreistag aufgefordert wurde, eine Resolution an die Landesregierung zu verabschieden, das Vorhaben über Erlasse des Kultusministeriums umzusetzen.²²⁴ Auch dieser Antrag wurde mit Verweis auf die Nicht-Zuständigkeit des Kreistages von der Tagesordnung genommen.

Ähnlich verfuhr der Kreistagsvorsitzende im Burgenlandkreis, Dieter Stier, der einen Antrag der NPD, bei der diese die Rechtslage in Deutschland unter der Annahme des Weiterbestehens des Deutschen Reiches überprüft wissen wollte, mit der gleichen Begründung schon nicht mit auf die Tagesordnung des Kreis Ausschusses nahm.²²⁵

217 Vgl. Änderungsantrag zur Satzung über die Entschädigung, in: Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis, S. 10.

218 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Beschlussvorlage 07/0069: Antrag der NPD-Fraktion zur Änderung der Entschädigungssatzung

219 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Beschlussvorlagen 08/0293 und 08/0294: Änderung der Entschädigungssatzungen, in: Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis, S. 11f.

220 Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009d: Kurzbericht zur Kreistagssitzung am 22. Juni 2009 in Naumburg, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?paged=2>, eingesehen am 30.05.2010.

221 Vgl. NPD-Fraktion im Burgenlandkreis 2009d.

222 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 15.12.2008.

223 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 48/2007, Antrag der NPD-Fraktion: Schulsprache: deutsch.

224 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 86/2007, Antrag der NPD-Fraktion: Resolution Schulsprache: deutsch.

225 Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008a sowie NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008b: Burgenlandkreistag erklärt sich unfähig durch stummen Landrat, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200809>, eingesehen am 24.06.2010.

Diese formalen Fehler könnten auf Unwissenheit der NPD-Mandatsträger in den beiden Kreistagen beruhen. Jedoch ist davon auszugehen, dass sowohl Michael Schäfer als Student der Politikwissenschaft als auch Andreas Karl mit seiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung über ausreichende Kenntnisse der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland verfügen. Daher liegt nahe, dass es den NPD-Fraktionen darum ging, ihre zentralen Themen in den Kreistag und damit in die Öffentlichkeit zu bringen.



„Nationale“ Führungskraft: Michael Schäfer, Kommunalpolitiker, Student, Jugendfunktionär

In Halberstadt ging es der NPD um ihre zentralen Positionen zu Migration und Asyl in der Öffentlichkeit. Obwohl der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an der Gesamtbevölkerung in Sachsen-Anhalt bei knapp 2,0 % liegt,²²⁶ stimmen einer Umfrage zufolge über 35 Prozent der Bevölkerung Sachsen-Anhalts fremdenfeindlichen Aussagen zu.²²⁷ Die NPD greift zielgerichtet diese Ressentiments auf und übersetzt sie in parlamentarische Initiativen. So zwingt sie einerseits die demokratischen Parteien, zu der aufgeworfenen Thematik Stellung zu beziehen, und andererseits kann sie sich gegenüber ihren (potentiellen) Wählern als Interessenvertreterin darstellen. Die NPD greife, so ist es der Begründung zu dem Antrag zu entnehmen, „die Sorgen einiger Eltern auf, die eine durch ausländische Schüler verursachte Entfremdung beobachten.“²²⁸

In Naumburg wollte Andreas Karl in seinem Antrag mit der Übernahme von Ausführungen Christian Bärtels, Pressesprecher der „Deutschen Partei“ Thüringens und Mitglied der so genannten Reichsdeutschen, die revisionistische Geschichtspolitik der NPD sowie die deutliche Ablehnung des demokratischen Systems der Bundesrepublik verdeutlichen. Dabei suggeriert er mit dem Wortlaut des Antragstextes eine Ungültigkeit sowohl des Grundgesetzes als auch aller anderen gesetzlichen Vorschriften des „Besatzerkonstrukts“ Bundesrepublik:

„Es wird festgestellt, daß es immer mehr bekennende Staatsbürger des fortbestehenden, rechtsfähigen Staates Deutsches Reich gibt, dessen Rechtsnachfolger nicht die BRD ist.“ (Schreibweise im Original) Den Mandatsträgern auf allen parlamentarischen Ebenen droht Karl unmissverständlich: „Da Sie in Ihrer Funktion Bestandteil dieses sich im Kriegszustand zum Deutschen Reich und Volk befindlichen Systems sind, wird das wieder handlungsfähig gewordene Deutsche Reich gegen jede Handlung Ihrerseits vorgehen, die gegen international anerkanntes Recht verstößt und Sie persönlich (als Verantwortungsträger) zur Schadensersatzleistung heranziehen.“²²⁹

Nichtanerkennung des Grundgesetzes und die Propagierung des Fortbestands des (nationalsozialistischen) Deutschen Reiches sind maßgebliche ideologische Grundpfeiler weiter Teile des Rechtsextremismus in Deutschland.

226 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009: Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2009, Teil 2, Magdeburg, S. 92.

227 Vgl. hierzu z.B. Babka von Gostomski, Christian 2006: Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (2002–2006), Bielefeld, S. 22.

228 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 48/2007, Antrag der NPD-Fraktion: Schulsprache: deutsch.

229 Vgl. Christian Bärthel in NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008a.

Im Gegensatz zur NPD-Fraktion im Burgenlandkreis, die sich in ihren Anträgen und Anfragen eher allgemein auf die Interessen der Einwohner des Landkreises oder des „deutschen Volkes“ berief, suggerierte die NPD-Fraktion im Harzkreis in ihren Anträgen oder den Einbringungsreden immer wieder deutlich, dass sie damit konkrete Anliegen ihrer Wähler vorbringe.

In zwei Anträgen und je einer schriftlichen und einer mündlichen Anfrage widmete sich die NPD dem Stand der Umsetzung des Beschlusses zur „Überprüfung der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Harz auf inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in der ehemaligen DDR“, den die CDU-Fraktion am 20. September 2007 einbrachte und dem eine Mehrheit der Anwesenden zustimmte.²³⁰

Mithilfe eines Antrages wollte die NPD-Fraktion ein Jahr später erreichen, dass die Kreistagsverwaltung die Namen der Mandatsträger offen legt, die sich bis dato mit einer Überprüfung nicht einverstanden erklärt haben.²³¹ „Gerade bei diesem Thema“, so Schäfer in seiner Einbringungsrede, „haben wir sehr viele Zuschriften erhalten.“²³² Diese Behauptung Schäfers lässt sich ebenso wenig nachweisen wie das Gegenteil. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass aufgrund der geringen öffentlichen Aufmerksamkeit, die dem Kreistag im Allgemeinen und der politischen Arbeit der NPD-Fraktion im Besonderen zukommt, nur wenige Bürger von den Bemühungen der NPD Kenntnis erlangt haben.

5.2. Schriftliche und mündliche Anfragen

Neben den Anträgen machten die NPD-Fraktionen unterschiedlich rege Gebrauch vom politischen Instrument der schriftlichen und mündlichen Anfragen. Im Untersuchungszeitraum stellte die NPD im Salzlandkreis acht, im Burgenlandkreis 71 sowie im Harzkreis 84 Anfragen.

Stellte die NPD im Salzlandkreis ihre Anfragen alle direkt schriftlich an den Landrat, nutzten sie hingegen im Harz- und im Burgenlandkreis die Möglichkeit, mit den Anfragen ihre Themen in die Öffentlichkeit der Kreistagssitzungen zu bringen. Ebenso wie bei den Anträgen variierte auch hier die Häufigkeit bezogen auf die Sitzungen. So gingen allein zur zweiten Zusammenkunft des Kreistages im Harzkreis zwölf schriftliche Anfragen von der NPD bei der Kreistagsverwaltung ein. Ebenso wie bei den Anträgen lässt sich auch hier ein deutlicher Rückgang der Aktivitäten nach dem Jahreswechsel 2008/2009 feststellen. Im Burgenlandkreis brachte die NPD ihre Anfragen über den Untersuchungszeitraum gleichmäßiger verteilt ein, wobei auch hier im Einzelfall besonders viele Anfragen gestellt werden, so waren es auf den Sitzungen am 11. Februar 2008 zwölf und am 27. Oktober 2008 neun.

Die Anfragen im Salzlandkreis wurden mit einer Ausnahme alle von Heidrun Walde gestellt. Die mündlichen Anfragen im Harzkreis erfolgten durchweg von Schäfer. Die Masse an Anfragen durch die NPD-Fraktion diene einzig dazu, „die Verwaltung zu torpedieren“, so ein Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis.²³³ In Bezug auf die einzelnen parlamentarischen Aktivitäten der NPD-Politiker geht es seines Erachtens nicht um klassische parlamentarische Ziele: „Es geht gar nicht darum, eine andere Partei vom Inhalt zu überzeugen, sondern sie wollen eine Öffentlichkeit erzeugen.“²³⁴

Im Burgenlandkreis trug die mündlichen – mitunter auch die Begründungen zu schriftlichen – Anfragen ausschließlich Karl vor, wobei er hierfür konsequent jeweils zwei Möglichkeiten im Sitzungsverlauf nutzte. Zum einen

²³⁰ Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 40/2007, Antrag der CDU-Fraktion: Überprüfung der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Harz auf inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in der ehemaligen DDR.

²³¹ Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 214/2008,

Antrag der NPD-Fraktion: Überprüfung der Kreistagsmitglieder auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (II).

²³² Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 10. Sitzung des Kreistages am 09.07.2008, Tagesordnungspunkt 16: Antrag der Fraktion der NPD:

Überprüfung der Kreistagsmitglieder auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (II) (Vorlagen-Nr. 214/2008), S. 13.

²³³ Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

²³⁴ Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

ist dies die Rückfragemöglichkeit nach dem turnusmäßigen Bericht des Landrats zur Arbeit der Kreisverwaltung. Zum anderen ist es die Fragerunde der Kreistagsmitglieder an Verwaltung und Kreistagsvorstand am Ende jeder Sitzung. Mit immer wiederkehrenden Themenkomplexen nutzte die NPD-Fraktion gezielt die Kreistagssitzungen, um sich insbesondere gegenüber anwesenden Besuchern als „volksnah“ zu präsentieren: „Es ist nach wie vor so, dass die NPD versucht, Themen, die vermeintlich populär oder populistisch sind, als erste zur Sprache zu bringen [...]. Man hat da bewusst auch sicher das Publikum [...] genutzt, sich bei denen ins rechte Licht zu rücken.“²³⁵ Gleichzeitig gefällt sich Karl beim Vortrag seiner Anfragen in seiner Rolle als Provokateur gegenüber den anderen Abgeordneten im Kreistag: „Herr Karls Stimme, seine Formulierungen und seine Körpersprache sind provozierend“, beschreibt ein Vertreter der SPD-Fraktion das Auftreten des Rechtsextremen.²³⁶

5.3. Themen

Im Untersuchungszeitraum vom 1. Juli 2007 bis 31. Dezember 2009 befasste sich die NPD-Fraktion im Salzlandkreis mit ihrem einzigen Antrag zur Kreistagssitzung am 26. September 2007 aus dem Themenbereich Kultur und Bildung. Dabei handelte es sich um einen Änderungsantrag zur Gebührensatzung der Kreisvolkshochschule, mit dem die Anzahl der Kurse, die von Gebührenermäßigungen ausgeschlossen werden, verringert werden sollte. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.²³⁷

Die 20 Anträge der NPD-Fraktion im Burgenlandkreis befassten sich mit folgenden Politikbereichen:²³⁸ Kreistagsangelegenheiten (8), Geschichtspolitik (3), Arbeit, Soziales und Gesundheit (2), Umwelt und Energie (2), Inneres (2), Finanzen (1) sowie Kultur und Bildung (2). Sämtliche Anträge stellte Andreas Karl im Namen der gesamten Fraktion. Er hielt auch die Einbringungsreden. Die im Vergleich zu anderen Politikfeldern hohe Zahl an Anträgen zu Kreistagsangelegenheiten spiegelt mit der viermaligen Thematisierung der Aufwandsentschädigungen für Kreistagsmitglieder die Vorliebe des NPD-Fraktionsvorsitzenden, die demokratischen Mandatsträger als korrupt und unsozial zu denunzieren sowie die NPD als Interessenwahrerin des Volkes zu präsentieren, wider. In diesem Rahmen sind auch ein Antrag und fünf Anfragen zu sehen, die sich mit den Zahlungen von Fraktionszuschüssen im alten Kreistag des Burgenlandkreises befassen. Am 18. September 2005 musste die Kreistagswahl vom 13. Juni 2004 wiederholt werden, nachdem eine Beschwerde eingereicht worden war. Die Vereinigung „Freie Wähler“ hatte Kandidaten ohne deren Einverständnis auf die Wahllisten gesetzt.²³⁹ Seitdem wirft die NPD den anderen Parteien im Kreistag vor, zu Unrecht Fraktionszuschüsse für ihre Arbeit zwischen den beiden Wahlen bezogen zu haben.²⁴⁰ Die 39 Anträge der NPD-Fraktion im Harzkreis lassen sich folgenden Politikfeldern zuordnen: Umweltschutz (11), Arbeit, Soziales und Gesundheit (8), Geschichtspolitik (7), „Ausländer“/Migrationspolitik (3), Inneres (2), Kultur- und Bildungspolitik (2), Kreistagsangelegenheiten (2), Rechtsextremismusbekämpfung (2) sowie Jugend-, und Wirtschaftspolitik (je 1). Die Schwerpunktsetzung auf die Themen Umwelt, Soziales und Geschichtspolitik spiegelt einerseits die programmatische Neuausrichtung der NPD seit 1997 und andererseits die persönlichen politischen Präferenzen der beiden Mandatsträger wider. Etwa jeder dritte Antrag wurde von Tobias Anders unterzeichnet, für die übrigen trug Michael Schäfer die Verantwortung. Anders hielt in der Regel die Einbringungsreden zu den umweltpolitischen Anträgen, während Michael Schäfer sich auf die Felder Soziales, Geschichtspolitik und Inneres konzentrierte.

²³⁵ Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

²³⁶ Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 17.12.2007.

²³⁷ Die Kategorisierung der Beschlussvorlagen erfolgt in Anlehnung an Niemann, L.: NPD, S. 68f sowie Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2008: Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin, S. 57.

²³⁸ Vgl. Kreistag soll zu Prozess entscheiden, Mitteldeutsche Zeitung vom 21.05.2004,

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1174661680292&calledPageId=987490165154>, eingesehen am 20.05.2010.

²³⁹ Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008c: Kurzmeldung zur Kreistagssitzung des Burgenlandkreises in Naumburg am 27. Oktober 2008,

<http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200810>, eingesehen am 20.05.2010.

²⁴⁰ Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008c: Kurzmeldung zur Kreistagssitzung des Burgenlandkreises in Naumburg am 27. Oktober 2008,

<http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200810>, eingesehen am 20.05.2010.

Tab.: Anträge und Anfragen der NPD-Fraktionen nach Kreistagssitzungen

Monat	Salzlandkreis	Burgenlandkreis	Harzkreis
Juli 2007	Anträge: 0 Antrag: ²⁴¹ 0	Anträge: 3 Anfragen: 0	Anträge: 0 Anfragen: 0
August 2007	Anträge: / Anfragen: 1	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 0 Anfragen: 12
September 2007	Anträge: 1 Anfragen: 0	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 5 Anfragen: 11
Oktober 2007	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 2 Anfragen: 6	Anträge: / Anfragen: /
November 2007	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 5 Anfragen: 12
Dezember 2007	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 1 Anfragen: 0	Anträge: 3 Anfragen: 6
Januar 2008	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 3 Anfragen: 6
Februar 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 0 Anfragen: 10	Anträge: / Anfragen: /
März 2008	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 6 Anfragen: 8
April 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 1 Anfragen: 6	Anträge: 4 Anfragen: 5
Mai 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 1 Anfragen: 6
Juni 2008	Anträge: 0 Anfragen: 1	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /
Juli 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 1 Anfragen: 7	Anträge: 2 Anfragen: 4
August 2008	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /
September 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 2 Anfragen: 6	Anträge: 0 Anfragen: 5
Oktober 2008	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 1 Anfragen: 9	Anträge: 3 Anfragen: 2
November 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /
Dezember 2008	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 3 Anfragen: 4	Anträge: 2 Anfragen: 2
Januar 2009	Anträge: / Anfragen: 1	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 0 Anfragen: 0
Februar 2009	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /
März 2009	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 0 Anfragen: 6	Anträge: 0 Anfragen: 0
April 2009	Anträge: 0 Anfragen: 1	Anträge: 2 Anfragen: 3	Anträge: 0 Anfragen: 0
Mai 2009	Anträge: 0 Anfragen: 4	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 1 Anfragen: 4
Juni 2009	Antr: 0/0 ²⁴² Anfragen:0/0	Anträge: 2 Anfragen: 8	Anträge: 0 Anfragen: 0
Juli 2009	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /
August 2009	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 2 Anfragen: 1	Anträge: 1 Anfragen: 1

241 Sämtliche Anfragen der NPD-Fraktion im Kreistag des Salzlandkreises sind schriftlich an den Landrat gestellt und nicht in den Kreistagssitzungen thematisiert worden.

242 Im Juni 2009 traf sich der Kreistag des Salzlandkreises zu zwei Sitzungen

Monat	Salzlandkreis	Burgenlandkreis	Harzkreis
September 2009	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /
Oktober 2009	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 0 Anfragen: 5	Anträge: 0 Anfragen: 0
November 2009	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 0 Anfragen: 1
Dezember 2009	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 0 Anfragen: 0	Anträge: 1 Anfragen: 1
Gesamt	Anträge: 1 Anfragen: 8	Anträge: 20 Anfragen: 71	Anträge: 39 Anfragen: 84
Durchschnitt pro Sitzung	Antr.: 0,05 Anfr.: 0,4	Antr.: 1,13 Anfr.: 4,44	Antr.: 1,77 Anfr.: 3,82

Tab.: Anträge und Anfragen der NPD-Fraktionen nach Politikbereichen

Politikbereich	Salzlandkreis	Burgenlandkreis	Harzkreis
Ausländer und Migrationspolitik	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: 2	Anträge: 3 Anfragen: 2
Arbeit, Soziales und Gesundheit	Anträge: / Anfragen: 5	Anträge: 2 Anfragen: 16	Anträge: 8 Anfragen: 19
Finanzen	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 2 Anfragen: 5	Anträge: / Anfragen: /
Geschichtspolitik	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 3 Anfragen: 5	Anträge: 7 Anfragen: 4
Inneres	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 2 Anfragen: 8	Anträge: 2 Anfragen: 15
Jugend	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 1 Anfragen: 3
Kreistagsangelegenheiten	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 8 Anfragen: 15	Anträge: 2 Anfragen: 15
Kultur und Bildung	Anträge: 1 Anfragen: 3	Anträge: 1 Anfragen: 8	Anträge: 2 Anfragen: 3
Rechtsextremismusbekämpfung	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: 4	Anträge: 2 Anfragen: 12
Umwelt und Energie	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: 2 Anfragen: 4	Anträge: 11 Anfragen: 10
Verkehr	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: 1	Anträge: / Anfragen: /
Wirtschaft	Anträge: / Anfragen: /	Anträge: / Anfragen: 3	Anträge: 1 Anfragen: 1
Gesamt	Anträge: 1 Anfragen: 8	Anträge: 20 Anfragen: 71	Anträge: 39 Anfragen: 84

/ = keine Kreistagssitzung

Umwelt- und Energiepolitik

Mit elf von 39 Anträgen (hinzu kamen acht Anfragen) griff fast jede dritte Vorlage der NPD im Harzkreis den Politikbereich Umwelt auf. Thematisch befassten sich die Anträge der NPD-Fraktion im Harz mit dem freiwilligen Verzicht der Landwirte auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie die Verwendung gentechnisch veränderter Lebensmittel in den kreiseigenen Einrichtungen. In weiteren Anträgen forderte die Fraktion die Verwaltung des Landkreises auf, alle kreiseigenen Stromverbraucher auf erneuerbare Energien umzustellen bzw.



Moderne Themen – alte Ideologien

eigene Projekte und Maßnahmen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 zu entwickeln. Ziel sei es, „eigene Handlungsfelder im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege zu ermöglichen.“²⁴³ Ferner soll die Verwaltung eine Informationskampagne zum Thema Klimaschutz „starten“, die im Wesentlichen aus der Veröffentlichung einer „Informationsbroschüre mit Fachinformationen und Praxisbeispielen“ bestehen sollte.²⁴⁴

Zwei Anträge widmeten sich dem Kalkabbau durch die Fels Werke GmbH in Elbingerode. Im März 2008 wurde zunächst die Durchführung einer Fachkonferenz gefordert, die über die Folgen für die Natur aufklären sollte.²⁴⁵ Nachdem der Kreistag dieses Vorhaben mehrheitlich abgelehnt hatte, wollte die NPD-Fraktion einen Monat später die Landesregierung in die Verantwortung nehmen, Strategien zu entwickeln, „wie der Harz vor übermäßiger Ausbeutung von Kalk geschützt werden kann.“²⁴⁶

Ebenfalls im Frühjahr 2008 forderte Tobias Anders den Landkreis auf, zu prüfen, „in wie weit Treibhausgas-Emissionen fortgeschritten sind bzw. wie stark eine Belastung vorliegt und wir die Verursacher sind.“ (Schreibweise im Original) Nach der Prüfung sollte „gegebenenfalls eine Reduzierung dieser CO₂-Emissionen“ betrieben werden.²⁴⁷ Entsprechende Gesetze zur Reduzierung der CO₂-Emissionen kann jedoch nur der Bund erlassen. Nachdem öffentlich bekannt wurde, dass in Asse II – einem ehemaligen Salzbergwerk nahe Salzgitter, in dem über mehrere Jahre radioaktive Abfälle eingelagert worden waren – Wasser eindrang, forderte die NPD-Fraktion am 13. Mai 2009, dass der Landrat „die Einwohner des Landkreises Harz monatlich über die Vorgänge im Atomwülf-lager ASSE II im Landkreis Wolfenbüttel“ informiert.²⁴⁸

Die NPD im Burgenlandkreis stellte zu umweltpolitischen Themen zwei Anträge (und vier Anfragen). Im Dezember 2007 forderte sie in der Debatte um Planungen der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft mbH (MIBRAG) zum Braunkohleabbau in der Region, dies „mit aller Entschiedenheit“ abzulehnen.²⁴⁹ In einem Antrag zur Kreistags-sitzung am 24. April 2009 beantragte Andreas Karl, im Burgenlandkreis „ab sofort nur noch Abfall und Müll [zu deponieren], der auch aus dem Burgenlandkreis stammt.“²⁵⁰ Hintergrund hierfür waren illegale Müllentsorgungen im Bereich der Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd.

Die Vorlagen der beiden NPD-Fraktionen zu umweltpolitischen Themen sind von unterschiedlicher Qualität. Während einige Anträge sehr kurz gehalten sind, finden sich bei anderen bis zu zweiseitige Begründungen. Ideologische Anklänge finden sich dabei in den Vorlagen kaum. Der Grund hierfür ist im Harz-kreis banal: Die Texte wurden entweder von demokratischen Fraktionen anderer Landkreise oder von Nichtregierungsorganisationen – zum Teil wortwörtlich – abgeschrieben.

243 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 109/2007, Antrag der NPD-Fraktion:

Entwicklung eigener Projekte und Maßnahmen der Lokalen Agenda 21 im Landkreis Harz.

244 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 120/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Informationskampagne zum Thema Klimaschutz.

245 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 153/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Fachkonferenz Kalkabbau.

246 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 172/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Bitte an die Landesregierung – Kalbabbau.

247 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 169/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Verringerung von CO₂-Emissionen.

248 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz, Beschlussvorlage 355/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Information der Bevölkerung des Landkreises über die Gefahren von ASSE II.

249 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages am 17.12.2007.

250 Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009c: Antrag zur heutigen Kreistags-sitzung am 27.04.2009 zum TOP 17 09/0356, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?cat=3>, eingesehen am 20.05.2010.

Die erste Beschlussvorlage, die überhaupt von der NPD-Fraktion vorgelegt wurde und die die „Einrichtung einer gentechnikfreien Region“ vorsah,²⁵¹ entstammt einem Musterantrag, der auf den Seiten des „Bundes für Ökologische Lebensmittelwirtschaft“ zu finden ist.²⁵² Die Begründung zur Vorlage „Entwicklung eigener Projekte und Maßnahmen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 im Landkreis Harz“ wurde wortwörtlich vom „Deutschen Institut für Urbanistik“ übernommen.²⁵³ Den Antrag „Erneuerbare Energien“ hatten Bündnis 90/Die Grünen bereits am 10. September 2007 in den Kreistag des Landkreises Bergstraße in Hessen eingebracht.²⁵⁴

Ebenfalls aus Hessen, genauer gesagt von der SPD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Rheingau-Taunus, stammt das Original zum Antrag „Verringerung von CO₂-Emissionen“.²⁵⁵ Während sich jedoch die hessischen Sozialdemokraten für eine Selbstverpflichtung des Kreises zur Reduzierung aussprachen, machte sich die NPD-Fraktion allgemein für eine Prüfung und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen stark. Die beiden Anträge zur Begrenzung des Kalkabbaus in der Harzregion hatten ihren Ursprung bei der Grünen-Fraktion im Landkreis Kleve, die sich mit den Folgen des Kiesabbaus in der Region auseinandersetzten.²⁵⁶

Im Burgenlandkreis übernahm die NPD in der emotional geführten Debatte zum Braunkohleabbau lediglich die Positionen von Bündnis90/Die Grünen, versetzte diese aber in den Redebeiträgen mit rechtsextremen Deutungsmustern. So begründete Andreas Karl seine ablehnende Haltung zur Erweiterung des Abbaugebiets im Sinne des völkisch und nationalistisch konnotierten Antikapitalismus der NDP: „Die Heimat muss vor internationalen Großkonzernen geschützt werden, weil diese amerikanischen Shareholder-Value-Heuschrecken uns ausbeuten und das Kapital an die Ostküste der USA transferieren.“ Der geplante Braunkohlebergbau sei eine „Enteignung von Grund und Boden, für den man Blut und Schweiß geopfert“ hätte. Jetzt gelte es, „unsere Heimat und Menschen [zu] schützen.“ Neben der ideologischen Darbietung wollte sich Karl in Abgrenzung zu den Abgeordneten der demokratischen Parteien zudem als Streiter für die Interessen der Bevölkerung präsentieren. Damit hatte er durchaus Erfolg, applaudierten doch Anwohner der vom Kohleabbau betroffenen Ortschaften während seiner gesamten Rede.²⁵⁷

Die Hoffnung, in der „Mitte der Gesellschaft“ Fuß fassen zu können, ist auch der Grund für die Übernahme gentechnikkritischer Forderungen von Umweltinitiativen durch die NPD, lehnen doch breite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung den Anbau gentechnisch veränderter Erzeugnisse sowie den Kauf entsprechender Lebensmittel ab. Der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern z.B. sah im Vertrieb gentechnisch veränderten Saatguts einen Auswuchs der Globalisierung. Die Verantwortung hierfür trügen insbesondere die USA und Kanada. Gegenüber den „gentechnikbefürwortenden Altparteien“ inszenierte sich die NPD als „die einzige Alternative“.²⁵⁸ Wie die NPD-Fraktionen im Harz und im Burgenlandkreis wenden sich unter dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz“ Rechtsextreme seit einigen Jahren verstärkt umweltpolitischen Themen zu. Sie veröffentlichen themenbezogene Zeitschriften und Flugblätter,²⁵⁹ engagieren sich in Bürgerinitiativen und bringen umweltpolitische Anträge in die Parlamente ein.

251 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz, Beschlussvorlage 36/2007, Antrag der NPD-Fraktion:

Prüfung der Einrichtung einer gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die Bauern im Landkreis Harz.

252 Vgl. Bund für Ökologische Lebensmittelwirtschaft o.J.: Antrag auf Prüfung der Einrichtung einer Gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die Bauern in Mustergemeinde, www.boelw.de/uploads/media/pdf/Themen/Gentechnik/FN_beschlussantrag_gfr_kommunen_APRIL08_fertig.doc, eingesehen am 03.01.2010.

253 Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2008: Der Beitrag des Naturschutzes zur Lokalen Agenda 21. Neuer Praxisleitfaden für Agenda-Akteure, 15.10.2008, <http://www.difu.de/index.shtml?archiv/texte/la21-praxisleitfaden.shtml>, eingesehen am 03.01.2010 sowie Deutsches Institut für Urbanistik 2003:

Lokale Agenda 21 und Naturschutz Praxisleitfaden, 09.01.2003, <http://www.difu.de/index.shtml?publikationen/abfrage.php3?id=642>, eingesehen am 03.01.2010.

254 Vgl. Kreistag des Landkreises Bergstraße: Vorlagen-Nr. 16/0676, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erneuerbare Energien für kreiseigene Liegenschaften betreffend.

255 Vgl. SPD-Unterbezirk Rheingau-Taunus o.J.: Anträge und Initiativen, <http://www.spdrk.de/antraege10.html>, eingesehen am 05.01.2010.

256 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag des Landkreises Kleve 2007: Fachkonferenz zum Thema Kiesbau, 14.05.2007,

<http://www.Gruene-im-Kreistag-Kleve.de/antraege/aktuelle-antraege/fachkonferenz-zum-thema-kiesabbau/index.html>, eingesehen am 05.01.2010.

257 Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis am 17.12.2007.

258 NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern o.J.: „Nein zur Gentechnik“, http://www.npd-mv.de/uploads/pdf/alt/fb_20070613_gentechnik.pdf, eingesehen am 05.01.2010.

259 So hat der rechtsextreme Mitgard e.V. inzwischen vier Ausgaben der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv. Das Magazin für gesamttheitliches Denken“ herausgegeben.

Im biologistischen Menschenbild der NPD ist das Volk eng mit der Natur verbunden, denn „[d]er Mensch ist Teil der Natur.“ So beklagt die NPD in ihrem Parteiprogramm u.a. eine „Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen“, „radikale Landschaftsveränderungen“ und die „Verstädterung von Dörfern“.²⁶⁰ Diese Entwicklungen sowie die „einseitige Ausrichtung an materiellen Werten und ökonomischen Zwängen“ würden in die „Vernichtung der traditionellen Bindungen und Kulturen“ mit dem Ergebnis münden, dass „[d]er Mensch [...] entfremdet und entwurzelt“ werde und er seine Identität verliere. Die Verantwortung für diese benannten Entwicklungen schreibt die NPD den „etablierten Parteien, Verbänden und Interessengruppen.“ zu.²⁶¹ Auch im NPD-Aktionsprogramm finden sich Forderungen zum Schutz der Umwelt: stärkere Nutzung alternativer Energien, Ausbau des Nah- und Fernverkehrs, härtere Strafen für „Natur-Kriminelle“, „staatlicher Arbeitsdienst für Kriminelle und Drogenkranke“ in der Forstwirtschaft sowie die Förderung bäuerlicher Familienbetriebe.²⁶² Um der Umweltzerstörung wirksam Einhalt zu gebieten, bedürfe es grundlegender Veränderungen in der Wirtschaftspolitik. So plädiert die Partei für regionale Wirtschaftskreisläufe und „heimische Qualitätsprodukte“.²⁶³ Hier werden die umweltpolitischen Ansätze der NPD in das Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“ integriert.²⁶⁴

Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik

Die „Soziale Frage“ steht seit Mitte der 1990er Jahre im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten der NPD und hat wesentlich zu ihrem erhöhten Mobilisierungspotential beigetragen. „Quittung für Hartz IV“ war eine der am stärksten plakatierten Losungen im sächsischen Landtagswahlkampf 2005. Ralf Ptak zufolge beruht die Sozialpolitik der NPD auf drei Säulen: Erstens, der Verringerung des Arbeitskräfteangebotes durch die Ausweisung von „Ausländern“, zweitens, der Stärkung des Mittelstandes und schließlich drittens, der Auflegung von Arbeitsmarktprogrammen.²⁶⁵ So will die NPD Deutschen ein Vorzugsrecht für Arbeitsplätze einräumen,²⁶⁶ „Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern.“²⁶⁷ Die NPD verbindet in ihrer Thematisierung des Sozialen zwei Aspekte: die Propagierung eines „Nationalen Sozialismus“ in Anlehnung an die NSDAP mit ihrer Konzeption der Volksgemeinschaft sowie die öffentliche Darstellung als „soziale Heimatpartei“²⁶⁸ für die ganze Bevölkerung. Dementsprechend sozial gibt sich die NPD daher auch in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Selbst ihre weitgehend passive und inaktive Fraktion im Salzlandkreis widmete dem Bereich „Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik“ ihre größte Aufmerksamkeit. Fünf der acht Anfragen, die Heidrun Walde und Philipp Valenta insgesamt an den Landrat Ulrich Gerstner gestellt haben, lassen sich hier einordnen. Sie befassten sich mit den Arbeitslosenzahlen und ABM-Maßnahmen, der medizinischen Grundversorgung, den Möglichkeiten zur Ausweitung der kostenlosen Schulspeisung, der Übernahme von Kosten zur Krankenversicherung durch den Landkreis sowie Maßnahmen zur Drogenprävention.²⁶⁹ Anträge zur Debatte und Initiierung konkreter sozialpolitischer Maßnahmen wurden jedoch nicht in den Kreistag eingebracht.

Der NPD-Fraktion im Burgenlandkreis präsentierte sich sozialpolitisch vor allem als Fürsprecher einer Gruppe von Hausbesitzern und Hartz-IV-Empfängern aus Zeitz, die als Besucher und Fragesteller bei mehreren Kreistagsitzungen anwesend waren. Vor den Sitzungen und in den Pausen wurden sie häufig von Andreas Karl begrüßt und erhielten Unterstützungsbekundungen, die sie mitunter während der Sitzungen im Gegenzug auch der

260 Vgl. NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm, Punkt 12.

261 Vgl. NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm, Punkt 12.

262 Vgl. NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm, S. 73f.

263 Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands o.J.: „Natur und Umwelt“, <http://www.npd-nordhausen.de/files/ThemenUmwelt.pdf>, eingesehen am 05.01.2010.

264 Vgl. NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm, S. 19f.

265 Vgl. Ptak, Ralf 2008: *Wie will die NPD die Arbeitslosigkeit beseitigen?*, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): *88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*, Schwalbach/Ts, S. 141-143, S. 141.

266 Vgl. NPD-Parteivorstand 2004: Parteiprogramm: Punkt 5.

267 Vgl. NPD-Parteivorstand 2004: Parteiprogramm: Punkt 7.

268 Vgl. die jüngste Präsentation der NPD auf ihren Internetseiten: <http://www.npd.de>, eingesehen am 26.06.2010.

269 Vgl. NPD-Kreistagsfraktion Salzland: *Anfragen vom 31.08.2007, 01.06.2008, 10.05.2009 und 31.05.2009.*

NPD erwiesen.²⁷⁰ Jenseits verbaler Verlautbarungen blieb Karl jedoch wenig konkret und zeigte keine Initiativen erhaltenen Unterstützungsbekundungen, die sie mitunter während der Sitzungen im Gegenzug auch der zur intensiven Behandlung der Problematik durch den Kreistag. Lediglich eine Vorlage (und zwei Anfragen) nahm auf die Anliegen der Zeitzer Bezug und forderte die Förderung von Kleinkläranlagen.²⁷¹ Ein weiterer Antrag der NPD-Fraktion befasste sich mit der kostenlosen Beförderung von Schülern der Klassenstufen 11 und 12 aus Hartz-IV-Familien.²⁷² Die insgesamt 16 Anfragen zu diesem Politikbereich beschäftigten sich ebenfalls fast ausschließlich mit dem Thema „Hartz IV“. Eine Anfrage griff aber auch die öffentliche Debatte über die so genannte Schweinegrippe auf und fragte nach den Gefahren der Impfung.²⁷³ Der Versuch, sich als „soziale Heimatpartei“ darzustellen, fand zudem seinen Ausdruck in der viermaligen Vorlage des Antrags auf Senkung der Aufwandsentschädigungen für die Kreistagsmitglieder.

Sechs Anträge hat die NPD im Harzkreis zur Gesundheits- und Sozialpolitik eingebracht. Im November 2007 beantragte sie die Erstellung eines Armut- und Reichtumsberichts für den Landkreis Harz. Auch in diesem Fall hat es sich die Fraktion leicht gemacht und als Vorlage einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Kreistag Bergstraße in Hessen genutzt.²⁷⁴ Ein dreiseitiger Antrag zur Bekämpfung des Ärztemangels im Landkreis, der am 29. Oktober 2008 zur Abstimmung gestellt wurde, stammte ursprünglich von der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.²⁷⁵ Am 1. September 2008 in das Landesparlament eingebracht, wurde er in den folgenden Wochen von den NPD-Frakturen in den Kreistagen der Landkreise Meißen und Nordsachsen übernommen.²⁷⁶ Nachdem „zahlreiche Gespräche“ ergeben hätten, „dass sehr große Unzufriedenheit unter den Kunden der KOBA herrscht und die lokale Berichterstattung als ‚realitätsfern‘ und ‚falsch‘ wahrgenommen wird“, wollte die NPD die Durchführung einer Umfrage unter den Kunden der Kommunalen Beschäftigungsagentur (KOBA) durchsetzen.²⁷⁷ Welche Fragen der „anonymisierte kurze Fragebogen (eine Seite)“ genau beantworten soll, ließ die NPD-Fraktion in ihrer Beschlussvorlage offen. Wie bei vielen anderen Anträgen auch, kämen nach Ansicht der NPD auf den Landkreis keine Kosten bei der Umsetzung dieses Vorhabens zu.

Angesichts des hohen Stellenwerts der „Sozialen Frage“ für die NPD insgesamt sowie in den Verlautbarungen der NPD-Frakturen in den drei untersuchten Kreistagen, fällt die tatsächliche Bilanz der Arbeit ihrer Mandatsträger mit gar keiner konkreten Initiative im Salzlandkreis sowie zwei Anträgen im Burgenlandkreis und sechs Vorlagen im Harz eher dürrig aus.

Geschichtspolitik

Die NPD im Harzkreis reichte von Juli 2007 bis Dezember 2009 insgesamt sieben Anträge ein, die sich dem Bereich Geschichtspolitik zuordnen lassen. Unter den fünf Anträgen der Fraktion zur 3. Sitzung des Kreistages, sah einer die „dauerhafte Entfernung von intoleranten, rassistischen und antisemitischen Denkmälern, Straßennamen usw. aus dem öffentlichen Leben“ vor.²⁷⁸ Gemeint waren damit jedoch nicht mögliche Relikte aus der Zeit des Nationalsozialismus, sondern Formen der Erinnerung an Karl Marx und Friedrich Engels im öffentlichen Raum.

270 Vgl. die Beobachtungsprotokolle der Sitzungen des Kreistages im Burgenlandkreis sowie Kreistag Burgenlandkreis: Niederschriften der Sitzungen des Kreistages vom 17.12.2007, 11.02.2008 und 21./23.04.2008.

271 Vgl. Antrag an den Finanzausschuss zur Sitzung am 08.06.2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?cat=3>, eingesehen am 20.05.2010.

272 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 3. Sitzung des Kreistages am 29.10.2007.

273 Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009f: Zur Schweinegrippenimpfung und den Impfstoff PANDEMRIX, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?p=185>, eingesehen am 20.05.2010.

274 Vgl. Kreistag des Landkreises Bergstraße: Vorlagen-Nr. 16/0362, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Armutbericht für den Kreis Bergstraße.

275 Vgl. Sächsischer Landtag: Drs. 4/13090, Antrag der NPD-Fraktion: Ärztemangel im ländlichen Raum wirksam bekämpfen.

276 Vgl. Gansel, Jürgen o.J.: CDU-Landräte sabotieren NPD-Vorschläge gegen Ärztemangel. Steinbach und Czupalla meinen, für die NPD-Anträge „Lokaler Aktionsplan und Runder Tisch gegen Ärztemangel“ in Meißen und Nordsachsen nicht zuständig zu sein, <http://www.artikel.stadtrat-delitzsch.info/?p=3>, eingesehen am 03.01.2010.

277 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 173/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Umfrage der KOBA zur Kundenzufriedenheit und für Verbesserungsvorschläge.

278 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 47/2007,

Antrag der NPD-Fraktion: Antrag auf dauerhafte Entfernung von intoleranten, rassistischen und antisemitischen Denkmälern, Straßennamen usw. aus dem öffentlichen Leben.

Hiermit sollte den Opfern der „marxistisch, leninistisch, stalinistischen ‚Diktatur des Proletariats‘“ genüge getan werden. In der achtseitigen Begründung des Antrages ist Schäfer bemüht, nachzuweisen, dass „Marx und Engels [...] weder Humanisten noch edle Kommunisten“ waren und berief sich dabei u.a. auf Konrad Löw und Papst Johannes Paul II., Hintergrund für diesen Antrag der NPD sei „das Bekenntnis der selbsternannten demokratischen [...] Parteien zur Bekämpfung von Rassismus, Intoleranz und Antisemitismus.“

Es ist zu vermuten, dass Schäfer hier auf die gemeinsame Erklärung aller demokratischen Fraktionen zum Umgang mit der NPD zur konstituierenden Sitzung des Kreistages anspielte. Eine Ablehnung des Antrages zeige, so die NPD, wie wenig den Demokraten „an der historischen Wahrheit gelegen ist.“²⁷⁹ Schäfer und Anders unterstellten den übrigen Mitgliedern des Kreistages somit eine Billigung der Verbrechen des Stalinismus, sollten sie dem Antrag der NPD nicht zustimmen.

Am 5. März 2008 beantragte Anders die Verlegung von „Stolpersteinen‘ für die Opfer der SED-Diktatur“ im Landkreis Harz. Die Ursprungsfassung dieser Beschlussvorlage stammt von der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag²⁸⁰ und „wanderte“ dann durch die vier Berliner Bezirksverordnetenversammlungen, in denen die NPD vertreten ist. Dies ist ein anschauliches Beispiel, wie die NPD sich bemüht, in der Öffentlichkeit eine Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen zu vermeiden. Ziel ist stattdessen eine Relativierung des Nationalsozialismus durch eine Gleichsetzung der Untaten der DDR mit jenen, die zwischen 1933 und 1945 begangen wurden. In der Begründung zu ihrem Antrag gibt die NPD zudem vor, mit ihrem Vorstoß dem Unmut in der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen. Dass für die Opfer der SED-Diktatur bisher keine Stolpersteine verlegt worden sind, „löst nicht nur bei den Besuchern und Touristen Erstaunen aus“ – in Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie im Harz, wenn man der NPD Glauben schenken will.

Innerhalb des Themenfeldes Geschichtspolitik nahm die Auseinandersetzung zur Überprüfung der Mandatsträger auf inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in der ehemaligen DDR breiten Raum ein. Von der CDU am 20. September 2007 beantragt²⁸¹ und mehrheitlich von den Kreistagsmitgliedern beschlossen, machte es sich die NPD-Fraktion in den folgenden Monaten zur Aufgabe, wiederholt den aktuellen Stand der Beschlussumsetzung beim Landrat zu erfragen und die Bekanntgabe der Überprüfungsergebnisse einzufordern. Am 5. März 2008 erkundigte sich Schäfer in Form einer Anfrage erstmals beim Landrat, ob alle Mitglieder des Kreistages überprüft worden seien und wie das Ergebnis ausfalle. Für den Fall, dass die Überprüfung aufgrund fehlender Einverständniserklärungen noch nicht bei allen Politikern erfolgt sei, forderte der NPD-Fraktionsvorsitzende die zahlenmäßige Aufschlüsselung der Säumigen nach Fraktionen.²⁸² In seiner schriftlichen Antwort auf diese Anfrage verwies Landrat Ermrich auf die Berichte der Beschluss- und Antragskontrolle. „Über den Fortgang der Umsetzung bis zur endgültigen Realisierung der Beschlüsse“ werde fortlaufend informiert, so der Landrat.²⁸³ Da Schäfer die Antworten zu dieser und anderen Anfragen ungenügend erschienen, reichte er für die nächste Kreistagsitzung die Anfrage mit dem Titel „Nachgehakt! – Bei zweifelhaften Antworten des Landrats nachgefragt!“ ein. (Schreibweise im Original) Den 13 Fragen stellte Schäfer eine populistische Ausführung zu den Rechten eines Kreistagsmitgliedes voran. So sei es Aufgabe der Mandatsträger „oft unangenehme Fragen [zu] stellen, um ihrer politischen Aufgabe nachzukommen.“ Die Verwaltung des Landkreises versuche „mit inkompletten, schwammigen oder informationslosen Antworten schwierigen Problemen aus dem Weg zu gehen.“ Im vorliegenden Fall beharrte

279 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 47/2007.

Antrag der NPD-Fraktion: Antrag auf dauerhafte Entfernung von intoleranten, rassistischen und antisemitischen Denkmälern, Straßennamen usw. aus dem öffentlichen Leben.

280 Vgl. Landtag von Mecklenburg-Vorpommern: Drs 5/985, Antrag der NPD-Fraktion: „Stolpersteine“ für Opfer der SED-Diktatur.

281 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 40/2007, Antrag der CDU-Fraktion: „Überprüfung der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Harz auf inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in der ehemaligen DDR.“

282 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Anfrage der NPD-Fraktion Nr. 57/2008, Stand der Stasiüberprüfung.

283 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Antwort auf die Anfrage der NPD-Fraktion Nr. 57/2008, Stand der Stasiüberprüfung.

Schäfer auf die Nennung der Fraktionen, die sich der Überprüfung verweigerten.²⁸⁴ Bei der nächstfolgenden Sitzung am 29. Mai 2008 stellte Schäfer eine mündliche Anfrage zur Problematik. Er behauptete, dass Holger Hövelmann, Innenminister Sachsen-Anhalts, in der DDR zum „Gesinnungsterroristen“ ausgebildet worden sei, was man damals noch „Politoffizier“ nannte.²⁸⁵ Am 9. Juli 2008 forderte Schäfer die Kreistagsverwaltung mit einem Antrag auf, die Namen derjenigen Mitglieder zu nennen, die sich bislang einer Überprüfung verweigert hätten.²⁸⁶

Das Manuskript seiner Einbringungsrede hat Schäfer später auf der Webseite der NPD-Fraktion veröffentlicht.

Darin heißt es: „Politik ist oft kompliziert und vielschichtig, aber in diesem Fall ganz einfach und klar zu vermitteln. [...] [B]is jetzt sind gerade einmal 35 Kreistagsabgeordnete dem Beschluss vom 20.09.2007 nachgekommen und haben ihre Einwilligung zur Überprüfung gegeben. Was die anderen 25 abhält entzieht sich meiner Kenntnis. Wir können doch nicht 25 ehemalige IM's oder Stasiverbrecher unter uns haben? Oder etwa doch? In der letzten Sitzung wollte der Landrat keine Auskunft über die Abgeordneten geben, da er nichts preisgeben möchte. [...]

Aber was möchte man auch von einem Landrat erwarten, der auf meine Anfragen hin, zugeben musste, dass er an keiner Veranstaltung zur Ehrung der Opfer des SED-Unterdrückungsterrors teilnimmt. [...] Meine Bitte an die 25 vermeintlichen IM's. Zeigen Sie den Bürgern draußen, dass die alten Unterdrücker nicht wieder an den Hebeln der Macht sitzen und geben Sie ihr Einverständnis ab. Die Menschen sehen was hier passiert, das merken wir durch die Zuschriften, die wir erhalten. Und die Kreistagsabgeordneten bitte ich, den Antrag anzunehmen und sich nicht zum Knecht der alten SED-Seilschaften zu machen. Die Menschen haben schon genug Misstrauen in Politik und Ämter, schüren sie es nicht noch, durch ihren verbottenen Hass auf alles Nationale und Patriotische.“²⁸⁷ (Schreibweise im Original)

Schäfer unterstellte all jenen 25 Mitgliedern des Kreistages, die, aus welchen Gründen auch immer, ihre Einverständniserklärung zur Überprüfung noch nicht abgegeben haben, dass sie „IMs“ oder „Stasiverbrecher“ wären. Auch hier berief sich die NPD auf Zuspruch, den sie aus der Bevölkerung erhalten habe. Der Antrag erhielt nur drei Ja-Stimmen und wurde somit mehrheitlich abgelehnt.²⁸⁸

Mit einem weiteren Antrag schwang sich die NPD zur Vertreterin der politisch Verfolgten in der ehemaligen DDR auf. In ihrer Vorlage vom 5. März 2008 forderte sie umfassende Informationen für jene Bürger, die aufgrund ihrer Verfolgung Anspruch auf eine Opferrente haben. Denn: „Bei Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises ließ sich feststellen, dass diese oftmals nur unzureichend über ein sie betreffendes Gesetz informiert waren.“²⁸⁹ Den wortgleichen Antrag hatte die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag bereits am 4. Oktober 2007 eingereicht.²⁹⁰



Michael Schäfer im Kommunalwahlkampf 2007 in Quedlinburg

284 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Anfrage der NPD-Fraktion Nr. 64/2008, Nachgeharkt! – Bei zweifelhaften Antworten des Landrates nachgefragt!

285 Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung vom 29.05.2008.

286 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 214/2008,

Antrag der NPD-Fraktion: Überprüfung der Kreistagsmitglieder auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (II).

287 NPD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Harz 2008f. npd-fraktion-harz/content/view/162/46/, eingesehen am 05.01.2010.

288 Vgl. Beobachtungsprotokoll der Sitzung vom 29.05.2008.

289 Vgl. Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 155/2008, Antrag der NPD-Fraktion: Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus über Opferrente aufklären.

290 Landtag von Mecklenburg-Vorpommern: Drs. 5/917, Antrag der NPD-Fraktion: Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus über Opferrente aufklären.

Diese Anträge sind hier klar ideologisch motiviert. Einerseits zielen sie auf die Provokation und Bloßstellung des politischen Gegners ab, insbesondere auf die Mitglieder der Fraktion Die Linke, andererseits implizieren sie eine Gleichsetzung der Shoah mit der Unterdrückung von Regimekritikern in der ehemaligen DDR.

Im Vorgehen und von den Inhalten ähnlich brachte auch die NPD-Fraktion im Burgenlandkreis drei geschichtspolitische Vorlagen in den Kreistag ein. Am 29. Oktober 2010 forderte sie die Überprüfung aller Mandatsträger auf eine frühere Mitgliedschaft bei der Staatssicherheit und beantragte hierzu eine namentliche Abstimmung. In der Kreistagsdebatte sprach Andreas Karl von „Millionen bespitzelter Menschen durch die Staatssicherheit“ und bezeichnet den DDR-Geheimdienst als „völkerrechtswidrig und unsozial.“²⁹¹ Obwohl der Kreisausschuss ohne Gegenstimmen die Initiative der NPD abgelehnt hatte, stellte die FDP auf der Sitzung des Kreistages einen Erweiterungsantrag, der schließlich von der Mehrheit der Abgeordneten beschlossen wurde. Wie auch im Harzkreis nutzte die NPD im Burgenlandkreis den Beschluss zur Stasi-Überprüfung für fünf Anfragen, die sich nach dem Stand der Durchführung erkundigten.

Die Ergebnisse der Überprüfung – bei einigen Mandatsträgern hatte sich eine frühere Mitarbeit bei der Staatssicherheit herausgestellt – gipfelte am 22. Juni 2009 in einem – allerdings im Kreistag nicht behandelten – Antrag, der zur Mandatsniederlegung eines betroffenen Kreistagsmitglieds führen sollte. In der schriftlichen Antragsbegründung präsentierte sich Andreas Karl, der als bekennender Reichsdeutscher die Demokratie der Bundesrepublik ablehnt und ihre Organe nicht anerkennt,²⁹² als Streiter für eben diese Demokratie: „Aus moralischen Gründen ist es so nicht vertretbar, daß ein ehemaliger Spitzel in einem demokratisch legitimierten Gremium wie einem vom Volke gewählten Kreistag vertreten ist.“²⁹³ Dieser Aussage folgten seitenlange Ausführungen zur Inhaftierung politischer Gegner in der DDR. Hierbei übernahm er, ohne die Quelle zu benennen, einen Online-Artikel Mara Schneiders von „news.de“.²⁹⁴ Im Anschluss fragte Karl moralisch empört: „Sollte man [...] nicht meinen, daß die Denunzianten jetzt, nach dem Untergang des verbrecherischen SED-Regimes, zur Rechenschaft gezogen werden?“²⁹⁵ (Schreibweise im Original)

Bereits auf der Kreistagssitzung am 27. April 2009 verknüpfte der NPD-Fraktionsvorsitzende zudem das Thema DDR-Aufarbeitung mit der für Rechtsextreme üblichen Relativierung des Nationalsozialismus sowie mit der Gleichsetzung von Gestapo und Staatssicherheit. Nachdem er die Entscheidung der Linken, einen ihrer Mandatsträger trotz Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit in Kreistag und Fraktion zu belassen, verurteilt hatte, führte Karl weiter aus:

„Man versucht immer heute noch in anderen Zusammenhängen, 80-, 90jährige Opas wegen Verbrechen, die vor 70, 80 Jahren geschehen sind, noch in Länder umher zu fliegen [Gemeint ist John Demjanjuk, der sich vor dem Landgericht München für seine Verbrechen als KZ-Aufseher zu verantworten hat.] [...] Wenn man sich vorstellen würde, hier würde ein ehemaliger Mann von der Gestapo [...] hier sitzen, stell ich doch fest, dass hier jemand von der Geheimpolizei oder von der Staatssicherheit [sitzt.]“²⁹⁶

Damit hatte Karl es geschafft, die Debatte um die Staatssicherheit sowohl für seine Angriffe gegen die „System-Parteien“ als auch durch die Gleichsetzung von DDR-Organen und NS-Organen den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

291 Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis am 29.10.2007.

292 NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008a.

293 Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009b: Antrag an den Innenausschuß zu seiner Sitzung am 11.06.2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200905>, eingesehen am 26.06.2010.

294 Schneider, Mara: Ein Staat jagt feindlich negative Objekte, <http://www.news.de/politik/782546383/ein-staat-jagt-feindlich-negative-objekte/1/ und /2/>, eingesehen am 26. Juni 2010.

295 Vgl. NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009b.

296 Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 27.04.2009.

Bewertung der Themensetzung

Wenngleich die beiden NPD-Fraktionen im Burgenlandkreis und im Harzkreis immer wieder Beschlussvorlagen und Anfragen einbringen, die diffuse Ängste in der Bevölkerung hinsichtlich einer vermeintlichen „Überfremdung“ der Bundesrepublik aufgreifen, thematisieren ihre Mandatsträger durchaus auch regionale Themen und Problemlagen, insbesondere in den Politikfeldern Soziales und Umwelt. Dies könnte u.a. mit der durchaus selbstkritischen Einschätzung des wenig erfolgreichen Kommunalwahlkampfes der NPD zusammenhängen. In ihren Flugblättern und Plakaten sowie bei Wahlkampfauftritten gingen die rechtsextreme Partei und ihre Kandidaten programmatisch nur selten über Parolen gegen Hartz IV, Globalisierung und Migration hinaus.

Zugleich versuchten die beiden NPD-Fraktionen, Schlüsselthemen der demokratischen Parteien aufzugreifen, diese damit in die Defensive zu drängen und letztlich in Rechtfertigungsnot zu bringen. Mehrfach betonte die NPD in der Nachbetrachtung der Kreistagssitzungen im Harzkreis, dass es beispielsweise der Linken nicht wirklich um die Verbesserung der Lebenslagen von sozial Schwachen oder Bündnis 90/Die Grünen nicht um den Umweltschutz ginge, denn schließlich hätten diese Fraktionen gegen die parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion gestimmt. Im Burgenlandkreis reichte diese Ansicht von der Selbstdarstellung als derzeit einzige Vertreter des Volkes bis hin zur Drohung:

„Wir sind gewiß, daß die Zeit kommen wird, wo die wahre Volksherrschaft wieder im Mittelpunkt der Politik für unser Volk stehen wird und deshalb werden wir weiterhin der Stachel im Fleisch der volksfeindlichen Politversager sein.!!!“²⁹⁷ (Schreibweise im Original)

6. Der Umgang der demokratischen Parteien mit der NPD in den Kreistagen

So unterschiedlich die NPD in den drei untersuchten Kreistagen agierte, so unterschiedlich war auch größtenteils der Umgang der demokratischen Parteien mit ihr. Die seit Beginn der Legislatur im Juli 2007 vorherrschende Passivität der rechtsextremen Fraktion im Kreistag des Salzlandkreises forderte die demokratischen Mandatsträger bisher nicht zu einer Stellungnahme heraus, während die parlamentarischen Aktivitäten einerseits wie die Provokationen und Angriffe andererseits in den Kreistagen des Burgenlandes und des Harzkreises für demokratische Abgeordnete eine in der parlamentarischen Arbeit immer wiederkehrende Herausforderung darstellten. Die folgende Untersuchung der Reaktionen auf die Präsenz rechtsextremer Abgeordneter in den Kreistagen des Burgenlandkreises, des Harzkreises und des Salzlandkreises beruht auf den Beobachtungsprotokollen zu den Sitzungen sowie den Interviews mit den Vertretern der demokratischen Parteien. Im Vordergrund standen hierbei insbesondere ihre Bewertungen von Person, Auftreten und Tätigkeit der NPD-Fraktionäre.

6.1. Das Hintergrundwissen zur NPD und ihren Mandatsträgern

Im Vorfeld der Konstituierung der Kreistage wurde das Thema Rechtsextremismus, insbesondere mit seinen regionalen Erscheinungsformen und der Programmatik NPD, von den Fraktionsvertretern der demokratischen Parteien sehr unterschiedlich gehandhabt. Dabei hatte das Wissen um den bevorstehenden Einzug der NPD in die Kreistage wenig Einfluss auf den Grad der Auseinandersetzung. Wie intensiv die Beschäftigung mit der extrem Rechten ausfiel, hing sehr von den persönlichen Prioritäten der Interviewten und dem bereits zuvor erfolgten Engagement gegen Rechtsextremismus ab.

²⁹⁷ NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009e: Kurzbericht zur Sitzung des Kreistages in Naumburg (BLK) 31. August 2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?cat=4>, eingesehen am 26.06.2010.

Als Kommunalpolitiker und ehrenamtlicher Bürgermeister im Burgenlandkreis setzte sich ein Vertreter der Fraktion Die Linke bereits vor den Kommunalwahlen 2007 mit dem Rechtsextremismus auseinander und organisierte entsprechende Veranstaltungen für Jugendliche.²⁹⁸ Auch ein Vertreter der SPD im Burgenlandkreis meinte, seine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus „geh[e] schon ein paar Jahre“, fast „so lange, wie es die NPD [vor Ort] gibt.“²⁹⁹ Der interviewte Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war seit 2005 im Naumburger Bündnis für Demokratie aktiv und hat sich in dessen Rahmen intensiv mit der NPD befasst.³⁰⁰ Ein Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag des Salzlandkreises hatte sich im Rahmen ihres Engagements in der offenen Jugendarbeit ebenfalls schon lange vor dem Einzug der NPD in den Kreistag mit der rechtsextremen Partei beschäftigt.³⁰¹ Der interviewte Vertreter der SPD-Fraktion im Salzlandkreis hatte „im Vorfeld mal eine Veranstaltung besucht an der Fachhochschule in Aschersleben. Ein Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis hatte mit Rücksicht auf sein Amt als Bürgermeister der Stadt Thale Dritte gebeten, ihm Material von den NPD-Wahlkampfständen zu besorgen. Der interviewte Vertreter der SPD-Fraktion im Harz verwies auf Schulungsangebote und Broschüren des SPD-Landesverbands. Da er bis zuletzt die Hoffnung hegte, „dass der Kelch an einem vorbeigeht“, beschäftigte er sich im Vorfeld der Kommunalwahlen jedoch nicht näher mit der NPD.“³⁰²

Einschätzungen zum NPD-Personal in den Kreistagen

Die demokratischen Mitglieder der drei Kreistage waren zumeist kaum in der Lage, die Mandatsträger der NPD politisch einzuordnen. Als ehrenamtliche Politiker bleibt nur wenigen Abgeordneten neben ihrer beruflichen Tätigkeit und der Arbeit im Kreistag die Zeit, sich eingehend mit dem rechtsextremen Personal zu befassen. In der Regel beschränkte sich daher ihr Wissen auf die persönlichen Erfahrungen im Wahlkampf und im Umgang mit der NPD während der Kreistags- und Ausschusssitzungen. Vereinzelt wurden auch regionale Aktivitäten der extremen Rechten wahrgenommen. Der interviewte Vertreter der CDU-Fraktion im Kreistag des Harzkreises bescheinigte der NPD deutliche organisatorische und personelle Schwächen. Der Wahlkampf sei von „Kommandos“ bestritten worden: „Das war ein kleiner Transporter und dann im rollenden System sind sie durch die Orte [...]. Und die Leute haben die natürlich teilweise auch als Fremdkörper empfunden.“³⁰³ Der Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis betonte die weitgehende Passivität der NPD außerhalb der Kreistagssitzungen:

„Das Schlagwort von Herrn Karl [...] ist ‚Taten statt Worte‘. Aber [...] es ist genau umgekehrt. [...] Die NPD entwickelt keine eigenen Aktivitäten über die Kreistagssitzung hinaus. [...] Ich habe nicht einmal wahrgenommen, dass wie in den früheren Jahren immer mal Kinderfeste stattfanden [...]. Herr Karl nutzt außerhalb des Kreistages allerdings eben auch gerne andere Veranstaltungen, wo viel Publikum ist, [...] um sich da an die Spitze der Bewegung zu setzen.“³⁰⁴

Nur wenige Mandatsträger verfügten über ein fundiertes Hintergrundwissen über die NPD-Kader in ihren Kreistagen. So beobachtet ein Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis seit Jahren die regionale neonazistische Szene. Er wusste die Mandatsträger der NPD im Harz einzuschätzen. Tobias Anders habe „eine große Affinität“ zur Kameradschaftsszene und „kommt auch daher – übrigens auch wie Schäfer. Das ist ja seine Quelle.“³⁰⁵ Im Salzlandkreis konnte ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Unabhängige Wählergemeinschaft, aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements gegen Rechtsextremismus über die persönlichen Hintergründe der NPD berichten: „[Philipp Valenta] ist ja Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten [...] und

298 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

299 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 15.12.2007.

300 Vgl. Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Burgenlandkreis am 05.12.2007.

301 Vgl. Interview mit zwei Vertretern der UWG Salzlandkreis sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Salzlandkreis am 25.10.2007.

302 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 04.10.2007.

303 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

304 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

305 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 27.09.2007.

[hat] ja auch eine interessante Vergangenheit als [...] quasi Schläger, Chef bei Demonstrationen.“³⁰⁶ Vom NPD-Fraktionsvorsitzenden im Burgenlandkreis, Andreas Karl, wussten Vertreter der Fraktion der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er nach den Kommunalwahlen 2007 vom Landesvorsitz der NPD abgelöst wurde. Der SPD-Vertreter benannte hierfür die NPD-internen Gründe. Zum einen sei dies die Quittung für die, aus Sicht der NPD eher enttäuschenden Wahlergebnisse gewesen. Zum anderen habe „Herr Karl die Beziehungen zu den ‚Freien Kameradschaften‘ wenig oder gar nicht gepflegt, [...] um da noch Klientel zu akquirieren.“³⁰⁷

In den Interviews gaben die befragten Fraktionsvertreter der demokratischen Parteien in den drei Kreistagen auch ihre Einschätzungen zu den NPD-Mandatsträgern wieder. Im Burgenlandkreis waren sich die Interviewten einig, dass nur Karl „so richtig im Vordergrund steht“³⁰⁸, wohingegen Battke und Gratzke weitgehend inaktive Mitläufer seien.

Ein Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beurteilte die beiden letzteren folgendermaßen: „Herr Battke tritt gelegentlich mal in Erscheinung, wie zum Beispiel als dieses Berufsverbot schief gegangen ist der Versuch des Landes, ihm die Lizenz als Bezirksschornsteinfeger zu entziehen.] Dann hat er natürlich Oberwasser und beleidigt auch einzelne Kreistagsmitglieder. Und Denis Gratzke ist [...] der Jüngste, und er ist sehr ruhig und noch der Sachlichste von den dreien. Aber ich denke, er wird einfach von den zwei anderen dominiert.“³⁰⁹ Selbst in den seltenen Fällen, bei denen sich Gratzke zu Wort meldete, traut ihm der Fraktionsvertreter von Bündnis 90/Die Grünen wenig Eigenständigkeit zu: „Wenn Denis Gratzke mal eine Frage stellt, dann ist es trotzdem Karl, der fragt – das höre ich. [...] Also, ich denke Karl benutzt ihn auch.“³¹⁰

Der Vorsitzende der NPD-Fraktion wurde durchweg als gefährlich eingestuft: „Herr Karl braucht das Podium, [...] er setzt sich auch über Regeln hinweg.“³¹¹ Er sei aggressiv und „offensiv im Auftreten“³¹². Ein Vertreter der SPD-Fraktion vermutete zudem, dass Karls Agieren während der Sitzungen gut vorbereitet ist: „Herr Karls Stimme, Formulierungen, Körpersprache sind provozierend, und zwar trainiert.“ Er sei „ein Mensch, der 15 oder mehr Jahre im rechten Lager ideologisch geschult worden ist.“³¹³ Seine ständigen Provokationen und Regelverletzungen belasteten die anderen Kreistagsmitglieder auch emotional: „Es ist sehr unangenehm mit ihm in diesem Kreistag zusammen zu sitzen.“³¹⁴

Im Harzkreis stimmten alle Befragten darin überein, dass Schäfer der Intelligentere von beiden sei und die Führungsrolle innerhalb der Fraktion übernommen habe. Anders galt als „weitgehend unselbständig“³¹⁵, ihm komme die Rolle des „Zuträgers“ von Informationen aus den Ausschüssen zu.

Der Vertreter der SPD-Fraktion stufte Schäfer als „fanatisch“ ein, der klare politische Ziele verfolge.³¹⁶ Dass Schäfer Politikwissenschaft studiert, war allen Fraktionsvorsitzenden bekannt und gilt für einige von ihnen als Beleg, dass der Rechtsextremismus qualitativ eine neue Stufe erreicht habe. Matthias Heyder, der als Immobilienmakler professionell agiere und von seinen Klienten geschätzt werde,³¹⁷ trete seriöser auf, sei „[n]och mehr Wolf im Schafspelz.“³¹⁸

306 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Salzlandkreis am 18.05.2009.

307 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 15.12.2007.

308 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

309 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 17.03.2009.

310 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

311 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke am 05.12.2007.

312 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

313 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 15.12.2007.

314 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 17.03.2009.

315 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 27.09.2007.

316 Vgl. Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 04.10.2007.

317 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 27.09.2007.

318 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 04.10.2007.

Ebenso wie andere Demokraten ist der FDP-Fraktionsvertreter der Meinung, dass die zweiköpfige NPD-Fraktion „von außen gesteuert“ werde,³¹⁹ ohne die „Strippenzieher“ namentlich benennen oder organisatorisch verorten zu können. Den rechtsextremen Kreistagsmitgliedern wird zugute gehalten, dass sie „professioneller als andere“ rechtsextreme Mandatsträger arbeiten.³²⁰

Vor der Konstituierung des Kreistages im Salzlandkreis vermuteten die dort interviewten Fraktionsvorsitzenden ebenfalls eine professionelle Arbeit der NPD-Fraktion, zumindest was Philipp Valenta angeht. Er sei „ein durchaus intelligenter Mensch. Der studiert hier, [...] ist also durchaus kein intellektueller Tiefflieger.“³²¹

Daher erwartete auch der Vertreter der Fraktion Die Linke, „beispielsweise keine rassistischen Äußerungen“, da Valenta zu klug sei um sich zu „entblößen“ oder mit „plumpen Parolen“ zu agieren.³²²

Ähnlich sah das auch ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – UWG, und ging davon aus, „dass er sehr gut geschult ist [...] und [...] politisch schon gefährlich werden kann.“³²³

Eine Einschätzung zu Heidrun Walde zu geben, fiel den Interviewten aufgrund ihrer relativen Unbekanntheit deutlich schwerer. Ein Vertreter der Fraktion Die Linke „erwarte[te] [...] da nicht so viel.“³²⁴

Der Fraktionsvertreter der FDP vermutete, dass sie im Vergleich zu Valenta „relativ wenig sagen“ werde.³²⁵ Insgesamt wurden Walde keine kommunalpolitischen Kompetenzen zugetraut. Vielmehr mache sie „den Eindruck einer Hausfrau, die dort von der Partei vorgeschickt wird.“³²⁶

Bewertung der parlamentarischen Aktivitäten

Die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Kreistag des Burgenlandkreises unterschieden sehr deutlich zwischen den Auftritten des NPD-Personals während der Sitzungen und der Qualität ihrer parlamentarischen Initiativen. Während die Interviewten das Agieren der Rechtsextremen als wohl überlegte Provokationen deuteten, vermochten sie trotz der zahlreichen Anträge und Anfragen keine kommunalpolitische Kompetenz der rechtsextremen Fraktion erkennen.

Karl, Battke und Gratzke ginge es „überhaupt nicht um eine sachliche Arbeit.“ Es handele sich, so ein Vertreter der FDP, „klar [um] ein Vorgaukeln von Kompetenz, weil sie sich mit den sachlichen Dingen überhaupt nicht beschäftigen.“³²⁷ Ein Vertreter der Fraktion Die Linke bewertete die Anträge der NPD als plakativ. Sie seien „immer wieder das Gleiche“ und „wenig inhaltlich untersetzt.“³²⁸ Ein Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hielt die Initiativen der rechtsextremen Partei „für nicht unbedingt bereichernd.“³²⁹ Der Vertreter der FDP-Fraktion bewertete die Aktivitäten der NPD als „eine Arbeit [...], die einfach nicht geeignet ist, eine sachliche kommunalpolitische und vor allem demokratische Politik zu betreiben.“³³⁰

Nichtsdestotrotz fiel die Bewertung der Themenwahl durch die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Burgenlandkreis differenzierter aus. Obwohl sie nur „Trittbrettfahrerthemen“³³¹ seien, solle man die Anträge der NPD „trotzdem nicht unterschätzen.“³³²

319 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Harzkreis am 28.11.2007.

320 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 12. Dezember 2007.

321 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Salzlandkreis am 28.10.2007.

322 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Salzlandkreis am 05.02.2008.

323 Interview mit einem Vertreter der UWG Salzlandkreis und einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Salzlandkreis am 25.10.2007.

324 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Salzlandkreis am 05.02.2008.

325 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Salzlandkreis am 28.10.2007.

326 Interview mit einem Vertreter der UWG im Salzlandkreis am 25.10.2007.

327 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Burgenlandkreis am 29.04.2009.

328 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 29.06.2009.

329 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Burgenlandkreis am 05.12.2007.

330 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion Burgenlandkreis am 29.04.2009.

331 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

332 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 29.06.2009.

Der Fraktionsvertreter von Bündnis 90/Die Grünen ordnete sie wie folgt ein: „Die Themen sind natürlich genau die, welche die Menschen gerade bewegen. [...] Und man hat das Gefühl, dass die NPD im Kreistag immer wieder schneller ist mit ihren Anträgen dazu.“³³³

Ein weiterer Vertreter der FDP traf eine ähnliche Einschätzung. Die Anträge würden „genau die Bereiche“ belegen, „mit denen man punkten kann.“³³⁴ Nicht nur hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch mit Blick auf die anderen Fraktionen wurde die Themenwahl problematisiert. Der NPD ginge es darum, „die anderen Fraktionen in Bedrängnis zu bringen und mit Anträgen zu konfrontieren, die vermeintlich zustimmungsfähig sein könnten.“³³⁵

Ähnliche Einschätzungen hinsichtlich der kommunalpolitischen Initiativen der NPD trafen auch die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag des Landkreises Harz. Dass die NPD in ihren Initiativen gerade solche Themen aufgreift, die für die demokratischen Parteien eine Schlüsselrolle einnehmen und somit prinzipiell zustimmungsfähig sind, wurde hier von den Interviewten als rein taktisches Mittel bewertet. Schäfer und Anders wollen so einerseits Öffentlichkeit herstellen und andererseits versuchen, den Konsens der Demokraten aufzubrechen: „Die bringen mit Absicht populistische Anträge, um [...] die demokratischen Parteien in Schwierigkeiten zu bringen“, so ein Vertreter der CDU-Fraktion, „Es wird doch von der NPD nur gemacht, um Keile zu treiben. Es ist doch nicht so, dass die inhaltlich dahinter stehen.“³³⁶

Die NPD-Fraktion nutze der Einschätzung des SPD-Vertreterers zufolge den Kreistag aus taktischen Motiven „als Podium oder als Trittbrett für die Landtagswahl.“³³⁷ Vor diesem Hintergrund hätten die beiden NPD-Kreistagsmitglieder auch keine Zeit in die Formulierung eigenständiger Initiativen investiert.

Es zeige sich, so ein Vertreter der Bündnisgrünen, „dass sie wie auch sonst kaum mit ihren eigenen Ansätzen arbeiten sondern sich Themen, die bestimmten [...] politischen Richtungen zuzuordnen sind, nehmen und als Trittbrettfahrer wieder nach vorne bringen. [...] Sie schieben auf dieser Schiene ihre Ideologie mit. [...] M[achen] da ein bisschen Bambule und zeigen so: Wir sind erstens wählbar und wir mischen auf.“³³⁸

Für die demokratischen Kreistagsmitglieder im Burgenlandkreis und im Landkreis Harz stellte die kontinuierliche Einbringung von Sachthemen in Form von Anträgen und Anfragen durch die NPD-Fraktion eine fortwährende Herausforderung dar, insbesondere was die Einhaltung der fraktionsinternen und fraktionsübergreifenden Vereinbarungen anging. Ein Vertreter der Linksfraktion im Harz umriss dies wie folgt:

„[Das] ist immer so eine Gratwanderung, das heißt, [...] wir müssen ja aufpassen, [...] dass wir bestimmte Themen aufnehmen und dann beispielsweise in die Ausschüsse verweisen, um darüber zu diskutieren. Also geht es darum, kein Podium zu geben und das ist aber manchmal nicht so einfach, weil bestimmte Themen eben so wirklichkeitsnah auch sind, ja, dass man dann sagen muss, eigentlich kannst du mit deinem Gewissen das jetzt nicht vereinbaren, dort entsprechend ‚Nein‘ zu sagen, aber es geht ja hier ums Prinzip, wer es einbringt, das ist ja auch wichtig.“³³⁹

Sein Kollege im Burgenlandkreis sah dies ähnlich:

„Sie [die NPD] besetzen ja unsere Felder [...] und versuchen dann, wenn wir Anträge an den Kreistag stellen, diese zu bestätigen, als erste zu argumentieren. Das ist für uns [...] immer schwierig. Wie verhalten wir uns? Ziehen wir unseren Antrag zurück [...]? Aber wir wollen eben nicht mit Rechts abstimmen. Also, das Zusammenarbeiten mit der NPD fordert uns auch unheimlich in der politischen Auseinandersetzung.“³⁴⁰

333 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 17.03.2009.

334 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion Burgenlandkreis am 05.12.2007.

335 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

336 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

337 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 4.10.2007.

338 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 27.09.2007.

339 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 12.12.2007.

340 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 29.06.2009.

6.2. Interfraktionelle Absprachen zum Umgang mit der NPD

In allen drei Landkreisen kam es im Vorfeld der Konstituierung der Kreistage im Juli 2007 zu einer Verständigung der demokratischen Mandatsträger über einen Umgang mit der NPD. Im Ergebnis wurden in den Landkreisen jeweils sehr unterschiedliche Absprachen getroffen. Ein intensiver Austausch zwischen den Kreistagen über die Auseinandersetzung mit den zukünftigen rechtsextremen Fraktionen hat dabei nicht stattgefunden.

Absprachen im Burgenlandkreis

Im alten Burgenlandkreis saß die NPD bereits seit 2004 im Kreistag. Ihr provokatives Auftreten hatte zu keinen gemeinsamen Absprachen unter den demokratischen Parteien geführt. Im Sommer 2007 konnte der neue Kreistag in Naumburg jedoch von den Erfahrungen mit Andreas Karl und Denis Gratzke profitieren. Dies schlug sich in einigen konkreten Maßnahmen nieder, die zukünftig einen möglichst störungsfreien Sitzungsverlauf sicherstellen sollten. Gab es im alten Burgenlandkreis zur Vorbereitung der Kreistagssitzungen noch einen Ältestenrat, der sich aus allen Fraktionsvorsitzenden – also auch der NPD – zusammensetzte, verständigten sich die demokratischen Fraktionen jetzt auf die Etablierung eines Kreistagsvorstandes. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden des Kreistages und jeweils einem Vertreter der drei größten Fraktionen.

Dieser Regelung stimmte auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, obwohl sie dadurch nicht mehr im Vorstand des Kreistages vertreten war. Ein Vertreter der Fraktion kommentierte seine Zustimmung: „Das war [...] so eine gezielte Maßnahme um auszuschließen, dass die NPD im Kreistagsvorstand ist, wobei ich dann auch als Grünevorsitzende gesagt habe, das Opfer bringe ich gerne.“³⁴¹

Außerdem einigten sich die demokratischen Parteien im Kreistag des Burgenlandkreises auf eine Neuregelung der Geschäftsordnung, mit der die Möglichkeiten der Abgeordneten zu ausführlichen Selbstdarstellungen eingeschränkt wurden. Auch dies resultierte aus den Erfahrungen mit Andreas Karl im alten Burgenlandkreis, der immer wieder ausgiebig die Kreistagssitzungen als Bühne für seine propagandistischen Ausführungen nutzte. Die neue Geschäftsordnung wurde „so geändert, dass persönliche Statements [der Mandatsträger] nicht mehr möglich sind.“³⁴² Neben den Debatten zu den in der Tagesordnung festgelegten Sitzungsgegenständen gibt es nur noch die Möglichkeit, Fragen zum Bericht des Landrats sowie „Anfragen zu Angelegenheiten des Landkreises und seiner Verwaltung“ zu stellen.³⁴³ Bei der Beratung von Sitzungsgegenständen darf jedes Kreistagsmitglied „in der Regel zu einer Sache zweimal sprechen“ und erhält eine Redezeit von fünf Minuten. Zudem haben sich die Redner „an den zur Beratung stehenden Antrag zu halten und nicht vom Thema abzuweichen.“³⁴⁴ Anträge, die nicht die Angelegenheiten des Kreistages betreffen, können zudem ohne Sachdebatte von der Tagesordnung genommen werden.³⁴⁵

Weder im Vorfeld der Konstituierung des Kreistages im Burgenlandkreis noch danach hat bisher eine verbindliche Absprache zwischen den Fraktionen zum konkreten Umgang mit NPD-Anträgen stattgefunden.

Der Versuch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in Anlehnung an eine ähnliche Initiative im Harzkreis eine gemeinsame Erklärung der demokratischen Fraktionen zum Umgang mit der NPD zu verabschieden, fand bisher keine Zustimmung.³⁴⁶ Allerdings treffen sich die Fraktionsvorsitzenden regelmäßig zur Vorbereitung der Kreistagssitzungen. Dabei ist „auch immer Thema, wie der Umgang mit der NPD ist.“³⁴⁷

³⁴¹ Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

³⁴² Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

³⁴³ Vgl. Geschäftsordnung des Kreistages Burgenlandkreis vom 16.07.2007, geändert am 11.02.2008, http://www.burgenlandkreis.de/media/kreisrecht_satzungen/geschaeftsordnung_des_kreistages_stand_11022008.pdf, eingesehen am 21.06.2009, § 8 und 9.

³⁴⁴ Geschäftsordnung des Kreistages Burgenlandkreis § 9.

³⁴⁵ Vgl. Geschäftsordnung des Kreistages Burgenlandkreis § 2.

³⁴⁶ Vgl. Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

³⁴⁷ Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

In der Regel besteht Einigkeit, Anträge der NPD abzulehnen. Allerdings merkte ein Vertreter der Linken hierzu an: „Es ist unstritten, dass wir uns im Vorfeld absprechen [...] wie wir uns verhalten, wenn die NPD sich äußert.“³⁴⁸ Und ein Vertreter der CDU kritisierte: „Es gelingt nicht immer, alle Fraktionsmitglieder von diesen [demokratischen] Fraktionen davon zu überzeugen [...].“³⁴⁹

Absprachen im Salzlandkreis

Die demokratischen Fraktionen im Kreistag des Salzlandkreises trafen sich im Vorfeld der Konstituierung zu generellen Absprachen hinsichtlich der Arbeit im Kreistag. Dabei wurde auch der mögliche Umgang mit der NPD angesprochen. Zu einer einheitlichen gemeinsamen Vorgehensweise ist es allerdings nicht gekommen, was die unterschiedlichen Interpretationen hierzu belegen. Einig waren sich die Interviewten über einen anlassbezogenen Austausch des jeweils fraktionsinternen Verhaltens gegenüber den Initiativen der NPD.³⁵⁰ Zudem kam man unverbindlich überein, Anträge der rechtsextremen Partei nicht zu unterstützen,³⁵¹ wobei sich der FDP-Fraktionsvertreter hier nicht festlegen wollte: „Ich bin nicht bereit, [...] bei jemandem, der [...] ein demokratisches Mandat hat, prinzipiell nun jeden Antrag [...] abzulehnen.“³⁵²

Die SPD zog die weitgehendste Bilanz aus den Gesprächen: „Die demokratischen Parteien im Kreistag haben sich abgestimmt. Wir haben eine bestimmte Herangehensweise. Das heißt also, nicht eine bestimmte Diskussion vertiefen, sondern deutlich sagen, was wir von [der NPD] halten, Thema beenden, ganz kurzfristig. Wir sind uns auch einig, dass, wenn es notwendig ist, [...] zu denen zu sprechen, dass aus jeder Fraktion bloß einer spricht, das kurz und bündig macht, das Thema beendet [...].“³⁵³

Da die NPD-Fraktion im Salzlandkreis bisher nennenswerte parlamentarische Aktivitäten vermissen ließ, mussten sich etwaige interfraktionelle Absprachen der demokratischen Parteien noch nicht bewähren.

Absprachen im Harzkreis: Die Harzer Erklärung

Nach dem Einzug der NPD in den Kreistag des Harzkreises, kam es auf Initiative Peter Lehmanns, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu einer Verständigung unter den Mitgliedern der demokratischen Parteien mit dem Ziel, eine gemeinsame Erklärung zu formulieren. Lehmann erkundigte sich zunächst bei seinen Parteikollegen aus dem Burgenlandkreis. Dort sitzt die NPD seit 2004 im Kreistag, was jedoch bisher nicht zu verbindlichen Absprachen unter den demokratischen Parteien führte. So dienten die Vereinbarungen der Fraktionen im Sächsischen Landtag und dem Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern Lehmann als Vorlage für den Kreistag Harz.³⁵⁴ Der Inhalt der Erklärung wurde zwischen den Vorsitzenden aller demokratischen Fraktionen abgestimmt und von diesen vor der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 11. Juli 2007 unterzeichnet.

Das Papier wurde auf der ersten Sitzung von Michael Haase, den die Mitglieder des Kreistages wenige Minuten zuvor zu ihrem Vorsitzenden gewählt hatten, verlesen und als Anlage dem Sitzungsprotokoll beigefügt. Die Fraktionen formulierten als Aufgabe an sich selbst, „jene von der Demokratie enttäuschten Bürgerinnen und Bürger für die demokratische Wertegemeinschaft zurückzugewinnen.“ Eine Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Fraktion wurde ausgeschlossen: „Die NPD-Mitglieder als Menschen erst zu nehmen, kann nicht bedeuten, ihre Ideologie

348 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 29.06.2009.

349 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

350 Vgl. Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Salzlandkreis am 05.02.2008.

351 Vgl. Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/UWG im Salzlandkreis am 18.05.2009.

352 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Salzlandkreis am 28.10.2007.

353 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Salzlandkreis am 01.11.2007.

354 Die gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP im Schweriner Landtag ist abgedruckt in: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.) 2008, S. 18.

auch nur ansatzweise anzuerkennen.“ Erklärtes Ziel sei es, den Einfluss der NPD im Landkreis Harz zurückzudrängen. Hierzu werde man alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, ohne die demokratischen Rechte von Kreistagsmitgliedern einzuschränken.³⁵⁵ In der Anlage zur gemeinsamen Erklärung regeln sieben der acht Punkte den Umgang mit der NPD im Kreistag. Hier werden bereits Szenarien und mögliche Reaktionsformen der Demokraten vorgestellt: (1) Keine politische Auseinandersetzung mit der NPD anhand von Einzelthemen, stattdessen Verweis auf den verfassungsfeindlichen Charakter der Partei, (2) „schwieriger Themen“ sollen nicht der NPD überlassen werden, sondern werden von den demokratischen Parteien aufgegriffen, (3) zu Anträgen der NPD nimmt nur ein Mitglied des Kreistages für alle Fraktionen kurz und knapp Stellung, die notwendige Abstimmung hierzu erfolgt im Vorfeld der Sitzung, (4) Anträgen der NPD wird grundsätzlich nicht zugestimmt, ggf. werden inhaltliche Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt von einer der demokratischen Fraktionen wieder eingebracht, (5) konsequente Anwendung der Geschäftsordnung, um einen Missbrauch des Kreistages durch die NPD zu verhindern, (6) auf Provokationen von rechtsextremen Gästen wird nicht reagiert und (7) rechtsextreme Äußerungen der NPD werden nicht unwidersprochen hingenommen, ggf. wird Strafanzeige erstattet.³⁵⁶

Auch die Möglichkeit, die Rechte der rechtsextremen Kreistagsmitglieder über eine Änderung der Geschäftsordnung einzuschränken, wurde im Vorfeld der konstituierenden Sitzung diskutiert. Denkbar war die Anhebung der Mindestzahl an Mitgliedern zur Bildung einer Fraktion von zwei auf drei. Letztlich entschieden sich die demokratischen Fraktionen jedoch gegen eine „Lex NPD“³⁵⁷ und hielten diese Position auch in der gemeinsamen Erklärung fest: „Der Einzug der NPD in den Kreistag wird nicht dazu führen, dass demokratische Rechte von Kreistagsmitgliedern eingeschränkt werden.“³⁵⁸

Die Vertreter der demokratischen Parteien im Kreistag Harz haben mit dieser schriftlichen Übereinkunft – im Unterschied zu anderen kommunalen Gremien in Sachsen-Anhalt – eine Grundlage für die politische Auseinandersetzung mit der NPD im parlamentarischen Raum geschaffen. Die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen gestaltete sich in der parlamentarischen Praxis jedoch als schwierig, wengleich die rechtsextremen Mandatsträger von den 58 Mitgliedern der demokratischen Parteien sowie der Verwaltung ausgegrenzt wurden – beziehungsweise sich durch ihre wiederholten verbalen Angriffe gegen Repräsentanten des Kreistages und der Verwaltung selbst ins Abseits manövrierten.

Ebenso kann eine Vereinbarung keine umfänglichen Antworten auf jede erdenkliche Situation geben:

„Es gibt für den Umgang auch nicht unbedingt gestanzte Normen [...]. Sondern man muss von Fall zu Fall gucken, wie kriegt man das aufgebrochen. [...] Sicherlich gibt es Hinweise, wie das woanders gemacht worden ist und daran kann man sich anlehnen, aber es ist, denke ich, jedes Mal neu.“³⁵⁹

6.3. Der Umgang mit der NPD während der Kreistagssitzungen

Das Abstimmungsverhalten bei NPD-Anträgen

Die teils im Vorfeld der Konstituierung der Kreistage vorgenommenen, teils anlassbezogenen Absprachen zum Umgang mit der NPD haben im Untersuchungszeitraum vom Juli 2007 bis Dezember 2009 dazu geführt, dass in den drei Landkreisen fast alle Anträge der rechtsextremen Partei von den demokratischen Parteien geschlossen abgelehnt wurden.

³⁵⁵ Vgl. Gemeinsame Erklärung der Fraktionen. Halberstadt / Huysburg vom 11. Juli 2007, S. 1.

³⁵⁶ Vgl. Gemeinsame Erklärung der Fraktionen. Halberstadt / Huysburg vom 11. Juli 2007.

³⁵⁷ Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Harzkreis am 18.03.2009.

³⁵⁸ Gemeinsame Erklärung der Fraktionen. Halberstadt / Huysburg vom 11. Juli 2007.

³⁵⁹ Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

Die seit Beginn der Legislatur vorherrschende Passivität der NPD-Fraktion im Kreistag des Salzlandkreises forderte die demokratischen Mandatsträger bisher nicht zu einem abgestimmten Vorgehen heraus. Der einzige Antrag der NPD zur Gebührensatzung der Kreisvolkshochschule wurde vom Kreistag bei drei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Neben Valenta und Walde fand sich allerdings ein Abgeordneter, der dem NPD-Antrag seine Stimme gab.³⁶⁰

Im Kreistag des Harzkreises war die Vorlage zur Überprüfung auf ehemalige Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR der einzige Antrag der NPD, der Zustimmung aus einer der demokratischen Fraktionen erhalten hat – alle übrigen Beschlussvorlagen der NPD-Fraktion wurden von den demokratischen Mandatsträgern geschlossen abgelehnt. In diesem Fall votierten zwei Mitglieder der Bürgerfraktion für den Antrag der NPD. Dieses Abstimmungsverhalten³⁶¹ unterlief die gemeinsame Erklärung aller demokratischen Fraktionen vom 11. Juli 2007 zur Ablehnung der NPD-Anträge, führte jedoch in der Sitzung weder zu Irritationen noch zu Diskussionen unter den Mandatsträgern der demokratischen Parteien.³⁶²

Die fehlende generelle Einigung über eine Ablehnung im Burgenlandkreis führte in einem Fall zur mehrheitlichen Zustimmung zu einem NPD-Antrag in Form eines Erweiterungsantrags. Am 29. Oktober 2007 forderte die NPD die Überprüfung aller Kreistagsmitglieder auf eine frühere Mitarbeit bei der DDR-Staatssicherheit.³⁶³ Die FDP beantragte hierzu eine Erweiterung, die die Abgeordneten aufforderte zu erklären, weder mit einer verfassungsfeindlichen Vereinigung zusammenzuarbeiten noch Mitglied einer verfassungsfeindlichen Partei zu sein.³⁶⁴ Dieser erweiterte Antrag fand bei zahlreichen Enthaltungen die Zustimmung des Kreistages. Im Interview für die vorliegende Studie verteidigte ein Vertreter der FDP-Fraktion das Verhalten seiner Partei: „Es gibt das Reflexverhalten der anderen Parteien, grundsätzlich alle Anträge der NPD abzulehnen. Dieses Reflexverhalten lehnen wir grundsätzlich ab. Wir machen das nicht, sondern entscheiden durchaus danach, ob der Antrag sachlich begründet ist, versuchen aber schon, einem NPD-Antrag nicht zuzustimmen, indem wir zum Beispiel eine Antragserweiterung zur Abstimmung stellen.“³⁶⁵

Auch wenn die Vorlage der NPD so letztlich als Erweiterungsantrag der FDP im Kreistag Zustimmung fand, titelte die rechtsextreme Partei auf ihrer Internetseite: „Antrag der NPD-Fraktion in Bezug Stasiüberprüfung im Kreistag des Burgenlandkreises beschlossen !!!“³⁶⁶ (Schreibweise im Original)

Auch der damalige Landesgeschäftsführer und heutige Landesvorsitzende der NPD, Matthias Heyder, feierte den „Erfolg“ seiner Parteikollegen in Naumburg: „In Sachsen-Anhalt ist vieles möglich, was in anderen Bundesländern unmöglich erscheint. Trotz der Hysterie gegen Rechts [...] setzt sich in den Kommunen endlich der gesunde Menschenverstand durch. Die Ausgrenzung der NPD-Parlamentarier hat ein Ende.“³⁶⁷

In zwei weiteren Fällen wurden NPD-Anträge im Kreistag des Burgenlandkreises zwar mehrheitlich abgelehnt, fanden aber die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Vorlagen für die Kreistagssitzung am

360 Vgl. Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages des Burgenlandkreises am 26.09.2007.

361 In der Sitzungsniederschrift ist als Abstimmungsergebnis lediglich „Mehrheitlich dagegen“ vermerkt, vgl. Kreistag des Landkreis Harz: Protokoll zur 10. Sitzung des Kreistages am 09.07.2008, Tagesordnungspunkt 16: Antrag der Fraktion der NPD: Überprüfung der Kreistagsmitglieder auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (II) und Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages am 09.07.2008, S. 13.

362 Ebenso wenig wies die NPD in ihrer Berichterstattung zur Kreistagssitzung auf ihren „Erfolg“ hin – immerhin gelang ihr erstmalig das Durchbrechen der demokratischen Allianz.

363 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Vorlage 07/0085/2:

Antrag der NPD-Fraktion zur Überprüfung der Mitglieder des Kreistages auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR.

364 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 3. Sitzung des Kreistages am 29.10.2007.

365 Interview mit einem Vertreter der FD-Fraktion im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

366 NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2008: Antrag der NPD-Fraktion in Bezug Stasiüberprüfung im Kreistag des Burgenlandkreises beschlossen !!!, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200710>, eingesehen am 22.05.2008.

367 Matthias Heyder, zitiert in Jens Bauer: „Meinungskartell gebrochen. ‚Demokraten‘ stimmten für NPD-Antrag“, Deutsche Stimme, Dezember 2007, S. 9.

15.12.2008 betrafen die Absenkung der Aufwandsentschädigungen für die Vorsitzenden der Fraktionen, der Kreistagsausschüsse und des Kreistages sowie die Kreistagsmitglieder auf jeweils 100 Euro.³⁶⁸ Ein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen erläuterte die Schwierigkeiten seiner Fraktion mit einer generellen Ablehnung der NPD-Anträge: „Ich persönlich finde den Umgang mit der NPD-Fraktion immer schwieriger, weil sie eben genau diese Themen besetzen, die auch ich als Kreisträtin besetze. [...] Wir haben uns dann in der Fraktion geeinigt, einem Antrag, den wir seit vielen Jahren stellen, den jetzt die NPD aufgegriffen hat, dann auch zuzustimmen, das aber nicht kommentarlos, sondern vorher zu sagen, warum wir zustimmen werden. Aber das bringt natürlich Unverständnis bei den anderen demokratischen Parteien bzw. auch in der eigenen Partei. Wir mussten uns da auch erklären. [...] Wir haben in unserer Erklärung dann auch gesagt, dass es sich um eine einmalige Entscheidung im Sinne des kommunalen Haushalts gehandelt hat, und dass es eine Zusammenarbeit mit der NPD nie geben wird.“³⁶⁹

Ein Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis problematisierte dieses Abstimmungsverhalten: „Ich halte das nicht für richtig. Ich halte es für richtig, dass wir unabhängig von dem Inhalt der Anträge, diese immer ablehnen und uns überlegen, ob es uns gelingt, [...] in der Sitzung selbst einen anderen Antrag einzubringen, der dann zustimmungsfähig ist, wo man vielleicht auch Dinge, die da richtig drin sind, mit aufgreifen [kann]. Oder aber, was noch besser wäre, weil dann nicht die NPD als Initiator dieses Themas dasteht, dass man das ablehnt und zu einem späteren Zeitpunkt nochmal als Antrag einer anderen Fraktion oder gemeinsamen Antrag einbringt.“³⁷⁰

Der Umgang mit Provokationen der NPD

Immer wieder standen in den Kreistagen des Burgenlandkreises und des Landkreises Harz die demokratischen Mandatsträger vor der Herausforderung, einen adäquaten Umgang mit Provokationen der Rechtsextremen und Störungen des Sitzungsablaufs zu finden. Die Reaktionen fielen dabei je nach Parteizugehörigkeit sowie nach persönlicher Betroffenheit und dem Grad des individuellen Engagements gegen Rechtsextremismus sehr unterschiedlich aus.

Im Burgenlandkreis konnten einige Kreistagsmitglieder bereits auf Erfahrungen mit dem aggressiven und provokativen Auftreten des NPD-Fraktionsvorsitzenden Karl in der vorhergehenden Legislatur zurückblicken. Seit 2004 haben sich dabei mitunter die Reaktionen der demokratischen Parteien geändert.

So beschrieb ein Vertreter der SPD-Fraktion die Entwicklung in seiner Fraktion: „Wir haben also auch einen Umdenkungsprozess. Vor [...] eineinhalb oder zwei Jahren hat Karl einmal eine persönliche Erklärung abgegeben, die triefte von neofaschistischem Müll. Da sind wir aufgestanden und rausgegangen. Einer ist sitzengeblieben von unserer Fraktion, weil er zuhören wollte, was der sagt. Wir haben dann hinterher gesagt, wir gehen nicht mehr raus. Wir haben aber auch oft nichts gesagt. In letzter Zeit [sind wir] dazu gekommen, dass wir uns da offensiver auseinandersetzen müssen und wollen.“³⁷¹

Zumeist allerdings blieben Andreas Karls diffamierenden Äußerungen gegenüber dem Kreistagsvorsitzenden, dem Landtag sowie einzelnen Kreistagsmitgliedern un widersprochen. Die Fraktionen der demokratischen Parteien blieben in ihren Reaktionen oftmals passiv und ignorierten die Provokationen der NPD demonstrativ – wohl in dem Versuch, einen Schlagabtausch mit Karl zu vermeiden und dadurch die Sitzungsdauer über Gebühr zu verlängern. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem provokativen Auftreten der Rechtsextremen im Kreistag des Burgenlandkreises bzw. eine sofortige Reaktion während der Sitzungen hat es nur in Einzelfällen gegeben.

368 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 15.12.2008 sowie Beobachtungsprotokoll der Kreistagsitzung vom 15.12.2008.

369 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 17.03.2009.

370 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

371 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 15.12.2007.

So kritisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Hamel in einem Debattenbeitrag auf der Kreistagssitzung am 17. Dezember 2007 die T-Shirts der rechtsextremen Mandatsträger mit dem Konterfei Ahmadedschads. Er nannte den iranischen Präsidenten einen „Despot und Tyrannen“. Der NPD sprach Hamel wegen ihrer Provokationen jede Ernsthaftigkeit und Willen zu einer sachlichen Debatte ab.³⁷²

Im Kreistag des Landkreises Harz war es vor allem Peter Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen), der auf Provokationen der NPD-Fraktion reagierte. Auf der Sitzung am 9. Juli 2008 diffamierte Schäfer die demokratischen Kreistagsmitglieder als undemokratisch. Ihre ablehnende Haltung gegenüber den Initiativen der NPD beruhe auf „Intoleranz, Ignoranz, Inkompetenz, Hass oder schlicht Unfreiheit.“³⁷³ Während Schäfer seine Einbringungsrede hielt, gingen einzelne Vertreter der demokratischen Fraktionen aus dem Raum. Ein im Vorfeld der Sitzung abgestimmter Umgang mit diesen Anträgen der NPD sowie dieser Art von Provokation war nicht zu erkennen oder wurde nicht konsequent umgesetzt. Lediglich Peter Lehmann reagierte besonnen auf die verbalen Angriffe Schäfers gegenüber dem Kreistag und seinen Mitgliedern. Im ruhigen Ton verlas Lehmann eine vorbereitete Erwiderung auf den Antrag der NPD-Fraktion.³⁷⁴

In einem Fall führten die Diffamierungen demokratischer Kreistagsmitglieder im Harzkreis auch zu einer juristischen Auseinandersetzung. Am 19. September 2008 verurteilte das Amtsgericht Halberstadt Schäfer wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 400,- Euro. In der Kreistagssitzung vom 23. Januar 2008 bezeichnete Schäfer den Vorsitzenden der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Peter Lehmann, vom Pult aus als „selbst ernannten Kopf einer Gesinnungsmafia.“ Lehmann machte sich in der Sitzung für die Bewerbung des Landkreises Harz bei der vom Bundesfamilienministerium ausgelobten Initiative „Orte der Vielfalt“ stark.³⁷⁵

Eine besondere Rolle bei der Wahrung der demokratischen politischen Kultur innerhalb der Kreistage nehmen die gewählten Vorsitzenden des Gremiums ein. Neben der Leitung der Sitzungen können sie die Mitglieder ermahnen, Rügen aussprechen, ihnen das Wort entziehen oder sie von den Sitzungen ausschließen. Bei der Beobachtung der Sitzungen im Harzkreis wurde deutlich, dass Michael Haase in seiner Funktion als Kreistagsvorsitzender nur selten und äußerst zögerlich mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen auf das Fehlverhalten der NPD-Mandatsträger reagierte. Mehrere der Fraktionsvorsitzenden sahen dies ähnlich und wünschten sich ein strengeres Durchgreifen gegenüber der NPD.³⁷⁶ Ein Vertreter der CDU-Fraktion forderte den Kreistagsvorsitzenden zu einem konsequenten Handeln auf:

„Da finden ja offensichtlich Provokationen und Störungen statt, hinten. Sowohl dann auch beim letzten Mal im Prinzip vorne, indem der [Michael Schäfer] da einfach stehen bleibt und sagt ‚Ich möchte jetzt eine Antwort haben‘. Er [der Kreistagsvorsitzende] übt die Polizeigewalt aus und muss ihn im Zweifel dann entfernen.“³⁷⁷

Auch Dieter Stier, Vorsitzender des Kreistages im Burgenlandkreis, reagierte in den ersten Monaten nur zögerlich auf die Provokationen und die Verstöße des NPD-Fraktionsvorsitzenden Karl gegen die Geschäftsordnung: „Da fehlt so ein bisschen die Konsequenz, [...] dass er Position bezieht und sagt, Herr Karl, Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen auch.“³⁷⁸ Im Laufe der Legislatur entwickelte Stier schließlich einen souveräneren Umgang mit den Regelverstößen Karls. Immer wieder ermahnte er ihn, bei der Sache zu bleiben, erteilte

372 Vgl. Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis am 17.12.2007.

373 Vgl. Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages Harzkreis am 09.07.2008.

374 Vgl. Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages Harzkreis am 09.07.2008.

375 Vgl. Koch, Tom 2008: Nach öffentlicher Beleidigung in einer Kreistagssitzung. 400 Euro Strafe für NPD-Politiker, in: Volksstimme vom 20.09.2008, S. 2.

376 Vgl. z.B. Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 11.05.2009.

377 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.

378 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

Ordnungsrufe, rügte ihn oder entzog ihm das Wort. „Das wird ziemlich resolut durch unseren Kreistagsvorsitzenden auch so vertreten und gehandhabt“, kommentierte dies ein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen.³⁷⁹ Immer wieder ließ der Kreistagsvorsitzende allerdings den Worten keine Konsequenzen folgen, so dass Karl seine provokativen Äußerungen ungeachtet der Ermahnungen der Sitzungsleitung fortsetzen konnte.

Das zurückhaltende Agieren der Sitzungsleitungen lässt sich auf die fehlenden Erfahrungen im Umgang mit der NPD zurückführen. Ein Vertreter der Bündnisgrünen im Harzkreis vermutete eine mangelnde Kenntnis rechtsextremer Politikformen und Strategien. Der Kreistagsvorsitzende im Harz, Haase, wäre im „Umgang mit der NPD deswegen unsicher, weil er sich auch nicht mit ihnen befasst. Das ist eine zusätzliche Last und das ist nicht sein Thema.“³⁸⁰ Mit Blick auf Dieter Stier im Kreistag des Burgenlandkreises schlussfolgerte ein Vertreter der Fraktion Die Linke ähnliches: „Der Kreistag ist ganz neu. Wir haben einen Kreistagsvorsitzenden, der hat das auch noch nie gemacht.“ Und sie fügte einen weiteren Aspekt hinzu: „Ich hab manchmal das Gefühl, das ist ein bisschen Angst, sich mit dem auch auseinanderzusetzen.“³⁸¹

Auch der Landrat des Burgenlandkreises, Harri Reiche, musste zunächst seine Erfahrungen mit der NPD-Fraktion sammeln. Anfangs erwies sich sein Umgang mit den rechtsextremen Mandatsträgern als „schwierig“, erinnerte sich ein Vertreter der SPD-Fraktion. Er habe sich wiederholt „mit dem Herrn Karl zum Beispiel minutenlang Rededuelle“ geliefert.³⁸² Bei späteren Sitzungen fielen schließlich seine Antworten auf die provokanten Fragen des NPD-Fraktionsvorsitzenden sehr knapp aus. Regelmäßig verwies er und die Kreisverwaltung lediglich auf eine schriftliche Antwort im Nachgang der Sitzungen. Dem Landrat des Landkreises Harz, Michael Ermrich, wurde ebenfalls ein souveräner Umgang mit den vielfältigen Anfragen der NPD-Fraktion bescheinigt. Landrat und Kreisverwaltung agierten „zuverlässig“, so ein Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis. Die Antworten auf Anfragen der NPD wären „teilweise so reduziert, dass es eigentlich keine Antwort ist.“³⁸³

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD

Eine inhaltliche Auseinandersetzung und Offenlegung des völkischen und antidemokratischen Weltbildes in den Initiativen der NPD sowie die Zurückweisung von Diffamierungen und rechtsextremen Äußerungen während der Sitzungen hat es in den Kreistagen kaum gegeben. Häufig wurden Anträge der NPD-Fraktionen gar nicht kommentiert. Vielmehr wurde versucht, schnell zur Abstimmung überzugehen und in der Tagesordnung fortzufahren. Im Burgenlandkreis reagierten bisweilen einzelne Mandatsträger auf die rechtsextremen Auftritte Karls. Als dieser auf der Kreistagssitzung am 29. Oktober 2007 den Lokalen Aktionsplan des Landkreises als „Programm der BRD-Regierung“ und „Gehirnwäsche“ bezeichnete, der Kindern und Jugendlichen Schaden zufüge, erhob der Abgeordnete Horst Heller (Die Linke) in seiner Rede zum Tagesordnungspunkt Einspruch. Er wollte Karls Ausführungen nicht „einfach so stehen lassen“ und bekräftigte die Notwendigkeit des Kampfes gegen Rechtsextremismus.³⁸⁴ Auf der Sitzung am 27. April 2009 war es Dieter Kmietczyk (Bündnis 90/Die Grünen), der die Ausführungen des NPD-Fraktionsvorsitzenden zur Staatssicherheit und der juristischen Verfolgung von NS-Tätern nicht hinnahm. Daraufhin meldete sich Kmietczyk zu Wort und verurteilte Karls Äußerungen als völlig unannehmbar.³⁸⁵ Ein Vertreter der FDP-Fraktion erinnerte sich an die Reaktionen: „Der [Kmietczyk,] hat natürlich einen riesen Beifall gekriegt, so dass der Kreistagsvorsitzende sagen musste, [...] das ist eine ordentliche Kreistagssitzung, und er verbittet sich, hier braune Vergangenheitsbewältigung im Kreistag durchzuführen.“³⁸⁶

379 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 17.03.2009.

380 Interview mit einem Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Harzkreis am 18.03.2009.

381 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 05.12.2007.

382 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 15.12.2007.

383 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 11.05.2009.

384 Vgl. Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis am 29.10.2007.

385 Vgl. Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 27.04.2009.

386 Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Burgenlandkreis am 29.04.2009.

Zumeist aber wurde im Burgenlandkreis im Interesse eines zügigen Sitzungsablaufs auf eine inhaltliche Auseinandersetzung verzichtet. Im Vordergrund stand dabei der Versuch, Karls weit ausholende und zumeist sachfremden Reden unterbinden zu können: „Dann überlegen wir schon immer einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, um das abzubrechen, das machen wir ja auch ab und zu. Entweder die CDU oder wir [...]. Aber dass wir uns dann angucken und dann eben mal die Hand heben und einen Geschäftsordnungsantrag stellen, damit es dort inhaltlich vorwärts geht.“³⁸⁷



Altkader Andreas Karl

Im Kreistag des Landkreises Harz war es in der Regel allein Peter Lehmann, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, der sich der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Initiativen der NPD stellte. Viele der Themen, die die rechtsextreme Fraktion in den zweieinhalb Jahren in ihren Anträgen und Anfragen aufgriff, wurden nicht – wie auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung vorgesehen – von den demokratischen Parteien erneut eingebracht. Lehmann zeigte sich angesichts der Passivität seiner Kollegen enttäuscht. Die getroffene Vereinbarung stelle einen „Instrumentenkasten“ für die politische Auseinandersetzung mit der NPD dar. Die hierin formulierten Möglichkeiten wurden zu seinem Bedauern nicht voll ausgenutzt, „weil diese einfachste Möglichkeit, den Einbringer, in diesem Fall die NPD, reden zu lassen, weiter keine Debatte zu führen, den Antrag [...] einstimmig abzulehnen, weil das so einfach ist und so funktioniert.“³⁸⁸

Gemeinsame Beratungen aller Fraktionsvorsitzenden, auf denen die Reaktionen auf die parlamentarischen Initiativen der NPD einvernehmlich vereinbart werden können, waren nach Aussage des Bündnisgrünen eher die Ausnahme als die Regel und gingen zumeist auf seine Initiative zurück. Mit der fehlenden inhaltlichen Auseinandersetzung geriet nach Lehmanns Auffassung auch eines der Ziele, wie sie in der gemeinsamen Erklärung festgehalten wurden, aus dem Blick: Die Zurückgewinnung der NPD-Wähler für die demokratischen Parteien. Als Gründe für die ausbleibende aktive politische Auseinandersetzung benannte der Bündnisgrüne die fehlende Kenntnis über die Programmatik der NPD und eine fehlende Bereitschaft der übrigen Kreistagsmitglieder, Zeit zum Lesen der Anträge und Anfragen der NPD-Fraktion aufzubringen.³⁸⁹ Ähnlich sah dies auch ein Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis: „Ich glaube nach wie vor, dass [...] das Thema NPD nicht ernst genug von einigen Kreisräten genommen wird.“³⁹⁰

Ein Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis sah bei sich selbst am Anfang der Legislatur eine innere Hürde, sich mit der antidemokratischen Programmatik der NPD intensiv zu beschäftigen. Aufgrund der parlamentarischen Aktivitäten von Schäfer und Anders, war er jedoch zur inhaltlichen Auseinandersetzung gezwungen. „Das hat am Anfang wirklich starke Überwindung gekostet, [...] dies überhaupt zu lesen, [...] sich mit diesem Vokabular zu beschäftigen.“³⁹¹ In ihrer Fraktion hätten sich zuletzt mehr Mitglieder eine aktive Auseinandersetzung gewünscht, auch wenn sich „diese Strategie des Nicht-Behandelns und Nicht-Diskutierens [...] zwar eigentlich bewährt“ habe.³⁹²

387 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 29.06.2009.

388 Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 18.03.2009.

389 Vgl. Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 18.03.2009.

390 Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.

391 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 11.05.2009.

392 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 11.05.2009.

Aus ihrer Runde haben die Sozialdemokraten Ludwig Hoffmann, der sich bereits als Oberbürgermeister im „Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“ engagiert hatte, bestimmt, sich der Herausforderung anzunehmen und auch als Ansprechpartner für die anderen demokratischen Fraktionen zu fungieren.

Auch Henning Rühle von der Bürgerfraktion im Harzkreis sah die Notwendigkeit einer offensiven Auseinandersetzung mit den Initiativen der NPD-Fraktion und der Abstimmung der demokratischen Parteien untereinander: „Mit nur Ignoranz, [...] das wird uns nicht helfen. [...] Wir müssen uns inhaltlich mit denen auseinandersetzen. Und dazu muss man sich auch konsultieren, wie man das macht.“³⁹³ Er sah dabei jedoch die Gefahr, der NPD eine Plattform zur Selbstdarstellung zu bieten.

In der Arbeitsüberlastung der ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder wurde sowohl im Harz als auch im Burgenlandkreis eine weiterer Grund dafür gesehen, dass nur in wenigen Fällen die politische Auseinandersetzung mit der NPD gesucht wurde. „Das, was man selber tut, und das, was die Partei tut, ist auf jeden Fall zu wenig“, beschrieb ein Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis bereits im Interview 2007 das Dilemma. „Aber das muss in den Kontext der Schwierigkeit gestellt werden. Also, die Kreistagsabgeordneten sind in der Regel [...] sehr angespannt berufstätig, also wirkliche Freizeitpolitiker.“³⁹⁴

Sein Kollege im Harz sah dies ähnlich: „Ich meine, ehrlich gesagt, es ist auch ein Stückchen immer [...] eine Zeitfrage auch letzten Endes. Wer ist dazu bereit und wer kann das auch so leisten, das dann auch immer wieder mit allen Betreffenden abzustimmen. [...] [S]o dass ich glaube, dass [...] bei diesen normalen, durchschnittlichen Themen der Kraftaufwand nicht mehr zu leisten ist von den Ehrenamtlichen [...]. Da schließ ich mich wirklich mit ein. Ich wäre dankbar, wenn sich jemand dieses Themas noch stärker dann annehmen würde, aber es ist wirklich schwer.“³⁹⁵

Die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung des Kreistages im Harz vermuteten, dass einzelne Wähler der NPD aufgrund der eigenen politischen Unzufriedenheit in Bezug auf das Funktionieren des parlamentarischen Systems und damit aus Protest gegen die etablierten Parteien den Rechtsextremen ihre Stimme gegeben haben. Zielgerichtete Strategien zur Ansprache und (Wieder-)Gewinnung dieser Wählergruppe waren jedoch weder im Harzkreis noch im Burgenlandkreis erkennbar. Auch fehlte es an Bemühungen, gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft den parlamentarischen und außerparlamentarischen Bestrebungen der NPD und den „Jungen Nationaldemokraten“ etwas entgegenzusetzen.

Ein Vertreter der Bürgerfraktion im Kreistag des Landkreises Harz formulierte dieses Anliegen 2007 auch noch mal deutlich:

„Aber es geht nicht, dass wir Redegefechte führen im Kreistag. Dann kriegen sie genau das Podium, was sie eigentlich nicht verdienen. Also muss man versuchen, das anders auch abzufangen und die Themen, die die Bürger bewegen, müssen wir selbst aufgreifen. Wir müssen also selbst so sensibel sein und sagen, da gehen wir so vor. Wir machen z.B. [...] Jugendhilfeplan, wir machen Altenhilfeplan, [...] das muss man dann offensiver nach außen tragen. Also nicht nur, dass man es gemacht hat, darüber einen Beschluss fassen, sondern auch nach außen tragen. Dass die also nicht so tun, als wenn sie in Lücken hineinstoßen, die gar nicht vorhanden sind. Und das fehlt uns, das muss offensiver nach außen getragen werden.“³⁹⁶ Allein es fehlte in den zweieinhalb Jahren in den untersuchten Landkreisen an praktischen Initiativen.

393 Interview mit einem Vertreter der Bürgerfraktion im Harzkreis am 28.11.2007.

394 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 15.12.2007.

395 Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 11.05.2009.

396 Interview mit einem Vertreter der Bürgerfraktion im Harzkreis am 28.11.2007.

7. Empfehlungen zum Umgang mit der NPD in kommunalen Gremien

Auf Grundlage dieser Studie werden im Folgenden einige Empfehlungen für einen möglichen Umgang der demokratischen Parteien mit der NPD in kommunalen Gremien vorgestellt. Neben den Beobachtungen der Arbeit in den drei untersuchten Kreistagen basieren diese Empfehlungen auch auf den Erkenntnissen aus anderen Bundesländern. Nicht zuletzt fanden zudem die Erfahrungen der Mandatsträger demokratischer Parteien in den Kreistagen Sachsen-Anhalts Eingang in die Überlegungen.

Das instrumentelle Verhältnis der NPD zum Parlamentarismus und ihr grundsätzlich antidemokratisches Agieren machen es erforderlich, beim Umgang mit der Partei nicht nur die Arbeit in den Kreistagen in den Blick zu nehmen, sondern auch deren öffentliche Resonanz sowie die Interaktion mit der außerparlamentarischen Neonaziszene und der regionalen Bevölkerung. Daraus ergibt sich ein komplexes Handlungsfeld, das von den demokratischen Parteien immer wieder analysiert werden muss, um einen adäquaten Umgang mit dem Rechtsextremismus zu finden. Hierzu zählt nicht nur das Agieren auf der rein parlamentarischen Ebene, sondern auch das Bemühen um eine demokratische Lösung von Aufgaben und Problemen innerhalb der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig gilt es deutlich gegen den Rechtsextremismus Stellung zu beziehen: z. B. in den eigenen Strukturen, in der kommunalen und medialen Öffentlichkeit, im bürgerschaftlichen Engagement oder in der Jugendarbeit. Grundsätzlich sollte das Wirken der demokratischen Parteien inner- und außerhalb des Parlaments auf die Stärkung einer vielfältigen und toleranten Zivilgesellschaft zielen.

Die folgenden Empfehlungen verstehen sich nicht als festes Regelwerk für eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, sondern als Orientierungshilfe im kommunalpolitischen Alltag.

Verständigung über die Ziele im Umgang mit Rechtsextremen

Über Strategien lässt sich nur reden, wenn die Ziele klar sind. Diese können im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien allerdings sehr unterschiedlich sein. Wenig erfolgversprechend ist es, die Abgeordneten der NPD für die Demokratie gewinnen zu wollen. Vielmehr erscheint ein Fokus auf die (potentiellen) Wähler rechtsextremer Parteien für sinnvoll. Diese können über die ideologischen Hintergründe und das demokratiefeindliche Agieren in den Kreistagen aufgeklärt werden. Damit einher geht der Versuch, die Zahl der Wähler rechtsextremer Parteien zu reduzieren und vor allem die so genannten Protestwähler für die Demokratie (zurück) zu gewinnen. Ziel einer Strategie im Umgang mit der NPD kann es auch sein, den Rechtsextremen den Kreistag oder Gemeinderat nicht als Bühne für ihre menschenverachtende Ideologie zu überlassen. Darüber hinaus geht es um die Verhinderung einer Normalisierung und Akzeptanz rechtsextremer Parteien und Positionen mit parlamentarischen Mitteln.

Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen

Eine ablehnende Haltung gegenüber der NPD sollte von Beginn an Konsens sein. Wichtig sind gemeinsame Absprachen über den Umgang mit Rechtsextremen sowohl bei den Plenarsitzungen als auch in der Ausschussarbeit. So könnten etwa im Vorfeld von Sitzungen informelle Arbeitstreffen der demokratischen Parteien organisiert werden, wie dies teilweise bereits in den Kreistagen des Burgenlandkreises und des Landkreises Harz geschehen ist.

Ein solcher Konsens kann in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten und damit auch der Öffentlichkeit vermittelt werden. So ist dies etwa im Harz-Kreis-Kreistag mit der gemeinsamen Erklärung aller demokratischen Fraktionen vom 11. Juli 2007 verwirklicht worden. Ähnlich ist dies auch in einem „Appell der Demokrat/innen“ von Kommunal- und Landespolitikern von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der Linken und der SPD sowie von Wissenschaftlern und Vertretern fachlicher Beratungsprojekte aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,

Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. September 2009 in Berlin festgehalten worden.³⁹⁷ Solche Vereinbarungen müssen sich in der Praxis des kommunalpolitischen Alltags bewähren sowie in ihrer Wirkung und Zweckmäßigkeit überprüft werden. Zugleich bedarf es natürlich ihrer Umsetzung im Rahmen der Kreistags- und Gemeinderatsarbeit. Konsequenz zur Anwendung gebracht, können gemeinsame Absprachen verhindern, dass rechtsextreme Mandatsträger mit scheinbaren Sachanträgen einen Keil zwischen den Konsens der demokratischen Parteien treiben und dies als Erfolg ihrer parlamentarischen Tätigkeit feiern.

Keine Zusammenarbeit mit der NPD

Die NPD ist keine demokratische Partei. Ihre Anwesenheit und ihre Aktivitäten in kommunalen Gremien dürfen nicht zur Normalität werden. Für die NPD ist die Teilhabe an der Arbeit in den Kreistagen und Gemeinderäten nur Mittel zum Zweck. Der rechtsextremen Partei geht es um eine regionale Verankerung ihrer Politik, die Diffamierung der demokratischen Parteien, die Propagierung ihrer Ideen sowie letztlich um die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Politische Quarantäne, d.h. die Verweigerung jeglicher Kooperation, hat sich in europäischen Ländervergleichen als wichtigster Erfolgsfaktor für die Zurückdrängung von rechtsextremen Gruppierungen erwiesen. Überall, wo auch nur eine punktuelle Zusammenarbeit ermöglicht wurde, hat dies der extremen Rechten bei Wahlen genutzt. Daher sollten rechtsextreme Parteien keine Partner zur Durchsetzung eigener Ziele sein. Sie sollten auch aus taktischen Gründen nicht als Mehrheitsbeschaffer in Anspruch genommen werden.

Keinem Antrag der NPD zustimmen

Auch wenn sich rechtsextreme Mandatsträger nicht explizit rechtsextrem, menschenverachtend, demokratiefeindlich oder diffamierend äußern, vertreten sie eine Partei, die genau solche Inhalte repräsentiert. Eine Zustimmung zu ihren Anträgen und Debatten wird von der extremen Rechten als Sieg über die „Systemparteien“ gefeiert. Daher sollten generell alle Anträge rechtsextremer Mandatsträger abgelehnt werden, auch wenn sie noch so sachlich daher kommen oder den eigenen Positionen ähneln.

Falls es Abgeordneten der NPD gelingt, einen inhaltlich sinnvollen Antrag in die Sitzung als Erste einzubringen, lassen sich diese Anträge - mit gewissem zeitlichen Abstand - oft ähnlich formuliert mit wenigen inhaltlichen Modifikationen durch demokratische Parteien erneut einbringen.

Jede Ablehnung eines NPD-Antrags kann mit dem demokratiefeindlichen Charakter der rechtsextremen Antragsteller und ihrer Instrumentalisierung der Parlamentsarbeit begründet werden. Es empfiehlt sich, eine ausufernde Sachdebatte zum Thema der Anträge und Anfragen zu vermeiden und gleichzeitig populistische Argumente der Rechtsextremen zurückzuweisen.

Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten der NPD

Der Rückzug auf Sachdebatten bzw. deren Durchsetzung auch gegen rechtsextreme Provokationen und Störaktionen allein genügt nicht, weil auch dann mit Instrumentalisierungsabsichten der NPD zu rechnen ist. Deshalb braucht es immer wieder Beiträge, die auf diese Instrumentalisierungsabsicht aufmerksam machen. Nur so kann bei der Wählerschaft der Eindruck vermieden werden, es handele sich bei der NPD um eine normale demokratische Partei, der es um kommunalpolitische Problemlösungen geht. Um auf rechtsextreme Mandatsträger adäquat reagieren zu können, bedarf es der Kenntnis über Programmatik, Zielsetzung und Aktivitäten ihrer Partei und ihres Umfelds. Zumindest jeweils ein Mitglied der demokratischen Fraktionen sollte sich intensiv mit dem Agieren der NPD auseinandersetzen und als Ansprechpartner in entsprechenden Fragen fungieren.

³⁹⁷ Vgl. Gemeinsame Erklärung der Fraktionen. Halberstadt/Huysburg vom 11.07.2007 sowie Appell der Demokrat/innen: „Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“ vom 03.09.2009. Beide Erklärungen sind auch im Anhang dieser Studie zu finden.

Ebenso wichtig ist die eigene Besinnung auf demokratische Werte sowie die Menschen- und Bürgerrechte. So können die eigenen Positionen – insbesondere bei Themenfeldern, die die NPD von anderen Parteien übernimmt – klarer von den rechtsextremen Initiativen abgegrenzt und Vereinnahmungsversuche durch die Mandatsträger der NPD vermieden werden.

Rechtsextremen Parteien keine Bühne bieten

Eine konsequente Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten der NPD heißt nicht, sich auf einen Schlagabtausch mit ihren Mandatsträgern einzulassen. Die Möglichkeit der Rechtsextremen zur Selbstdarstellung im Parlament sollte so weit wie möglich begrenzt werden. So könnten sich die Fraktionen der demokratischen Parteien darauf verständigen, immer nur einen Abgeordneten auf die Initiativen der NPD antworten zu lassen. Damit kann einerseits die „entlarvende“ Auseinandersetzung mit rechtsextremen Äußerungen gewährleistet werden. Andererseits kann zugleich die Debatte zeitlich begrenzt und eine Überlagerung der sonstigen Sitzungsthemen vermieden werden.

Ignorieren und aktives Ausgrenzen der Rechtsextremen – etwa indem man auf deren Beiträge nicht eingeht oder durch eine konsequente Anwendung der Geschäftsordnung (sachfremde) Anträge von der Tagesordnung nimmt und Redebeiträge der NPD von der Sitzungsleitung abbrechen lässt – können in engen Grenzen ebenfalls sinnvoll sein. Dies ist z.B. der Fall, wenn im Sinne der demokratischen Selbstachtung Anträge der NPD abgelehnt werden, einfach weil sie von einer antidemokratischen Partei kommen. Es darf dabei jedoch nicht der Eindruck der Schwäche oder der Hilflosigkeit entstehen.

Um ausufernde Redebeiträge rechtsextremer Mandatsträger von vornherein zu unterbinden oder abzubrechen bedarf es einer souveränen und konsequenten Sitzungsleitung. Bei Bedarf können unnötige und durch rechtsextreme Ideologie geprägte Debatten auch vermieden werden, indem man auf die Behandlung in den Ausschüssen verweist.

Instrumentarien der Geschäftsordnung und Sitzungsleitung nutzen

Um gezielte Störungen der parlamentarischen Arbeit zu unterbinden, kommt es vor allem auf eine überlegte und konsequente Sitzungsleitung an, die etwa auf die Einhaltung der Redezeit achtet, Beleidigungen und Drohungen mit Ordnungsrufen ahndet sowie ggf. den Ausschluss von Störern von der Sitzung veranlasst und auch durchsetzt. Gleiches gilt auch in Fällen rassistischer, antisemitischer und anderer menschenverachtender Äußerungen. Um dem Missbrauch der Kreistage und Gemeinderäte durch rechtsextreme Abgeordnete der NPD zu begegnen, können auch entsprechende Regelungen in der Geschäftsordnung zum Fragerecht während der Sitzungen hilfreich sein. So können hier Regeln zur Abgabe persönlicher Erklärungen formuliert und die Anzahl der Anfragen und Beiträge eines Abgeordneten je Sitzung festgelegt werden, um eine „Sprengung“ der Sitzungsarbeit durch ausufernde und/oder sachfremde Debattenbeiträge zu vermeiden.

Regeln für Besucher der Sitzungen formulieren

Mitunter nutzen Sympathisanten oder Anhänger rechtsextremer Abgeordneter als Besucher gezielt die Möglichkeit, mit ihrem Verhalten die NPD in ihrem störenden Agieren zu unterstützen bzw. Vertreter demokratischer Parteien einzuschüchtern. Eine konsequente Sitzungsleitung sollte dies unterbinden und ggf. vom Hausrecht Gebrauch machen (z.B. das Verbot von Filmaufnahmen, der Ausschluss von den Sitzungen oder Hausverbote). Wenn nötig, kann dabei auch die Polizei zur Hilfe gerufen werden.

Keine Einschränkung demokratischer Spielregeln

Kleine Fraktionen, Einzelpersonen und Wählervereinigungen sollten in die Arbeit der größeren demokratischen

Fractionen eingebunden werden. Änderungen etwa der Geschäftsordnung – aus der Motivation heraus, die Abgeordneten der NPD in ihrem Handlungsspielraum einzuschränken – sollten möglichst nicht zu Lasten der demokratischen Mitbestimmung aller vorgenommen werden. Die Demokratie lässt sich gegenüber Rechtsextremen nicht verteidigen, indem man sie einschränkt. Jede dieser Einschränkungen stellt bereits ein Sieg für die extreme Rechte dar.

Offensiver Umgang mit den Medien

Der beste Schutz vor der Instrumentalisierung der Presse und Öffentlichkeit durch rechtsextreme Parteien ist eine eigene offensive Öffentlichkeitsarbeit. In der Öffentlichkeit sollten die demokratischen Parteien ihre Positionen gegenüber der NPD deutlich vermitteln. Das eigene Handeln im Parlament und in der Ausschussarbeit sollte transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden. Dies kann nicht nur über eine Darstellung in Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk geschehen, sondern auch mit einer ausführlichen Darstellung der eigenen Arbeit z.B. auf der Fraktionshomepage. Hilfreich ist zudem eine Präsenz des Kreistages oder Gemeinderats im Internet, die sowohl die Sitzungsprotokolle als auch alle Anträge und Anfragen sowie deren Beantwortung beinhaltet.

Fazit und Ausblick

Toralf Staud provozierte mit seinem 2005 veröffentlichten Buch „Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“ weite Teile der deutschen Öffentlichkeit. Nach seiner Einschätzung bestehe die Gefahr, die von der NPD ausgeht, weniger in einem Einzug der Partei in den Bundestag, sondern vielmehr in ihrer kleinteiligen politischen Arbeit in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Dort arbeiteten Kader der Partei gemeinsam mit den Kräften der „Freien Kameradschaften“ an einer „Faschisierung der Provinz“.³⁹⁸ Die rechtsextremen Kader gingen beim „Kampf um die Straße und die Parlamente“ punktuell arbeitsteilig, in den letzten Jahren jedoch zunehmend in enger Abstimmung vor. Neben der Dominanz einer rechtsextremen Jugendkultur in vielen Regionen war der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag am 19. September 2004 ein weiterer Erfolg dieser Strategie der organisierten extremen Rechten.

Bereits acht Jahre zuvor überraschte die rechtsextreme „Deutsche Volksunion“ mit ihrem Wahlerfolg bei den Wahlen zum neuen Landtag in Sachsen-Anhalt. Aufgrund interner Schwächen konnte sich die DVU jedoch im Parlament nicht etablieren. Der NPD-Landesverband schickte sich an, 2011 in ein drittes ostdeutsches Landesparlament einzuziehen. Systematisch wurde seit 2005 der Strukturaufbau betrieben. Als wir die Arbeit zu dieser Studie aufnahmen, war nicht auszuschließen, dass die Partei und „Freie Kameradschaften“ die Wahlerfolge von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wiederholen würden.

Wie eine solche enge und langfristige Kooperation zwischen parteigebundenen und parteiunabhängigen Akteuren der rechtsextremen Szene aussehen kann, lässt sich gut anhand der Harzregion nachzeichnen. Seit Anfang der 1990er Jahre weisen neonazistische Personenzusammenschlüsse und eine rechtsextreme Jugendsubkultur eine personelle Kontinuität sowie einen hohen Grad an Aktivitäten im außerparlamentarischen und vorpolitischen Raum auf. Die schließlich in der „Wernigeröder Aktionsfront“ organisierten Rechtsextremen aus der Harzregion gründeten 2005 den landesweit ersten Kreisverband der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und suchten fortan die Nähe zur NPD. Ihrem Beispiel folgten schnell weitere neonazistische Zusammenschlüsse. So gelang es bis Ende 2006 mehrere so genannte Stützpunkte der JN in Sachsen-Anhalt zu etablieren. Damit einher gingen auch der Neuaufbau bzw. die Stabilisierung der NPD-Strukturen, etwa im Salzlandkreis. In anderen Regionen, wie dem Burgenlandkreis, ermöglichte die personelle Kontinuität innerhalb der eher nationalistisch-konservativ geprägten Strukturen der NPD die Herausbildung einer stabilen Stammwählerschaft.

³⁹⁸ Staud, Toralf 2005, S. 9.

Die Beteiligung an der Kommunalwahl 2007 galt als erstes Etappenziel der neuen „Volksfront von Rechts“ im „Kampf um die Parlamente“. Das Stimmenergebnis für die NPD lag mit landesweit 2,5% zwar unter den eigenen Erwartungen, reichte jedoch aus, um fortan im Landkreis Harz und im Salzlandkreis mit jeweils zwei Mandatsträgern vertreten zu sein. Im neuen Burgenlandkreis konnte die NPD ihren Wähleranteil im Vergleich zu 2004 trotz der Altkreiszusammenlegung ausbauen und mit einer dreiköpfigen Fraktion in den Kreistag einziehen. Ähnlich erfolgreich war die neonazistische Partei bei den Kommunalwahlen 2009. Seitdem besitzt sie 29 Mandate in den kommunalen Gremien Sachsen-Anhalts. Auch wenn die prozentualen Gewinne insgesamt eher bescheiden ausfielen, scheint doch inzwischen auf kommunaler Ebene zu gelten: Nahezu überall dort, wo die NPD antritt, gelingt es ihr auch in die Vertretungen einzuziehen.



Kundgebung am 18.08.2010 in Laucha

Die NPD-Fraktionen in den untersuchten Kreistagen verfolgten in ihrer kommunalpolitischen Arbeit trotz gegenteiliger Bekundungen eine Strategie der Fundamentalopposition. Im Gegensatz zu den Untersuchungen aus anderen Bundesländern sind bei den rechtsextremen Mandatsträgern im Harzkreis und im Burgenlandkreis keine Bemühungen um Anerkennung als „normale“ politische Kraft erkennbar. Ihre Arbeit konzentrierte sich ausschließlich auf die Kreistagssitzungen. In den Ausschüssen verhielten sie sich passiv oder waren gar nicht erst anwesend. Die Anträge der NPD fanden bis auf eine Ausnahme – dabei ging es um die Stasi-Überprüfung der Kreistagsmitglieder im Burgenlandkreis – keine Mehrheiten in den Kreistagen. Die parlamentarische Arbeit der NPD erregte darüber hinaus kaum mediale und öffentliche Aufmerksamkeit. Lediglich inszenierte Provokationen – wie das Tragen von T-Shirt mit dem Konterfei des iranischen Präsidenten – sowie der punktuelle Aktionismus der Landesregierung – wie bei dem missglückten Versuch, Battke die Lizenz als Bezirksschornsteinfeger zu entziehen – brachten die NPD in die Öffentlichkeit.

Was die von der NPD erhoffte kommunale Verankerung betrifft, so kann dies hier nicht auf Grundlage empirischer Erhebungen beantwortet werden, da die vorliegende Studie sich auf die parlamentarischen Aktivitäten der NPD konzentrierte. Es lässt sich jedoch sagen, dass die NPD in Sachsen-Anhalt weder einen Zustrom an Mitgliedern verzeichnen noch den Aufbau von Parteistrukturen voranbringen konnte. Ein Vergleich von Ergebnissen bei Kommunal- und Bundestagswahlen muss aufgrund der Fülle an Faktoren, die das Stimmverhalten von Wählern beeinflussen, mit der nötigen Vorsicht durchgeführt werden. Immerhin ist festzustellen, dass die zweieinhalbjährige parlamentarische Präsenz in den Kreistagen nicht zu einem Stimmenzuwachs geführt hat – weder bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten im Juni 2009 noch bei den Bundestagswahlen im September 2009. Nur im Burgenlandkreis gelang es der rechtsextremen Partei ihre kommunale Präsenz auszubauen. So erzielte sie mit 13,5% in Laucha ihr landesweit bestes Ergebnis.

Vor dem Hintergrund eines normativen Verständnisses von kommunalpolitischer Arbeit müsste daher die Bilanz der zweieinhalbjährigen Tätigkeit der NPD-Fraktionen in den Kreistagen des Salzlandkreises, des Burgenlandkreises und des Landkreises Harz vernichtend ausfallen. Beier u.a. haben in ihrer Studie zu Mecklenburg-Vorpommern jedoch zu Recht darauf hingewiesen, dass der Maßstab zur Beurteilung von rechtsextremen Mandatsträgern nicht derselbe sein könne wie bei demokratischen Politikern. Vielmehr sollten zur Bewertung die von den Gegnern der parlamentarischen Demokratie selbst ausgegebenen Ziele herangezogen werden.

Der NPD geht es nicht um die Lösung kommunaler Aufgaben innerhalb der politischen Arena, die die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik vorgibt. Die rechtsextreme Partei verfolgt vielmehr andere Absichten: „Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung, der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in und außerhalb der Parlamente.“³⁹⁹ Hinzu kommen weitere Indikatoren. So will die NPD die kommunalen Gremien als Bühne für ihre Ideologie nutzen und als Kampfplatz instrumentalisieren, um den politischen Gegner bloßzustellen. Mit der Präsenz in den Parlamenten erhofft sie sich eine Normalisierung rechtsextremer Inhalte in der Öffentlichkeit. Nicht zuletzt geht es der neonazistischen Partei darum, ihre kommunalen Mandate 2011 als Sprungbrett für einen Einzug in den Landtag zu nutzen.

Eine kommunale Verankerung wird im Wesentlichen durch eine personelle Kontinuität vor Ort bestimmt. Daher ist es bereits als Erfolg zu werten, dass – im Gegensatz zur DVU nach ihrem Einzug in den Landtag 1998 – die NPD seit 2007 in den sachsen-anhaltischen Kreistagen mit Ausnahme des Jerichower Landes ein stabiles Personal vorweisen kann. In zwei der drei untersuchten Landkreise – im Harz und im Burgenlandkreis – waren die rechtsextremen Mandatsträger zudem äußerst aktiv. Mit einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen inszenierten sie sich gegenüber der eigenen Klientel und potentiellen Wählern als lebendige politische Kraft. Die Vielzahl an Anträgen und Anfragen sollte deutlich machen, dass die NPD im Vergleich zu den demokratischen Fraktionen kommunalpolitisch weitaus aktiver sei.

Dem entsprach auch eine vielfältige Themenwahl, mit der die NPD unter Beweis stellte, keine Ein-Thema-Partei zu sein. Mit der Schwerpunktsetzung auf den Politikfeldern Umwelt sowie Arbeit und Soziales wollten die Rechtsextremen ihrem Anspruch gerecht werden, Vertreterin der „kleinen Leute“ zu sein und Sympathisanten langfristig an die Partei zu binden. Zumindest im Burgenlandkreis scheint dies bei einigen ständigen Besuchern der Kreistagssitzungen aber auch mit der Herausbildung eines Stammwählerpotentials seit 2004 gelungen zu sein.

Der NPD ist es zudem im Harz und im Burgenlandkreis gelungen, die Kreistage als Bühne zur Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Vertreter zu missbrauchen. In zahlreichen Anträgen, Anfragen und Wortbeiträgen kam immer wieder ihre Ablehnung der parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck. Das Auftreten ihrer Mandatsträger war dabei stets von Provokation und Aggression geprägt. Dass sich vor allem Michael Schäfer im Harz und Andreas Karl im Burgenlandkreis nahezu ausschließlich auf öffentlichkeitswirksame Auftritte in den Kreistagssitzungen konzentrierten, verdeutlichte zusätzlich das instrumentelle Verhältnis der rechtsextremen Abgeordneten zu den kommunalen Vertretungskörperschaften.

Die parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion waren lediglich ein taktisches Instrument ihrer symbolischen Kommunalpolitik. An einer Beteiligung an den Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen war ihnen gar nicht gelegen. Dies trifft auch auf die vollkommen inaktiv gebliebenen Mandatsträger der NPD im Salzlandkreis zu, die mit ihrer Passivität im Kreistag ihr Desinteresse an der anfallenden kommunalpolitischen Arbeit zeigten.

Allerdings ließen weder die Selbstinszenierung der NPD als „wahre Volksvertreter“ noch ihre Anträge eine gezielte politische Strategie erkennen. Ihre parlamentarischen Vorlagen übernahmen sie häufig von anderen –

399 Matthias Heyder in einer Pressemitteilung der NPD Sachsen-Anhalt vom 15. April 2009.

rechtsextremen aber auch demokratischen – Fraktionen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen. Regionalspezifische Gegebenheiten spielten dabei kaum eine Rolle. Ein Austausch zwischen den Kreistagsfraktionen der NPD hat nicht stattgefunden. Im Beobachtungszeitraum der Studie war keine Weiterentwicklung der Aktivitäten oder ein Kompetenzzuwachs der rechtsextremen Mandatsträger zu erkennen.

Mit ihrer Strategie der Fundamentalopposition konterkarierte die NPD ihre Bestrebungen, rechtsextreme Positionen und ihre Präsenz in kommunalen Gremien zu normalisieren. Durch ihr provokatives und diffamierendes Auftreten diskreditierte sich die NPD bei den demokratischen Kommunalpolitikern, aber auch bei den Bürgern, soweit sie diese überhaupt erreichen konnten.

Auch der Versuch, mit der Arbeit in den Kreistagen bei der rechtsextremen Szene und rechtsextrem affinen Jugendlichen auf positive Resonanz zu stoßen, ist als gescheitert anzusehen. Die parlamentarische Arbeit ist weiterhin für Jugendliche im vorpolitischen Raum wenig attraktiv. Die Kreistagssitzungen wurden von ihnen oder Angehörigen der rechtsextremen Szene kaum besucht. Die Strategie, sich über einen erfolgreichen „Kampf um die Parlamente“ als die relevante Kraft der extremen Rechten im Land zu etablieren, ist nur in Ansätzen aufgegangen. Eher kritisch zur NPD stehende „Kameradschaften“ ließen sich auf dieses Experiment in der Hoffnung ein, mit der Präsenz in den Kreistagen die Infrastrukturen und Finanzierungsmöglichkeiten ihrer politischen Arbeit ausbauen zu können. Nach den eher geringen Wahlerfolgen sind die aktionistischen Kader der „Freien Kräfte“ weitestgehend enttäuscht und ernüchert. Es hat sich gezeigt, dass kommunale Gremien kaum Ressourcen bieten, die für die außerparlamentarische Bewegung genutzt werden können. Selbst eine Anmietung von Räumen in den Kreistagen und Einrichtungen der Landkreise durch die NPD wird anders als in Berlin in Sachsen-Anhalt nicht praktiziert.

Nach dem Einzug der NPD in sieben Kreistage Sachsen-Anhalts standen die Mandatsträger der demokratischen Parteien vor der Herausforderung, einen adäquaten Umgang mit den Rechtsextremen in den kommunalen Gremien zu finden. Konnte es in der kommunalpolitischen Arbeit gelingen, sich einer Normalisierung rechtsextremer Positionen und Politikangebote zu widersetzen sowie Stellung gegen das demokratiefeindliche Agieren der NPD zu beziehen? Darüber hinaus galt es, mit der alltäglichen Kreistagsarbeit und in der Auseinandersetzung mit der NPD die (potentiellen) Wähler der rechtsextremen Partei für die Demokratie (zurück) zu gewinnen.

Lediglich im Kreistag Harz verständigten sich die demokratischen Fraktionen im Vorfeld der konstituierenden Sitzung über ein Vorgehen gegenüber den Mandatsträgern der NPD und verfassten eine gemeinsame, öffentliche Erklärung. Damit wurde jegliche Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Fraktion ausgeschlossen, Regeln für den Umgang mit ihren parlamentarischen Initiativen formuliert und als langfristiges Ziel festgehalten, NPD-Wähler zurück zu gewinnen. In den anderen Kreistagen gab es zwar ebenfalls einen Verständigungsprozess der demokratischen Parteien, der jedoch nur zu mündlichen und unverbindlichen Absprachen – mitunter nicht unter allen Fraktionen – führte. Die getroffenen Vereinbarungen fanden insofern eine Umsetzung, als dass alle Anträge der NPD von den demokratischen Fraktionen der Kreistage mehrheitlich abgelehnt wurden. Allerdings fand im Burgenlandkreis ein Antrag der rechtsextremen Partei in Form eines Erweiterungsantrags einer demokratischen Fraktion die Zustimmung des Kreistages. In drei weiteren Fällen stimmten einzelne Fraktionen Vorlagen der NPD in den Kreistagen zu. Die Strategie der NPD, durch die fortwährende Einbringung von Anträgen die demokratischen Kreistagsmitglieder doch noch zu einer Befürwortung ihrer Initiativen zu drängen, ging daher nur in Einzelfällen auf. Eine direkte Zusammenarbeit mit den rechtsextremen Mandatsträgern gab es nicht und wird auch für die Zukunft ausgeschlossen.

Hingegen wurde die offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Ziel, die antidemokratische und menschenverachtende Ideologie der NPD aufzudecken, nur punktuell und von einigen wenigen Mitgliedern der demokratischen Parteien betrieben. Es überwog die Meinung, möglichst rasch die Anfragen und Anträge abzuhandeln. Auch die Provokationen, Diffamierungen und Regelverstöße bewogen demokratische Mandatsträger nur selten

zu einer inhaltlichen Stellungnahme. Begründet wurde diese passive Haltung u. a. mit dem Argument, dass man der NPD nicht mehr Raum als nötig geben wolle, um sich und ihre politischen Positionen darzustellen. Die geführten Gespräche zeigten jedoch deutlich, dass es bei einer Mehrheit der demokratischen Mandatsträger an der Bereitschaft fehlte, sich mit Programmatik und Strategie der NPD auseinanderzusetzen. Stattdessen wurde der „bequemere“ Weg vorgezogen, indem die NPD-Anträge ohne Sachdebatte zur Abstimmung gestellt und letztlich abgelehnt wurden. Die Mitglieder der Kreistage versäumten es so, die demokratische Kultur im Kreistag und darüber hinaus zu stärken.

Die ehrenamtlich und beruflich eingebundenen Kreistagsmitglieder waren in ihrer Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Mandatsträgern überwiegend auf sich allein gestellt. Die Unterstützung durch die Landesverbände der demokratischen Parteien wurde als unzureichend bewertet. Sie überließen es entweder den Kommunalpolitikern vor Ort, einen adäquaten Umgang mit den rechtsextremen Mandatsträgern zu finden. Oder sie arbeiteten mit allgemeinen Materialien und Handreichungen zum Rechtsextremismus, die von den Kreistagsmitgliedern teilweise als wenig hilfreich für ihren kommunalpolitischen Alltag empfunden worden sind. Einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den demokratischen Fraktionen der verschiedenen Kreistage hat es nicht gegeben.

Die konsequente Ausgrenzung der NPD-Mandatsträger und die Ablehnung ihrer parlamentarischen Initiativen schränkte die Möglichkeiten der rechtsextremen Fraktionen – unabhängig von der strategischen Zielstellung der NPD –, Einfluss auf die politischen Gestaltungsprozesse in den Kreistagen zu nehmen, erheblich ein. Offen bleibt jedoch, welche langfristigen Folgen die parlamentarische Repräsentanz von Rechtsextremen für die politische Kultur in den Gremien und im Gemeinwesen hat. Entsprechende Hinweise hierfür finden sich nicht in den Daten, die dieser Analyse zugrunde liegen. Auf einem bundesweiten Erfahrungsaustausch von Kommunalpolitikern, Wissenschaftlern und Mitarbeitern von Beratungsprojekten gegen Rechtsextremismus im September 2009 äußerten sich jedoch einige Mandatsträger der demokratischen Parteien in dieser Richtung: Kritik gegenüber der kommunalen Verwaltung werde nicht mehr offen geäußert, um den Rechtsextremen nicht in die Hände zu spielen. Einige Demokraten verminderten ihr politisches Engagement, da sie wiederholt Drohungen aus der rechtsextremen Szene erhielten.⁴⁰⁰

Umfragen kommen zu dem Ergebnis, dass die Bürger in Sachsen-Anhalt den Institutionen auf kommunaler Ebene ein höheres Vertrauen entgegen bringen als dem Bundestag oder der Bundesregierung. Die stetig sinkende Wahlbeteiligung, die gerade bei der Abstimmung der kommunalen Gremien historische Tiefstände erreicht, weist auf eine Legitimationskrise der parlamentarischen Repräsentation hin. Die Parteien in den Kreistagen und Gemeinderäten stehen somit vor der Herausforderung, die lokalen Probleme zur Zufriedenheit der Bürger aufzugreifen und einer Lösung zuzuführen.⁴⁰¹

Insbesondere in Zeiten knapper Kassen und gesellschaftlicher wie politischer einschneidender Veränderungen ist dies ein schwieriges Unterfangen. Die demokratischen Parteien und ihre Repräsentanten nehmen im Gemeinwesen eine zentrale Stellung ein. Sie sind durch ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der kommunalen Politik Schlüsselakteure und Meinungsbildner zugleich. Der von ihnen eingeschlagene Weg der Kommunikation und Konflikt austragung mit anderen Akteuren hat maßgeblichen Einfluss auf den Zustand der lokalen politischen Kultur. Sie sind gefordert, auftretende Probleme nicht den Rechtsextremen zur Bearbeitung zu überlassen. Denn dort, wo staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure Lücken hinterlassen, bietet sich der extremen Rechten die Chance, diese mit eigenen Angeboten zu füllen.

400 Vgl. Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2009:

„In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“, Berlin, S. 6.

401 Vgl. hierzu u.a. Holtmann, Everhard u.a. 2009, S. 85ff.

Zugleich besteht die Aufgabe der Lokalpolitik in der Festigung demokratischer und menschenrechtsorientierter Wertvorstellungen und deren Verteidigung gegen Rechtsextreme innerhalb und außerhalb der kommunalen Vertretungsorgane. Hierbei sollte die Politik den Schulterschluss mit anderen Akteursgruppen – wie z.B. Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen – suchen. Diese so angestoßenen Diskurse münden im Idealfall in der nachhaltigen Stärkung einer gelebten und auf breiter Akzeptanz aufbauenden demokratischen Alltagskultur. In dieser haben es bekennende Rechtsextreme schwer, sich mit ihren – zu den Grundfesten der Kommune konträr stehenden – politischen Auffassungen Gehör zu verschaffen oder gar als honorige Bürger anerkannt zu werden. Ferner reduziert eine im konkreten Alltagsleben gelebte Demokratie das menschenfeindlich und antidemokratisch eingestellte Potential in der Bevölkerung, welches – neben anderem – oftmals auch auf subjektiven politischen Ohnmachtsempfindungen und der Suche nach einfachen Antworten für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen beruht.

Abgeordnete der NPD versuchen aus der durchaus vorhandenen Distanz und Verdrossenheit der Bürgerschaft auch gegenüber Kommunalparlamenten und Kreistagen Nutzen zu ziehen, indem sie die Repräsentativität und demokratische Leistungsfähigkeit anzweifeln. Dies legt eine offensive Strategie demokratischer Gruppierungen und Parteien in den Parlamenten nahe, die über die notwendige gemeinsame Abwehr der rechtsextremen Herausforderungen hinausgeht. Sie sollte auf zwei Ebenen ansetzen.

Erstens geht es um die lokale und regionale Kooperation und Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (Initiativen, Bürgerbündnisse etc.), die sich gegen die Ausbreitung rechtsextremer Orientierungen und Aktionsformen wenden. Gemeinsame Veranstaltungen, Auftritte, Erklärungen und Initiativen können sowohl die parlamentarische Arbeit wie die zivilgesellschaftliche Alltagspraxis fördern.

Zweitens kann und sollte die Parlamentsarbeit selbst Ausgangspunkt für eine demokratische Beteiligungskultur werden. Im Rahmen des Konzepts "Bürgerkommune" sind bereits zahlreiche Mitwirkungsformen erprobt worden. Sie reichen von Kinder- und Jugendräten mit eigenen Gestaltungsmöglichkeiten bis zu Bürgerhaushalten, in denen die Bürgerschaft selbst Schwerpunkte setzen kann. "Mehr Demokratie wagen" ist auch Kreisen und Kommunen die wirksamste Prävention gegen Rechtsextremismus. Kreistage und Gemeinderäte können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.



Anhang

Anlage 1: Harzer Erklärung

Kreistag des Landkreises Harz

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen:

CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

Fraktion Die Linke

FDP-Fraktion

Bürgerfraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktionen im Kreistag Harz von CDU, SPD, Die Linke, Bürgerfraktion, FDP und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich gemeinsam für den Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung Sachsen-Anhalts ein. Sie wenden sich gegen jede Form der politisch motivierten Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Der Einzug der rechtsextremen NPD in den Kreistag Harz erfüllt uns mit Sorge. Er schadet der Demokratie und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir gehen jedoch davon aus, dass ein Teil der Wählerschaft der NPD sich nicht mit den verfassungsfeindlichen Zielen dieser Partei identifiziert.

Deshalb ist es unsere dringlichste Aufgabe, jene von der Demokratie enttäuschten Bürgerinnen und Bürger für die demokratische Wertegemeinschaft zurückzugewinnen. Wir wollen nach Kräften dafür sorgen, dass auch diejenigen wieder in den Prozess der politischen Meinungsbildung einbezogen werden, die zur Kreistagswahl nicht wählen gegangen sind. Zum Erreichen dieses Zieles ist eine sachorientierte und erfolgreiche Arbeit der Kreisverwaltung ebenso wichtig, wie ein kritisch-konstruktives Wirken der Mitglieder des Kreistags.

Eine Zusammenarbeit mit Mitgliedern der NPD darf und wird es nicht geben. Die NPD-Mitglieder als Menschen ernst zu nehmen, kann nicht bedeuten, ihre Ideologie auch nur ansatzweise anzuerkennen. Wir werden gemeinsam alle Möglichkeiten in der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung und anderen Regeln des Kreisrechts nutzen, um den Einfluss der NPD im Landkreis Harz zurückzudrängen.

Der Einzug der NPD in den Kreistag wird nicht dazu führen, dass demokratische Rechte von Kreistagsmitgliedern eingeschränkt werden. Trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen sind wir uns darin einig, dass die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor Fraktionsinteressen haben muss.

Halberstadt / Huysburg, 11. Juli 2007

Thomas Balcerowski

Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion

Birgit Voigt

Fraktionsvorsitzende SPD-Fraktion

Carsten Nell

Fraktionsvorsitzender Fraktion Die Linke

Henning Rühle

Fraktionsvorsitzender der Bürgerfraktion

Friedrich Kaufmann

Fraktionsvorsitzender FDP-Fraktion

Peter Lehmann

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Anlage 2: Berliner Appell

Bundesweiter Appell der Demokrat/innen:

„Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“

Angesichts dessen,

-dass sich Rechtsextreme seit vielen Jahren bemühen, Landesparlamente und kommunale Gremien als Bühnen der Agitation, Experimentierfelder und Lehrwerkstätten sowie als Informations und Finanzierungsquellen zu instrumentalisieren,

-dass nach den Kommunalwahlen am 07. Juni 2009 in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie am 30. August in Nordrhein-Westfalen die absolute Zahl der rechtsextremen Sitze in kommunalen Gremien erheblich gestiegen ist,

-dass somit immer mehr demokratische Kommunalpolitiker/innen in ihrer alltäglichen politischen Arbeit mit rechtsextremen Provokationen umgehen müssen,

-und aufbauend auf den vorhandenen vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien und Landesparlamenten

haben sich Kommunal- und Landespolitiker/innen von Bündnis 90/Grünen, CDU, Linkspartei und SPD, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen fachlicher Beratungsprojekte aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 03. September 2009 in Berlin zusammengefunden. Als Quintessenz des Fachaustausches werden in diesem gemeinsamen Papier Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtsextremen Strategien und der dahinter stehenden menschenverachtenden Ideologie aufgezeigt.

Die Teilnehmenden appellieren an alle demokratischen Mandatsträger/innen in ihrem alltäglichen politischen Engagement, folgende politischen Eckpunkte zu beachten:

1. Gemeinsames Vorgehen aller Demokrat/innen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen kann nur als gemeinsames demokratisches Anliegen Erfolg haben. Die demokratischen Parteien sind angehalten, sich fortlaufend über ihren Umgang mit den Rechtsextremen abzustimmen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darf nicht zur Domäne einzelner Parteien oder Personen werden, sondern geht jede/n Demokrat/in an.

2. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen dürfen deren antidemokratische und menschenverachtende Positionen nicht außer Acht gelassen werden. Rechtsextreme bemühen sich um Normalisierung und damit um ihre Etablierung als politischer Faktor. Häufig versuchen sie, die Abgrenzung seitens der Demokrat/innen durch (kommunal)politische Initiativen ohne erkennbaren ideologischen Hintergrund zu unterlaufen. Zunehmend sollen rechtsextreme Frauen und Themen wie Umwelt- oder Sozialpolitik Harmlosigkeit, Bürgernähe und Normalisierung des Rechtsextremismus suggerieren. Die Demokrat/innen sind aufgefordert, stetig und öffentlich wahrnehmbar auf den Charakter der rechtsextremen Ideologie zu verweisen und menschenrechtsorientierte, demokratische Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen zu vermitteln.

- 3.** Niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Gerade in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie eine Chance. Durch Absprachen unter den demokratischen Parteien gilt es möglichst zu vermeiden, dass sie diese nutzen können. Kurzfristige politische Erfolge sollten nicht damit erkaufte werden, die Feinde der Demokratie langfristig salonfähig zu machen.
 - 4.** Niemals einem Antrag der Rechtsextremen zustimmen. So harmlos und ideologiefrei ein Antrag der Rechtsextremen gelegentlich auch daher kommen mag: Jede Zustimmung bedeutet einen Erfolg der rechtsextremen Bemühungen um Normalisierung. Die generelle Ablehnung rechtsextremer Anträge muss öffentlich und inhaltlich begründet werden.
 - 5.** Aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten statt Schweigen und Ignorieren. Der antidemokratische, menschenverachtende und rückwärtsgewandte Charakter des Rechtsextremismus muss gegenüber der Bevölkerung immer wieder demaskiert werden. Hierzu bedarf es einer eingehenden Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie, Strategien, Strukturen und Organisationen. Jenseits des notwendigen Reagierens auf rechtsextreme Bestrebungen gilt es, in die Offensive zu kommen und eine breite Debatte über die grundlegenden Werte einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft anzustoßen.
 - 6.** Keine Normalität im täglichen Umgang mit Rechtsextremen. Auch auf der Ebene der alltäglichen menschlichen Kontakte sollten Demokrat/innen deutlich machen, dass es sich bei den Rechtsextremen nicht um politische Partner/innen, sondern um prinzipielle Feinde der Demokratie handelt – auch wenn die rechtsextremen Mandatsträger/innen vielfach nicht dem Klischee des Neonazis entsprechen, sondern sich bisweilen als nette Bürger/innen von nebenan geben. Die öffentlich wahrnehmbaren Verhaltensweisen demokratischer Politiker/innen senden wichtige Signale aus und beeinflussen das gesellschaftliche Klima im Gemeinwesen.
 - 7.** Den Spielraum der Rechtsextremen mit demokratischen Mitteln so weit wie möglich einschränken. Die Instrumentarien von Geschäftsordnung und Sitzungsleitung bieten bei konsequenter Handhabung viele Möglichkeiten, um Störungen und Provokationen durch rechtsextreme Mandatsträger/innen oder Besucher/innen zu unterbinden. Ob Äußerungen rechtsextremer Mandatsträger/innen strafrechtlich relevant sind, muss fortwährend gründlich geprüft werden. Allerdings ersetzt das administrative und juristische Vorgehen keinesfalls die inhaltliche Auseinandersetzung. Demokratische Standards sollten nicht abgesenkt werden, um die Rechtsextremen einzuschränken, sondern Demokratie und politische Teilhabe sind vielmehr weiterhin zu stärken.
 - 8.** Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunalpolitik sind vielfältig. Wo Rechtsextreme versuchen, kommunale Gremien als Bühnen ihrer Agitation zu missbrauchen, gilt es für die Demokrat/innen, diese Gremien noch stärker zu Orten gelebter Demokratie zu machen und die Bürger/innen in eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Gestaltung des Gemeinwesens einzubeziehen. Besonders wichtig sind die Förderung, Unterstützung und öffentliche Anerkennung von zivilgesellschaftlichen demokratischen Initiativen sowie das Eintreten für die Betroffenen rechtsextremer Bedrohung und Gewalt.
-

Anlage 3:**Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien von 2007 bis 2009 in ausgewählten Landkreisen und Gemeinden Sachsen-Anhalts in Prozent**

	Kreistagswahlen 2007	Gemeinderats- wahl 2009	Europawahl 2009	Bundestagswahl 2009
Wahlbeteiligung Sachsen-Anhalt ges.	36,4	k. A.	37,8	60,5
	Stimmergeb- nis NPD	Stimmergeb- nis NPD	Stimmergeb- nis DVU	Stimmergeb- nis NPD
Sachsen-Anhalt gesamt	2,5	k. A.	1,0	2,5
Burgenlandkreis	4,7	/	1,3	3,2
Landkreis Harz	3,6	/	1,1	2,3
Salzlandkreis	2,9	/	1,0	2,2
Bernburg	3,0	3,5	1,1	2,2
Halberstadt	3,0	1,5	1,0	2,2
Laucha a. d. Unstrut	11,0	13,5	4,6	6,2
Naumburg	4,0	kein Wahlantritt	1,2	3,4
Wernigerode/Harz	4,0	2,8	1,4	2,7

Quellen

Interviews

- Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 10.01.2008.
- Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Burgenlandkreis am 16.06.2009.
- Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Burgenlandkreis am 05.12.2007.
- Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Burgenlandkreis am 29.04.2009.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 05.12.2007.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Burgenlandkreis am 17.03.2009.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 05.12.2007.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Burgenlandkreis am 29.06.2009.
- Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 17.12.2007.

- Interview mit einem Vertreter der Bürgerfraktion im Harzkreis am 28.11.2007.
- Interview mit einem Vertreter der Bürgerfraktion im Harzkreis am 21.01.2009.
- Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Harzkreis am 27.09.2007.
- Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Harzkreis am 28.11.2007.
- Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Harzkreis am 04.03.2009.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 27.09.2007.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Harzkreis am 18.03.2009.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 12.12.2007.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Harzkreis am 21.01.2009.
- Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 04.10.2007.
- Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Harzkreis am 11.05.2009.

- Interview mit einem Vertreter der CDU-Fraktion im Salzlandkreis am 04.02.2009.
- Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Salzlandkreis am 28.10.2007.
- Interview mit einem Vertreter der FDP-Fraktion im Salzlandkreis am 11.03.2009.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Die Linke im Salzlandkreis am 05.02.2008.
- Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Salzlandkreis am 01.11.2007.
- Interview mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Salzlandkreis am 24.04.2009.
- Interview mit zwei Vertretern der UWG Salzlandkreis sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Salzlandkreis am 25.10.2007.
- Interview mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Salzlandkreis am 18.05.2009.

Beobachtungsprotokolle der Kreistagsitzungen

- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 16.07.2007.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 27.08.2007.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 29.10.2007.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 17.12.2007.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 11.02.2008.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 21.04.2008.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 07.07.2008.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 15.09.2008.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 27.10.2008.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 15.12.2008.
- Beobachtungsprotokoll der Sitzung des Kreistages im Burgenlandkreis am 02.03.2009.

- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 11.07.2007.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 01.08.2007.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 20.09.2007.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 07.11.2007.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 12.12.2007.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 23.01.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 05.03.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 16.04.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 29.05.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 09.07.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 07.09.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 29.10.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 17.12.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 21.01.2009.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Harzkreis am 04.03.2009.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 11.07.2008.

- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 26.09.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 07.11.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 12.12.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 27.02.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 23.04.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 28.05.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 25.06.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 02.07.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 10.09.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 05.11.2008
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 17.12.2008.
- Beobachtungsprotokoll zur Sitzung des Kreistages im Salzlandkreis am 04.03.2009.

Niederschriften der Kreistagssitzungen

- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die konstit. Sitzung des Kreistages vom 18.07.2007.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 2. Sitzung des Kreistages vom 27.08.2009.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 3. Sitzung des Kreistages vom 29.10.2007.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages vom 17.12.2007.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 5. Sitzung des Kreistages vom 11.02.2008.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages vom 21./23.04.2008.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 7. Sitzung des Kreistages vom 07.07.2008.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 8. Sitzung des Kreistages vom 15.09.2008.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreistages vom 27.10.2008.

- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 15.12.2008.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 11. Sitzung des Kreistages vom 02.03.2009.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages Burgenlandkreis vom 27.04.2009.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 13. Sitzung des Kreistages vom 22.06.2009.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistages vom 31.08.2009.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages vom 26.10.2009.
- Kreistag Burgenlandkreis: Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages vom 14.12.2009.

- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur Konstituierenden Sitzung des Kreistages am 11.07.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 2. Sitzung des Kreistages am 01.08.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 3. Sitzung des Kreistages am 20.09.2007.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 4. Sitzung des Kreistages am 07.11.2007
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 5. Sitzung des Kreistages am 12.12.2007.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 6. Sitzung des Kreistages am 23.01.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 7. Sitzung des Kreistages am 05.03.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 8. Sitzung des Kreistages am 16.04.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 9. Sitzung des Kreistages am 29.05.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 10. Sitzung des Kreistages am 09.07.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 11. Sitzung des Kreistages am 07.09.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 12. Sitzung des Kreistages am 29.10.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 13. Sitzung des Kreistages am 17.12.2008.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 14. Sitzung des Kreistages am 21.01.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 15. Sitzung des Kreistages am 04.03.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 16. Sitzung des Kreistages am 15.04.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 17. Sitzung des Kreistages am 13.05.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 18. Sitzung des Kreistages am 24.06.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 19. Sitzung des Kreistages am 26.08.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 20. Sitzung des Kreistages am 07.10.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 21. Sitzung des Kreistages am 10.11.2009.
- Kreistag des Landkreises Harz: Protokoll zur 22. Sitzung des Kreistages am 17.12.2009.

- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Kreistages am 11.07.2007.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 26.09.2007.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 07.11.2007.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 12.12.2007.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 27.02.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 23.04.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 28.05.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 25.06.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 02.07.2008.

- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 10.09.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 05.11.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 17.12.2008.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 04.03.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 14. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 29.04.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 13.05.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 04.06.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 17. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 24.06.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 26.08.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 07.10.2009.
- Kreistag Salzlandkreis: Niederschrift über die 20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 09.12.2009.

Vorlagen und andere Dokumente

- Kreistag Burgenlandkreis: Beschlussvorlage 07/0069: Antrag der NPD-Fraktion zur Änderung der Entschädigungssatzung.
 - Kreistag Burgenlandkreis: Beschlussvorlagen 08/0293 und 08/0294: Antrag der NPD-Fraktion zum 16.07.2007, geändert am 11.02.2008, http://www.burgenlandkreis.de/media/kreisrecht_satzungen/geschaeftsordnung_des_kreistages_stand_11022008.pdf, eingesehen am 21.06.2010.
 - Kreistag Burgenlandkreis: Beschlussvorlage 07/0085/2:
Antrag der NPD-Fraktion zur Überprüfung der Mitglieder des Kreistages auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR.
 - Kreistag Burgenlandkreis: Beschlussvorlagen 08/0293 und 08/0294: Antrag der NPD-Fraktion zur Änderung der Entschädigungssatzungen.
 - Kreistag des Landkreises Bergstraße: Vorlagen-Nr. 16/0676: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erneuerbare Energien für kreiseigene Liegenschaften betreffend.
 - Kreistag des Landkreises Bergstraße: Vorlagen-Nr. 16/0362: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Armutsbericht für den Kreis Bergstraße.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Anfrage der NPD-Fraktion Nr. 57/2008: Stand der Stasiüberprüfung.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Antwort auf die Anfrage der NPD-Fraktion Nr. 57/2008: Stand der Stasiüberprüfung.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 36/2007:
Antrag der NPD-Fraktion: Prüfung der Einrichtung einer gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die Bauern im Landkreis Harz.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 40/2007: Antrag der CDU-Fraktion: Überprüfung der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Harz auf inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in der ehemaligen DDR.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 47/2007: Antrag der NPD-Fraktion:
Antrag auf dauerhafte Entfernung von intoleranten, rassistischen und antisemitischen Denkmälern, Straßennamen usw. aus dem öffentlichen Leben.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 49/2007: Antrag der NPD-Fraktion: Schulsprache: deutsch.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 86/2007: Antrag der NPD-Fraktion: Resolution Schulsprache: deutsch.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 109/2007: Antrag der NPD-Fraktion: Entwicklung eigener Projekte und Maßnahmen der Lokalen Agenda 21 im Landkreis Harz.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Anfrage der NPD-Fraktion Nr. 64/2008: Nachgehakt! – Bei zweifelhaften Antworten des Landrates nachgefragt!
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 119/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Kreisinformationssystem.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 120/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Informationskampagne zum Thema Klimaschutz.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 152/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Filmdokumentation.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 153/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Fachkonferenz Kalkabbau.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 154/2008: Antrag der NPD-Fraktion:
Gedenkminute im Kreistag und Gedenkstunde am 8. April für die Opfer des Bombenholocausts.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 155/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus über Opferrente aufklären.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 169/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Verringerung von CO 2-Emissionen.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 172/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Bitte an die Landesregierung – Kalbabbau.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage Nr. 173/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Umfrage der Koba zur Kundenzufriedenheit und für Verbesserungsvorschläge.
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 214/2008: Antrag der NPD-Fraktion:
Überprüfung der Kreistagsmitglieder auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (II).
 - Kreistag des Landkreises Harz: Beschlussvorlage 355/2008: Antrag der NPD-Fraktion: Information der Bevölkerung des Landkreises über die Gefahren von ASSE II.
 - Kreistag Salzlandkreis: Beschlussvorlage B/053/2007: Gebührensatzung der Kreisvolkshochschule.
- Landtag von Mecklenburg-Vorpommern: Drs. 5/917: Antrag der NPD-Fraktion: Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus über Opferrente aufklären.
 - Landtag von Mecklenburg-Vorpommern: Drs 5/985: Antrag der NPD-Fraktion: „Stolpersteine“ für Opfer der SED-Diktatur.
- Sächsischer Landtag: Drs. 4/13090: Antrag der NPD-Fraktion: Ärztemangel im ländlichen Raum wirksam bekämpfen.

Rechtsextreme Veröffentlichungen und Internetquellen

- Altermedia Deutschland 2007a: Alle waren Sieger, auch wenn einer nur gewinnen kann – Wahlkampfabschluss in Wernigerode, 21.04.2007, http://de.altermedia.info/general/fka-alle-waren-sieger-auch-wenn-einer-nur-gewinnen-kann-wahlkampfabschluss-in-wernigerode-210407_9237.html, eingesehen am 08.10.2008.
- Altermedia Deutschland 2007b: Pünktlich vor der Wahl - Verfassungsschutz warnt vor "Einschüchterungen" als neuer Strategie der NPD, 19.04.2007, http://de.altermedia.info/general/fka-punktlich-vor-der-wahl-verfassungsschutz-warnt-vor-neuer-strategie-der-npd-190407_9207.html, eingesehen am 08.10.2008.
- Altermedia Deutschland 2007c: (Selbstkritische) NPD-Wahlanalyse zur Kommunalwahl, 26.04.2007, http://de.altermedia.info/general/selbstkritische-wahlanalyse-zur-kommunalwahl-260407_9298.html, eingesehen am 08.10.2008.
- Altermedia Deutschland 2008: NPD-Landesvorstand in Sachsen-Anhalt – RÜCKTRITTI, 08.09.2008, http://de.altermedia.info/general/npd-landesvorstand-in-sachsen-anhalt-rucktritt-080908_16195.html, eingesehen am 13.10.2009.

- Altermedia Deutschland 2009a: NPD-Bundesparteitag – Udo Voigt bleibt Parteivorsitzender!, 04.04.2009, online im Internet http://de.altermedia.info/general/npd-bundesparteitag-delegierte-pfeifen-generalsekretar-marx-aus-040409-stand-1510-uhr_26033.html, eingesehen am 10.04.2009.
- Altermedia Deutschland 2009b: So sieht JN-Chef Schäfer den gestrigen Wahlausgang, 28.09.2009, http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=453&Itemid=1, eingesehen am 02.11.2009.
- Arbeitskreis „Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand o.J.: Klarheit im Denken und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“, Berlin.
- Bauer Jens 2007: Meinungskartell gebrochen. 2Demokraten“ stimmten für NPD-Antrag, Deutsche Stimme, Dezember 2007.
- Gärtner, Matthias 2007: Vom politischen Willensträger zum notwendigen Kader, in: Der Aktivist 2/2007, S. 6-8.
- Gansel, Jürgen o.J.: CDU-Landräte sabotieren NPD-Vorschläge gegen Ärztemangel. Steinbach und Czupalla meinen, für die NPD-Anträge „Lokaler Aktionsplan und -Runder Tisch gegen Ärztemangel“ in Meißen und Nordsachsen nicht zuständig zu sein, <http://www.artikel.stadtrat-delitzsch.info/?p=3>, eingesehen am 03.01.2010.
- Hiekisch, Uwe 2000: Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen. Auf kommunale Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden, in: Deutsche Stimme 04/2000, S. 22.
- Internetseiten der „Reichsdeutschen“: <http://friedensvertrag.info>, eingesehen am 22.05.2009.
- JN-Bundesvorstand 2006: „25 Thesen zum Nationalismus“ als erster Schritt in die strategische Neuprofilierung der JN, 15.05.2006, http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=1, eingesehen am 14.10.2008.
- JN-Bundesvorstand 2010: Gemeinsam den Stürmen trotzen, <http://www.jn-buvo.de/index.php/aktuell-bundesweit/8-aktuelles-aus-deutschland/43-gemeinsam-allen-stuermen-trotzen.html>, eingesehen am 27.07.2010.
- JN-Landesverband Sachsen-Anhalt 2006: Landesparteitag der NPD – Hat sich was geändert oder nicht?, 04.12.2006, http://www.jn-sa.de/index2.php?option=com_content&task=view&id=74&pop=1&page=0&Itemid=1, eingesehen am 14.10.2008.
- JN-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007: Wir mischen uns nicht nur ein, sondern wir mischen auch mit!, 01.03.2007.: http://www.jn-sa.de/index2.php?option=com_content&task=view&id=99&pop=1&page=0&Itemid=1, eingesehen am 29.12.2009.
- JN-Landesverband Sachsen-Anhalt 2008: JN-SA unter neuer Führung - 3. Landeskongress der Jungen Nationaldemokraten Sachsen-Anhalt, http://www.jn-sa.de/index.php?option=com_content&task=view&id=255&Itemid=11, eingesehen am 24.02.2009.
- KanalJN 2009: JN-Chef Schäfer spricht Klartext auf dem Bundesparteitag der NPD in Berlin Teil 2, 28.09.2009, <http://www.youtube.com/watch?v=IDqJBKpydBg>, eingesehen am 12.11.2009.
- Kittner, Andreas/Hupka, Steffen 1999: Sachsen-Anhalt – Fahrt m (sic!) schwierigstem Gelände. Eine kleine Geschichte des Landesverbandes, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 274-275.
- Krien, Hartmut 2010: „Man darf kein Sensibelchen sein“, Deutsche Stimme 01/2010, S. 3.
- Kommunalpolitische Vereinigung der NPD o.J.: Über uns, http://www.kpv-npd.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1&Itemid=4, eingesehen am 28.12.2009.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands o.J.: „Natur und Umwelt“, <http://www.npd-nordhausen.de/files/ThemenUmwelt.pdf>, eingesehen am 05.01.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008a: Antrag an den Kreisausschuss zur Sitzung am 08.09.2008: Überprüfung der Rechtslage in Deutschland, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200808>, eingesehen am 24.06.2009
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008b: Burgenlandkreistag erklärt sich unfähig durch stummen Landrat, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200809>, eingesehen am 24.06.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2008c: Kurzmeldung zur Kreistagsitzung des Burgenlandkreises in Naumburg am 27. Oktober 2008, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200810>, eingesehen am 20.05.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009a: Antrag an den Finanzausschuss zur Sitzung am 08.06.2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?cat=3>, eingesehen am 20.05.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009b: Antrag an den Innenausschuß zu seiner Sitzung am 11.06.2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200905>, eingesehen am 26.06.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009c: Antrag zur heutigen Kreistagsitzung am 27.04.2009 zum TOP 17 09/0356, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?cat=3>, eingesehen am 20.05.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009d: Kurzbericht zur Kreistagsitzung am 22. Juni 2009 in Naumburg, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?paged=2>, eingesehen am 30.05.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009e: Kurzbericht zur Sitzung des Kreistages in Naumburg (BLK) 31. August 2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?cat=4>, eingesehen am 26.06.2010.
- NPD-Fraktion Burgenlandkreis 2009f: Zur Schweinegrippenimpfung und den Impfstoff PANDEMRIX, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?p=185>, eingesehen am 20.05.2010.
- NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises 2010a: Geschichte der Fraktion, <http://www.npd-fraktion-burgenlandkreis.de/geschichte-der-fraktion>, eingesehen am 20.08.2010.
- NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises 2010b: Vorstellung der Fraktion, <http://www.npd-fraktion-burgenlandkreis.de/vorstellung-der-fraktion>, eingesehen am 02.08.2010.
- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2007: Michael Schäfer, <http://harz.nationaler-beobachter.de/content/blogcategory/13/31/>, eingesehen am 09.10.2008.
- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008a, <http://harz.nationaler-beobachter.de>, eingesehen am 27.10.2008.
- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008b: Ein Jahr NPD in den Kreistagen von Sachsen-Anhalt – Zeit für Grundsätzliches, 26.08.2008, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz/content/view/165/46/>, eingesehen am 15.10.2008.
- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008c: Ermittlungen gegen alle Harzer Fraktionsvorsitzenden der Altparteien und den Kreistagspräsidenten, 14.10.2008, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz/content/view/168/46/>, eingesehen am 05.01.2010.
- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008d: Frischer Wind jetzt auch im Harz, <http://www.server100.de/media/Flugi.pdf>, eingesehen am 15.10.2008.
- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008e: NPD-Fraktion baut Öffentlichkeitsarbeit aus, 24.06.2008, <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz/content/view/152/56/>, eingesehen am 15.10.2008.

- NPD-Fraktion im Kreistag Harz 2008f: Wahrheit tut manchmal weh + Grundsätzliches – 10. Sitzung, <http://muchacho.povweb.com/npd-fraktion-harz/content/view/162/46/>, eingesehen am 07.04.2009.
- NPD-Fraktion Salzlandkreis: Anfragen vom 31.08.2007, 01.06.2008, 10.05.2009 und 31.05.2009.
- NPD-Fraktion Salzlandkreis 2007: Antrag zur Beschlussvorlage B/053/2007 im Schul- und Kulturausschuss, 27.08.2007.
- NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2008: Antrag der NPD-Fraktion in Bezug Stasiüberprüfung im Kreistag des Burgenlandkreises beschlossen !!!, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/?m=200710>, eingesehen am 22.05.2008.
- NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2009a: Startseite, <http://www.npd-burgenland.de/>, eingesehen am 24.02.2009.
- NPD-Kreisverband Burgenlandkreis 2009b: Landesparteitag Sachsen-Anhalt 2009, <http://www.npd-burgenlandkreis.de/?p=508>, eingesehen am 20. Juni 2010.
- NPD-Kreisverband Salzland 2009: Schluss mit der Erhöhung der Kreisumlage im Salzland, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/salzland/2362-schluss-mit-der-erhoehung-der-kreisumlage-im-salzland.html>, eingesehen am 07.04.2009.
- NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern o.J.: „Nein zur Gentechnik“, http://www.npd-mv.de/uploads/pdf/alt/fb_20070613_gentechnik.pdf, eingesehen am 05.01.2010.
- NPD-Landesverband Sachsen 2007: Kommunale Mandatsträger schulen – Regionale Kompetenz vertiefen, 24.04.2007, <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=70>, eingesehen am 28.12.2009.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt: „NPD Sachsen-Anhalt“ (NPD-Sachsen-Anhalt - Wir informieren), 2007-2008, o.O.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2005a: JN Stützpunkt Wernigerode gegründet! Erster JN Stützpunkt in Sachsen-Anhalt!, 23.12.2005, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1231.html>, eingesehen am 14.10.2008.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2005b: Wernigeröder Aktionsfront aufgelöst, 23.10.2005, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1149.html>, eingesehen am 14.10.2008.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2006: Bericht zum 13. Landesparteitag, 05.12.2006, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1664-bericht-zum-13.-landesparteitag.html>, eingesehen am 14.10.2008.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007a: Auftrag und Verpflichtung: NPD in sieben Kreistagen vertreten, 23.04.2007, <http://npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1805-auftrag-und-verpflichtung-—npd-in-sieben-kreistagen-vertreten.html>, eingesehen am 28.12.2009.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007b: Carola Holz neue Landesvorsitzende der NPD in Sachsen-Anhalt, 03.06.2007, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1841-carola-holz-neue-landesvorsitzende-der-npd-in-sachsen-anhalt.html>, eingesehen am 14.10.2008.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2007c: (KPV) Unser Ziel: Bundesweit präsent, 15.05.2007, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1825.html>, eingesehen am 28.12.2009.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2008: NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt setzt erfolgreichen Kurs fort. Durch Neubesetzung werden die fachlichen Kompetenzen des Vorstands gestärkt, 02.03.2008, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2092-npd-landesverband-sachsen-anhalt-setzt-erfolgreichen-kurs-fort.html>, eingesehen am 14.10.2008.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009a: Mandatsträger, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/mandatstraeger.html>, eingesehen am 23.12.2009.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009b: Matthias Heyder: Bundestagswahl – (K)ein Grund zum Klagen, 29.09.2009, <http://npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2558-matthias-heyder-bundestagswahl-kein-grund-zum-klagen.html>, eingesehen am 02.11.2009.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009c: Nicht meckern- Handeln! 5+1 ist die Devise, 08.05.2009, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2446-nicht-meckern-handeln-5x-ist-die-devise.html>, eingesehen am 09.05.2009.
- NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2009d: Sachsen-Anhalt-NPD wählt in Halberstadt neuen Landesvorstand, 01.03.2009, <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/2380-sachsen-anhalt-npd-waehlt-in-halberstadt-neuen-landesvorstand.html>, eingesehen am 02.03.2009.
- NPD-Parteivorstand 1999: Das strategische Konzept der NPD, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 356-360.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2002: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin.
- NPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2004: Parteiprogramm, 10. Auflage, Berlin.
- Ring Nationaler Frauen 2010: Wer wir sind. Heidrun Walde, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=136&Itemid=74, eingesehen am 28.07.2010.
- Schäfer, Michael 2007a: Eigene Akzente setzen, in: Hier & Jetzt 5/2007, S. 15-18.
- Schäfer, Michael 2007b: Mit alter Kraft zu neuer Stärke, in: Der Aktivist 2/2007, S. 4-6.
- Schäfer, Michael 2007c: Wir stehen für einen modernen Nationalismus, in: Deutsche Stimme 12/2007, S. 3.
- Schäfer, Michael 2008: Stachel im Fleisch der Etablierten. Ein Jahr NPD in den Kreistagen von Sachsen-Anhalt – Zeit für Grundsätzliches, in: Deutsche Stimme 10/2008, S. 8.
- Schäfer, Michael/Anders, Tobias 2007: Jugend in den Parlamenten! In: Jugend Rebelliert 2/2007, S. 4.
- Schwarz, Moritz 2004: "Ziel ist, die BRD abzuwickeln".
Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den "Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems", in: Junge Freiheit vom 24.09.2004, S. 3.
- Voigt, Udo 1999: Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 469-475.

Literatur

- Academic dictionaries and encyclopedias o.J.: Andreas Karl, <http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/75669>, eingesehen am 20. Juni 2010
- Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hrsg.) 2009: Wider die Normalisierung: Die extreme Rechte nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern, Magdeburg/Halle (Saale).
- Babka von Gostomski, Christian 2006: Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (2002–2006), Bielefeld.
- Begrich, David/Weber, Thomas 2008: Was meint die Taktik der „Wortergreifung“?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtsparterie – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts., S. 82-84.

- Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mathias/Wiedemann, Tim 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald.
- Bergsdorf, Harald 2000: Ungleiche Geschwister. Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN), Frankfurt am Main.
- Borchert, Winfried/Koch, Tom 2007: NPD-Funktionär im Harzer Kreistag. Schwiegermutter-Typ und Scharfmacher: Die zwei Gesichter des Michael Schäfer, in: Volksstimme vom 11.07.2007, S. 2.
- Botsch, Gideon 2008: Welches Verständnis von Demokratie hat die NPD?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtsparterie – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts., S. 42-44.
- Braune, Sven/Demuth, Christian/Hanisch, Norbert/Koch, Josephine/Schmidt, Barbara/Wendland, Alexander 2007: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, in: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden, S. 175-207.
- Brecht, Franziska 2005: Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven, Berlin.
- Breuer, Stefan 1993: Anatomie der Konservative Revolution, Darmstadt.
- Brodtkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.) 2008: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.
- Brodocz, André 2002: Die politische Theorie des Dezisionismus: Carl Schmitt, in: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart I, Opladen, S. 281-315.
- Bund für Ökologische Lebensmittelwirtschaft o.J.: Antrag auf Prüfung der Einrichtung einer Gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die Bauern in Mustergemeinde, www.boelw.de/uploads/media/pdf/Themen/Gentechnik/FN_beschlussantrag_gfr_kommunen_APRIL08_fertig.doc, eingesehen am 03.01.2010.
- Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag des Landkreises Kleve 2007: Fachkonferenz zum Thema Kiesbau, 14.05.2007, <http://www.Gruene-im-Kreistag-Kleve.de/antraege/aktuelle-antraege/fachkonferenz-zum-thema-kiesabbau/index.html>, eingesehen am 05.01.2010.
- Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Sachsen 2009: Eine Folge der Landtagswahlen in Sachsen: NPD erhält in der kommenden Legislaturperiode mehr als 12 Mio. Euro. Eine neue Qualität der Herausforderung: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik kann eine rechtsextreme Partei ihre verfassungsfeindliche Arbeit auf der Grundlage einer flächendeckenden Präsenz in den Kommunen und Kreisen und eine solide staatliche Finanzierung fortführen, September 2009, <http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/rechtsextremismus/0909NPDFolgen.pdf>, eingesehen am 03.01.2010.
- Deutsches Institut für Urbanistik 2003: Lokale Agenda 21 und Naturschutz Praxisleitfaden, 09.01.2003, <http://www.difu.de/index.shtml?publikationen/abfrage.php?id=642>, eingesehen am 03.01.2010.
- Deutsches Institut für Urbanistik 2008: Der Beitrag des Naturschutzes zur Lokalen Agenda 21. Neuer Praxisleitfaden für Agenda-Akteure, 15.10.2008, <http://www.difu.de/index.shtml?archiv/texte/la21-praxisleitfaden.shtml>, eingesehen am 03.01.2010
- Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard 1991: Krieg in den Städten, Berlin.
- Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard 1993: Skinheads, München
- Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.) 1996: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft, Opladen.
- Flemming, Lars 2005: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden.
- Frauen- und Kinderschutzverein Zeit e.V. (Hg.) 2009: Monitoring rechter Aktivitäten im Burgenlandkreis. Projektbericht, Zeit (Manuskript).
- Funke, Hajo 1989: „Republikaner“. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Zu den Potenzialen der Rechtsextremen am Beispiel der „Republikaner“, Berlin.
- Gauselmann, Kai 2008: Land: T-Shirts der NPD stören Ordnung im Kreistag, Mitteldeutsche Zeitung, 09.02.2008, Mantelteil.
- Gebauer, Matthias 1999: Der nette Rechte von nebenan. Wie ein NPD-Mann mit Bürgernähe und freundlicher Propaganda eine sächsische Gemeinde in seinen Bann zog, in: Die Zeit vom 19.08.1999.
- Giesbers, Thilo 2009: Extrem rechte Kandidat/innen bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009, o.O.
- Grimberg, Steffen 2007: Echter Harzer Käse. Zu den anstehenden Kommunalwahlen stellt die „Mitteldeutsche Zeitung“ ganz unkritisch auch die Kandidaten von Republikanern und NPD vor, 13.04.2007, <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/04/13/a0240>, eingesehen am 06.01.2010.
- Hafener, Benno 1995: Politik der „extremen Rechten“. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach/Ts.
- Hafener, Benno 1997: Sozialstruktur der extremen Rechten. Mandatsträger der „Republikaner“ und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach/Ts.
- Hafener, Benno 1999: Rechtsextreme Parteien in Parlamenten – Gedanken zum Umgang, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 191-200.
- Hoffmann, Uwe 1999: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main.
- Holtmann, Everhard 2002: Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen.
- Holtmann, Everhard/Jaack, Tobias/Völk, Kerstin 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systembruch, Halle/Saale.
- Jaschke, Hans-Gerd 1993: Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn.
- Jaschke, Hans-Gerd 2001: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen.
- Jentsch, Ulili 2009: Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD, <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/KPV%20der%20NPD.html>, eingesehen am 28.12.2009.
- Klarmann 2006: Rechts: Kunkel als NPD-KPV-Vorstandsmitglied bestätigt, 03.2006, <http://klarmann.myblog.de/klarmann/art/3095324/Rechts-Kunkel-als-NPD-KPV-Vorstandsmitglied-bestatigt>, eingesehen am 28.12.2009.
- Koch, Tom 2008: Nach öffentlicher Beleidigung in einer Kreistagssitzung. 400 Euro Strafe für NPD-Politiker, in: Volksstimme vom 20.09.2008, S. 2.
- Kühnl, Reinhard/Rilling, Rainer/Sager, Christine 1969: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt am Main.
- Landtag von Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt sowie Handlungsstrategie und Gegenmaßnahmen der Landesregierung“, Drucksache 5/2292, Magdeburg.
- Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hrsg.) 2002: Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt am Main.

- Lichdi, Johannes 2008: Die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, Dresden.
- Linke, Annette 1994: Der Multimillionär Frei und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen.
- Mayring, Philipp 2008: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlage und Techniken, 10., neu ausgestattete Auflage, Weinheim/Basel.
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.) 1999: Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin.
- Mehring, Reinhard 2009: Carl Schmitt: Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München.
- Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2002: Verfassungsschutzbericht 2001, Magdeburg.
- Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2005: Verfassungsschutzbericht 2004, Magdeburg.
- Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2006: Verfassungsschutzbericht 2005, Magdeburg.
- Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008: Verfassungsschutzbericht 2007, Magdeburg.
- Mitteldeutsche Zeitung 2008: Geldstrafe für NPD-Chef im Kreistag Harz. Michael Schäfer wird wegen Beleidigung verurteilt, 19.09.2008, <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1221803689240>, eingesehen am 14.10.2008.
- Niemann, Laura 2008: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr, Greifswald.
- Niethammer, Lutz 1969: Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt am Main.
- NiP Redaktionskollektiv 2005: NiPrint. Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag, Dresden.
- NiP Redaktionskollektiv/Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Hrsg.) 2008: Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008, Dresden.
- NPD-Blog.info 2006: Sachsen-Anhalt: NPD verhindert Wecker-Konzert in Halberstadt, 08.03.2006, <http://npd-blog.info/2006/03/08/sachsen-anhalt-mpd-verhindert-wecker-konzert-in-halberstadt/>, eingesehen am 10.10.2008.
- NPD-Blog.info 2007: JN: Schäfer folgt Rochow, 12.10.2007, <http://npd-blog.info/?p=1139>, eingesehen am 09.10.2008.
- o.A. 2004: Kreistag soll zu Prozess entscheiden, Mitteldeutsche Zeitung vom 21.05.2004, <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1174661680292&calledPageId=987490165154>, eingesehen am 20.05.2010.
- Ottmann, Henning 1990: Carl Schmitt, in: Balleström, Karl Graf/Ottmann, Henning (Hrsg.): Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts, München/Wien, S. 61-88.
- Pfahl-Traughber, Armin 2001: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 3. Auflage, München.
- Ptak, Ralf 2008: Wie will die NPD die Arbeitslosigkeit beseitigen?, in: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtsparterie – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts, S. 141-143.
- Rehmer, Benjamin 2010: 'Gemeinsam allen Stürmen trotzen' - JN-Bundeskongress in Baden-Württemberg, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=5070:gemeinsam-allen-st%C3%BCrmen-trotzen-in-bundeskongress-in-baden-w%C3%BCrttemberg&Itemid=449, eingesehen am 20.07.2010.
- Ruf, Christoph 2008: wenn in Bernburg Nazis rumrennen, http://www.gew.de/Tarifrunde_2.htmlprint3/print/Schwerpunkt_Rechtsextremismus.html#Section23681, eingesehen am 20. Juni 2010.
- Schierholz, Alexander 2010: Rechter Nachwuchscoach muss runter vom Platz, <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1277474036134&openMenu=987490165154&calledPageId=987490165154&listid=0>, eingesehen am 20.08.2010.
- Schmidt, Matthias 1997: Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster.
- Schmitt, Carl 1991: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin.
- Schmollinger, Horst W. 1986: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe Band 4: NPD bis WAV, Opladen, S. 1922-1994.
- Schneider, Mara: Ein Staat jagt feindlich negative Objekte, <http://www.news.de/politik/782546383/ein-staat-jagt-feindlich-negative-objekte/1/und/2/>, eingesehen am 26. Juni 2010.
- Schröder, Burkhard 1992: Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans, Reinbek bei Hamburg.
- Schröder, Burkhard 1994: Ich war ein Neonazi. Reportage über den Aussteiger Ingo Hasselbach, Ravensburg.
- Schröder, Burkhard 1997: Im Griff der rechten Szene, Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek bei Hamburg.
- Schwenke, Philipp 2008: Eloquent, geschmeidig, belesen, in: Zeit Campus 3/2008, S. 22-31.
- SPD-Unterbezirk Rheingau-Taunus o.J.: Anträge und Initiativen, <http://www.spdrk.de/antraege10.html>, eingesehen am 05.01.2010.
- Stadt Halle 2006: Zugelassene Bewerber für die Wahl zum/r Oberbürgermeister/in am 12. November 2006, <http://www.halle.de/index.asp?MenuID=3816&SubPage=2>, eingesehen am 22.05.2010.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2004a: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Burgenlandkreis, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw04/fms/fms211i.html>, eingesehen am 24.02.2009.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2004b: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004, Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen, Burgenlandkreis, Gewählte im Kreistag, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw04/fms/fms211i.html>, eingesehen am 20.07.2010.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2005: Wahl zum 16. Deutschen Bundesdestag in Sachsen-Anhalt am 18. September 2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/bt05/and/bt05_bewerber.pdf, eingesehen am 20.08.2010.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007a: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Bewerberinnen und Bewerber nach Alter und Parteien, 10.04.2007, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215a16.html>, eingesehen am 10.10.2008.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007b: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Bewerberinnen nach Parteien und Kreisen, 10.04.2007, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215li.html>, eingesehen am 10.10.2008.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007c: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Burgenland. Bewerberinnen und Bewerber nach Parteien und Kreisen, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215li.html>, eingesehen am 24.02.2009

- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007d: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Burgenland. Endgültiges Ergebnis und Gewählte im Kreistag, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215li.html>, eingesehen am 24.02.2009.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007e: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Harz. Endgültiges Ergebnis, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/erg/kreis/kw.15085.ergtab.frame.html>, eingesehen am 10.10.2008.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007f: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Landkreis Salzland. Endgültiges Ergebnis und Gewählte im Kreistag, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/fms/fms215li.html>, eingesehen am 24.02.2009.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007g: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Landratswahlen. Landkreis Harz. Endgültiges Ergebnis, <http://www.statistik.sachsen-nhalt.de/wahlen/lr07/erg/kreis/lr.15085.ergtab.frame.html>, eingesehen am 10.10.2008.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007h: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 22. April 2007. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Summe der Kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau und der 9 Landkreise. Endgültiges Ergebnis, 08.05.2007, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/erg/kreis/kw.15.ergtab.frametab.html>, eingesehen am 10.10.2008.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009a: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 7. Juni 2009. Gemeinderatswahlen. Stadt Wernigerode – Landkreis Harz, 08.06.2009, <http://www.stala.sachsenanhalt.de/wahlen/gw09/erg/gem/gw.15085370.ergtab.frametab.html>, eingesehen am 12.11.2009.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009b: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2009. Gemeinderatswahlen. Landkreis Harz, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw09/fms/fms2li.html>, eingesehen am 26. 07.2010.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009c: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2009. Gemeinderatswahlen. Stadt Laucha an der Unstrut – Burgenlandkreis. Endgültiges Ergebnis, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw09/fms/fms216li.html>, eingesehen am 22.05.2010.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2009d: Wahl des 17. Deutschen Bundestages am 27. September 2009. Bundestagswahlkreis 69 Harz, 09.10.2009, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/bt09/erg/wkr/bt.069.ergtab.frametab.html>, eingesehen am 12.11.2009.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2009: Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2009, Teil 2, Magdeburg
- Staud, Toralf 2005: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln.
- Steglich, Henrik 2005: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen.
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.) 2001: Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Bilanz, Opladen.
- Stöss, Richard 1990: Die „Republikaner“: Woher sie kommen, Was sie wollen, Wer sie wählt, Was zu tun ist, Köln.
- Stöss, Richard 2007: Rechtsextremismus im Wandel, 2. aktualisierte Auflage, Berlin.

- Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2008: Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin.
- Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2009: „In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“, Berlin.

- Wagner, Peter M. 1992: Die NPD in der Kommunalpolitik. Ursachen und Erfolge einer rechtsextremistischen Partei in Villingen-Schwenningen, Freiburg.

Impressum

Herausgeber:

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Hochschule Magdeburg-Stendal

Redaktion: Cornelia Habisch, Geschäftsstelle Netzwerk für Demokratie und Toleranz Sachsen-Anhalt

Fotos: Stephanie Heide, Thilo Giesbers

Layout: Neue Stadtgestaltung, Marcus Barwitzki

Druck: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co KG, Calbe

1. Auflage; Magdeburg 2010

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Schleiufer 12, 39104 Magdeburg

Tel.: +49 (0)391 567-6463

Fax: +49 (0)391 567-6464

E-Mail: politische.bildung@lpb.stk.sachsen-anhalt.de

Net: www.lpb.sachsen-anhalt.de
